



**Mario Candeias/Barbara Fried/  
Hannah Schurian (Hrsg.)**

# **LUST AUF SOZIALISMUS**

**... FÜR DIE ZUKUNFT SORGEN**

# INHALT

<b>Vorwort</b>	<b>2</b>
Mario Candeias <b>Zeit für etwas Neues: darum Sozialismus</b>	<b>3</b>
Bernie Sanders <b>Der Weg, den ich demokratischen Sozialismus nenne</b>	<b>17</b>
Sarah Leonard <b>There is an Alternative</b>	<b>25</b>
Johanna Bozuwa <b>Zwölf Jahre, um alles zu verändern</b> Potenziale eines Green New Deal	<b>28</b>
Verónica Gago <b>Revolution heißt für die Zukunft sorgen</b>	<b>37</b>
Étienne Balibar <b>Für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts – vier Thesen</b>	<b>40</b>
Ingar Solty <b>Warum, darum und wie rum Sozialismus?</b>	<b>42</b>
Alex Demirović <b>Sozialismus und Zurechenbarkeit</b>	<b>67</b>
<b>Die Autor*innen</b>	<b>73</b>

## VORWORT

Lust auf Sozialismus und Zukunft? Wie in diesen dystopischen Zeiten noch von Sozialismus reden? Und wie sollte man davon schweigen? Der Kapitalismus frisst Zukunft – während die Krisen unserer Zeit immer brennender werden, scheint ihre Lösung immer unwahrscheinlicher. Rasende ökologische Zerstörung, eskalierende militärische Konflikte und der Aufstieg rechter Kräfte stellen genau wie die private Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums die Zukunft selbst infrage. Dass die planetarischen Grenzen erreicht sind, verengt den zeitlichen Horizont für linke Alternativen. Immer mehr Menschen erkennen, dass eine Katastrophe droht, wenn sich Ökonomie und Gesellschaft nicht radikal verändern – Fridays for Future und die globalen Klimastreiks stehen dafür. Manchmal können wir uns das Ende der Welt besser vorstellen als das Ende des Kapitalismus (Fredric Jameson).

Grundsätzliche Alternativen oder Systemwechsel werden gefordert, immer öfter. Gerade in den USA und Großbritannien wird das von Jüngeren wieder mit der Frage nach einem sozialistischen Projekt verbunden. Und

auch in Deutschland wird wieder darüber gestritten. Wie kann ein *Socialism for Future*, eine sozial-ökologische Revolution, ein grüner Sozialismus aussehen und die Sehnsüchte der Vielen bündeln? Wie sieht eine Politik aus, die Hoffnung macht und Veränderungen bewirkt? Was tun und wo anfangen?

Sozialismus wäre erst einmal das Selbstverständliche ..., aber es geht auch darum, gezielt beispielgebende, konkrete gesellschaftliche Konflikte zu produzieren und den Jammer der Besitzendenklasse zu verhöhnen, wenn ihnen mal ein wenig genommen wird. Und mehr natürlich – Ansätze gibt es zahlreiche, der prominenteste der jüngsten Vorschläge ist sicher der Green New Deal von Alexandria Ocasio-Cortez und Bernie Sanders. Das neoliberale Mantra «There is No Alternative» hat sich in sein Gegenteil verkehrt. Zu einer radikalen Veränderung gibt es keine Alternative mehr, oder in Anlehnung an Verónica Gago: Sozialismus heißt für die Zukunft sorgen.

**Mario Candeias, Barbara Fried  
und Hannah Schurian**

Berlin, Januar 2020

Mario Candeias

## ZEIT FÜR ETWAS NEUES: DARUM SOZIALISMUS

Der realexistierende Sozialismus ist gescheitert. Aus guten Gründen. Der realexistierende Kapitalismus auch. Letzterer wird keineswegs so schnell abtreten wie der Erstere. Sozialismus oder Barbarei hieß es einst bei Rosa Luxemburg, als die Welt zunächst in Imperialismus, Kolonialismus, Erstem Weltkrieg und dann im Zweiten Weltkrieg und Holocaust versank. Die Barbarei ist angesichts sich auf-türmender Menschheitsprobleme wieder zu einer realen und drohenden Möglichkeit geworden.

Die globale Ungleichheit hat sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der meisten Länder ein nie gekanntes Ausmaß erreicht, mit dramatischen Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Demokratie – und darüber hinaus: Akkumulation basiert weniger auf Produktion auf erweiterter Stufenleiter, sondern immer mehr auf Umverteilung, was zugleich wirtschaftliche Entwicklung blockiert. Dazu treten die Folgen kapitalistischen Wachstums, die zu einer planetarischen ökologischen Krise geführt haben, die weitere soziale Verwerfungen und rasant steigende wirtschaftliche Schäden produziert. Durch die beiden eben genannten Entwicklungen mit befördert, durch Krieg und Zerstörung, Ressourcenausbeutung, ungleiche Handelsabkommen und ungerechte weltwirtschaftliche Beziehungen ist die Frage der globalen Migration zu einer nicht mehr hintergehbaren Herausforderung geworden: 71 Millionen Menschen sind derzeit auf der Flucht, ein Rekord. Die allermeisten Geflüchteten landen in Ländern des globalen Südens. Aber auch die Gesellschaften des Nordens sind zu Einwanderungsgesellschaften geworden, ob sie es wollen oder nicht. Eine Abschottung gelingt

nur unter Aufgabe menschenrechtlicher Standards. Kurz: Es handelt sich um Menschheitsprobleme, die auch ein Scheitern des Kapitalismus signalisieren, weit über die organische Krise des neoliberalen Projekts hinaus. Ausdruck dessen ist der Aufstieg eines globalen Autoritarismus. Im Interregnum ist dies die spezifische Bearbeitungsform der Krise zur Rückgewinnung/Sicherung von Herrschaft – mit unkalkulierbarem Zerstörungspotenzial.

Es braucht eine Alternative: einen erneuerten demokratischen, einen grünen Sozialismus. Es braucht eine Perspektive, die in einem offenen und offensiven Suchprozess unsere verschiedenen politischen Initiativen auf so unterschiedlichen Feldern wieder zusammenbindet, damit nicht alles in Einzelpolitiken, -forderungen und -aktivitäten zerfällt. In Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung ist dafür eine radikale Perspektive entscheidend. Es geht nicht einfach um die Verteidigung des Sozialstaates oder die Rückkehr zu einem nationalstaatlichen Modell der Regulierung des Kapitalismus. Wir sollten klar sagen, dass wir an einem Ende des Kapitalismus arbeiten, an einer Gesellschaft, die Bernie Sanders unbekümmert Sozialismus nennt. Dazu gehören ganz selbstverständliche Dinge wie eine kostenfreie Gesundheitsversorgung und Bildung sowie bezahlbares Wohnen für alle; entgeltfreie öffentliche Dienstleistungen von Bibliotheken bis zum öffentlichen Personennahverkehr; demokratische Mitsprache, die etwas bewegt; der ökologische Umbau der Städte, des Verkehrs, der Energieversorgung und der Landwirtschaft; viel mehr Zeit füreinander und zum Leben; Mitbestimmung und wirkliche Demokratie. Sozialismus wäre erst einmal das Selbstverständliche.

Hier scheint das Unabgeholte vergangener Zukünfte auf, von der Französischen Revolution über die Russische Revolution bis hin zu 1968 oder 1989. Wie Corbyn sagt: «Für uns mag das seit 40 Jahren das Gleiche sein, für die junge Generation ist das brandneu.» Es geht um Wege im Kapitalismus, die über ihn hinausführen. So wird das Wort Sozialismus wieder sprechbar. Die Leute sind irritiert, sehen bei Wikipedia nach, informieren sich. Es gibt eine Auftreffstruktur dafür, den Wunsch nach radikalere «Systemkritik» und Alternativen, nicht zuletzt nach sozial-ökologischen Alternativen – ein Wunsch, der oft wenig konkret ist.

Wir sollten nicht dahinter zurückbleiben, unsere Vorstellungen einer solidarischen, demokratischen, feministischen, antirassistischen Postwachstumsalternative bei einem neuen alten, bei einem unabgeholten Namen zu nennen und gemeinsam dafür zu streiten, was er bedeuten soll im 21. Jahrhundert: Sozialismus – eine gute, eine solidarische, eine gerechte Gesellschaft, das Einfache, das schwer zu machen scheint. Nicht alle in der Mosaiklinken oder im dritten Pol werden dies unterschreiben, aber es sollte als selbstverständlich akzeptiert sein, dass eine Transformationslinke innerhalb des Mosaiks für Sozialismus steht. Je nach Kontext kann das «grüner», «demokratischer», «feministischer» Sozialismus heißen, aber letztlich sollte es einfach um «Sozialismus» *sans phrase* (ohne Umschweife) gehen.

Der Name ist nicht entscheidend, aber was sonst wäre ein positiver Begriff für einen Systemwechsel – denn um nichts weniger geht es. Wir sollten bewusst machen, dass die oben genannten Menschheitsprobleme nicht mit dem Drehen von Stellschrauben hie und da zu bewältigen sind: Die Eingriffstiefe und das Tempo wären zunächst mit dem New Deal in Zeiten von F. D. Roosevelt vergleichbar. Dies scheint überdimensioniert, ist aber historisch in harten Auseinandersetzungen

schon einmal vollbracht worden – heute sind die Herausforderungen mindestens so groß wie zu Zeiten von Krise und Kriegswirtschaft – Letzteres verdeutlicht noch einmal die unverzichtbare führende Rolle des Öffentlichen dabei. Die heranrollende Rezession macht es noch deutlicher: Massive Inventionen werden nötig (selbst der Bundesverband der Deutschen Industrie will die schwarze Null weg haben). Diese sollen nicht zum Erhalt des Alten, sondern zum Aufbau des Neuen genutzt werden! Gewissermaßen ein Einstiegsprojekt auf erweiterter Stufenleiter, denn es geht um nichts weniger als um ein neues Gesellschaftsmodell. Die gegenwärtige Krise und Polarisierung bietet dafür auch ein Momentum angesichts schneller Bewegungen und Terrainwechsel, die Kräfteverhältnisse in diesem Sinne zu verschieben. Wir sollten den Moment nutzen.

### **Warum Sozialismus? Die Methode**

Der Begriff Sozialismus versucht die unterschiedlichen Interessen und Bewegungen im Sinne «revolutionärer Realpolitik» so zu verknüpfen, dass sie sich nicht «nur erreichbare Ziele steckt und sie mit den wirksamsten Mitteln auf dem kürzesten Wege zu verfolgen weiß», sondern «in allen ihren Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit über den Rahmen der bestehenden Ordnung» hinausgehen (Luxemburg 1903: 373).

Welche Punkte sind das jeweils in den einzelnen Politikfeldern? An welcher Stelle kann ein konkreter Bruch angestrebt werden bzw. quantitative Veränderungen so weit getrieben werden, dass sie einen qualitativen Umbruch darstellen?

Zunächst geht es darum, gezielt beispielgebende, konkrete gesellschaftliche Konflikte zu produzieren: wie bspw. die Beschäftigten der Charité bei der Frage der Personalbemessung oder die Initiative «Deutsche Wohnen & Co enteignen». Dabei sollte ein gezielter

Konflikt eben an Alltagsbedürfnissen ansetzen, auf unmittelbare Verbesserung für die Einzelnen zielen und eine Dynamik für nächste Schritte und weitergehende Perspektiven schaffen. Dies schließt disruptive Praktiken wie Streik, Besetzung, Blockade, auch Volksentscheid ein. Diese Selbstermächtigung und ein langer Atem sind zentral zur Erweiterung des Möglichkeitsraumes – noch vor Kurzem hätten wir gedacht, dass eine Kampagne zur Enteignung von Immobilienkonzernen unter keinen Umständen Erfolg haben kann. Ein solcher Konflikt verleiht Sichtbarkeit, inspiriert, motiviert. Eine entsprechende Kampagne bietet Möglichkeiten, zuvor zersplitterte Initiativen und Organisationen konkret zu verbinden. Wenn sie erfolgreich ist, verschiebt sie den gesellschaftlichen Diskurs, mithin die Kräfteverhältnisse, und erweitert somit den Möglichkeitsraum und erhöht die Durchsetzungsfähigkeit auch anderer Forderungen (beispielsweise hat die Enteignungskampagne unmittelbar das Diskursfeld für den Mietendeckel verbessert und inspiriert radikale Überlegungen auf anderen Feldern). Dass Konflikte ungeheurer Spaß bereiten können, sieht man schon im Kleinen bei den Stadtteilorganisationen, wenn dann eine Kampagne vor Ort fruchtet, sich mit anderen verbindet, man sich als Teil von etwas Größerem fühlt. Die organisierende Arbeit – verbinden, verbreitern, verankern – ist zentral, um mehr zu werden. Welches sind also die drei bis vier zentralen gesellschaftlichen Fragen, die gelöst werden müssen und die geeignet sind, einen solchen, für die Linke produktiven Konflikt zu entwickeln?

Dabei bedarf es jeweils spezifischer Gegnerbezüge. Taktisch wie strategisch sollte man hier möglichst genau werden, damit der Gegner nicht abstrakt bleibt: also etwa mit Recherchen über Hintergründe von Investoren, Machenschaften eines Unternehmens, wer steckt die Profite in diesem oder jenem

Krankenhauskonzern ein auf Kosten von Patient\*innen und Personal; wer liefert welche Rüstungsgüter in Krisengebiete; wer sperrt sich mit Dieselbetrug und Korruption gegen eine ökologische Mobilitätswende etc. Hier geht es um ein gezieltes *blaming* der Gegner. So kann eine verbindende, sozialistische Klas-

---

### **Den Jammer der Besitzenden- klasse verhöhnern, wenn ihnen mal ein wenig genommen wird.**

senpolitik herausarbeiten, weshalb Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen, Löhne und Zeit, aber auch um die Reproduktion – Gesundheit, Wohnen, Ökologie – noch immer Klassenkämpfe sind – das ist nicht evident, weder im industriellen Sektor (Tradition der Sozialpartnerschaft, Inkorporation in den Exportkorporatismus oder Digitalpakt), noch weniger in den Dienstleistungsbereichen, am wenigsten im Bereich öffentlicher sozialer Infrastrukturen oder eben in der Klimafrage. So ist zum Beispiel die Mär, wir säßen bei der ökologischen Krise alle im selben Boot, auch die Reichen könnten ihr nicht entfliehen, großer Unsinn angesichts der klassenförmig extrem ungleichen Verteilung von Verursachung und Folgen, global wie innergesellschaftlich. Neben dem Gegnerbezug braucht es immer verbindende (meist recht allgemeine) Slogans für eine Systemwende, aber auch positive Projekte, eine Mischung aus erreichbaren Zielen und vorwärtsreibenden Forderungen und Initiativen.

Dabei werden alte sozialistische Problematiken wie Macht- und Eigentumsfragen, Umverteilung, Planung und Demokratie aktualisiert und mit neuen Problemstellungen verknüpft – in der Perspektive der Erweiterung der gemeinsamen Verfügung über die unmittelbaren Lebensbedingungen, der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsmittel.

## Was daran ist sozialistisch?

Hier geht es weniger um die Beschreibung eines fertigen Ziels als um Bestimmung einiger orientierender Elemente für die wirkliche Bewegung, die den gegenwärtigen Zustand aufhebt.

**1. Umverteilung:** Umverteilung reicht nicht aus. Und doch ist eine radikale Umverteilung von Vermögen und Kapital eine wesentliche Voraussetzung jeder linken Politik – hier zeigt sich, wer einen Richtungswechsel ernst nimmt und Vermögende wieder stärker zur Finanzierung des Öffentlichen heranziehen will, also das gesellschaftliche Mehrprodukt wieder der Allgemeinheit zuführt. Das ist im engen Sinne Klassenkampf und beginnt vielleicht bei der Einschränkung von Profitinteressen – etwa der Möglichkeit, die Maximalrendite bei der Veräußerung von Grund und Boden festzulegen – und endet bei der großen Steuerreform. Auf pseudoökonomische Debatten, ob das sinkende Investitionen nach sich zöge oder nicht, sollten wir uns nicht einlassen, sondern den Jammer der Besitzendenklasse verhöhnen, wenn ihnen mal ein wenig genommen wird. Wir sollten jene Momente herausstellen, in denen es aktuell gelingt (und einst gelang), Besitzenden etwas wegzunehmen, um dem Gefühl gegenzuarbeiten, dass man an die sowieso nicht herankäme.

**2. Infrastruktursozialismus – Rückgewinnung und Ausbau des Öffentlichen, der Commons, der sogenannten «Freiheitsgüter»** (Michael Brie, Dieter Klein): Mit dem Ausbau des kollektiven Konsums durch Stärkung sozialer und anderer Infrastrukturen sowie allgemeiner solidarischer Sicherungssysteme wird die Grundlage für a) eine solidarische und demokratische Lebensweise gelegt und kann b) die Angst und Unsicherheit vor notwendigen großen gesellschaftlichen Veränderungen genommen werden, auch der in Teilen der Gewerkschaften bzw. Arbeiterklasse verbreiteten Fixierung auf Lohnerhöhung und stofflichen Warenkonsum entgegengearbei-

tet werden – ohne sich in Verzichtsdebatten zu verkämpfen. Mit einem solchen (nicht warenförmigen) Ausbau des Öffentlichen werden zugleich Märkte und Privatisierung zurückgedrängt. Das Öffentliche als Sphäre des Gemeinsamen muss erfahrbar, der Reichtum des Öffentlichen herausgestellt werden.

Hier gibt es diverse Ansatzpunkte für gezielte gesellschaftliche Konflikte, neben dem Bereich Wohnen (vgl. *LuXemburg 2/2019*) etwa im Gesundheitssektor: die Abschaffung der Fallpauschalen (DRG) sowie gesetzliche und tarifliche Regeln für die Personalbemessung, die Abschaffung der Zweiklassenmedizin und der privaten Krankenversicherung, die Rekommunalisierung bzw. Vergesellschaftung der großen Krankenhaus- und Pflegekonzerne, die Einrichtung von Polykliniken und lokalen Gesundheitszentren mit Pflege- und Gesundheitsräten.

Ein dringliches Feld wären konsequente Schritte zu einer Mobilitätswende und «autofreien» und begrünten Stadt, unverzichtbar schon aufgrund ökologischer Gründe, aber auch zur Wiederaneignung des öffentlichen Raumes. Die Elemente sind bekannt: Verlagerung des Individualverkehrs auf einen massiv ausgebauten und «smarten» öffentlichen Nah- und Fernverkehr (v. a. auch für die Pendler\*innen im «urban-ländlichen» Raum), deutliche Preissenkung bis hin zum entgeltfreien ÖPNV, Rückkehr von Betrieben und Infrastrukturen in öffentliche Hände, bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung, Vorrang von Fußgänger- und Radverkehr, Ende des Verbrennungsmotors. Das hieße, sich mit mächtigen Konzerninteressen und Lobbys anzulegen. Es ist der richtige Moment dafür.

Insgesamt wäre der Ausbau des Öffentlichen mit einer Stärkung der Rechte und Finanzen der Kommunen zu verbinden, die in ganz wesentlichen Bereichen für die unmittelbaren Dinge des Lebens verantwortlich sein sollten: von Gesundheit, Mobilität, Bildung und Energie über Sicherheit und Beschäftigung bis zur

Produktion und Zubereitung von Lebensmitteln. Die Vision einer Stadt für alle – bzw. im emphatischen Sinn der Kommune – böte jene Freiheitsgüter, die für eine angstfreie, individuelle wie gemeinsame Entwicklung grundlegend sind.

**3. Wirkliche Demokratie**, die sich sowohl in Richtung Wirtschaftsdemokratie (siehe Punkt 4) ausdehnt als auch in Richtung Demokratisierung des Staates, der Familie, der Lebensweisen. Hier gilt es gewissermaßen, ein Subsidiaritätsprinzip zurückzugewinnen: Über die lokalen Belange beschließen die Kommunen. Wo über die jeweils kleinste Ebene andere Ebenen oder Regionen mit betroffen sind, wird die jeweils andere Region einbezogen oder die Entscheidung auf eine höhere Ebene verlagert. Die Repräsentations- und Legitimationskrise des politischen Systems hat viel damit zu tun, dass wesentliche Bedürfnisse der Bevölkerung nicht berücksichtigt werden, die Menschen selbst nicht mitwirken können. Jenseits und innerhalb der Nationalstaaten hat sich eine transnationale Bourgeoisie etabliert, die nur noch eine «marktkonforme Demokratie» akzeptiert. Eine verselbständigte Klasse der Reichen und Superreichen, der «plutokratischen Extremisten» (Piketty) entzieht sich der Finanzierung des Gemeinwohls, die «politische Klasse» entkoppelt sich. Der Staat erscheint vielen immer weniger als Ort politischer Auseinandersetzungen, sondern vielmehr als von ihnen entfremdete (Klassen-)Macht.

Der Ausbau des Öffentlichen im Sinne einer vorsorgenden Wirtschaft muss daher zugleich eine radikale Demokratisierung des Staates sein. Weder der «wohlmeinend» paternalistische und patriarchale fordistische Wohlfahrtsstaat noch der autoritäre Staatssozialismus,

schon gar nicht ein neoliberaler Umbau von öffentlichen Diensten auf Wettbewerb und reine betriebswirtschaftliche Effizienz waren besonders emanzipativ. Ein linkes Staatsprojekt muss also die von den (Demokratie-)Bewegungen seit 2011 geforderte Erweiterung der Teilhabe und Transparenz realisieren – und in sozialistischer Perspektive auf die Absorption des Staates in die Zivilgesellschaft hinarbeiten, wie es bei Gramsci heißt. Partizipation heißt nicht, seine Meinung äußern zu dürfen, sondern wirkliche Entscheidungen beeinflussen zu können. Es braucht Strukturen, die nicht einfach mit einer veränderten Mehrheit wieder zurückgedreht werden können – wie beim paternalistischen und letztlich passivierenden sozialdemokratischen Sozialstaat. Nur wenn die Subalternen sich den Staat aneignen, ihn in die Zivilgesellschaft holen, mit Leben füllen, werden sie ihn auch verteidigen, wenn andere ihn sich unter den Nagel reisen wollen, das Eigentum verscherbeln oder Entscheidungen abschirmen und monopolisieren.

Doch wenn es gelingt, wesentliche Bereiche zu rekommunalisieren oder zu vergesellschaften, öffentliche und genossenschaftliche Betriebe aufzubauen, Selbstverwaltungen zu installieren, wie sichern wir ab, dass diese dann auch in der gewünschten demokratischen Weise arbeiten und Partizipation ermöglichen?

Funktionierende demokratische Routinen zu finden ist wichtig. Und dennoch gilt es immer wieder, auch demokratische Institutionen aufzubrechen, ihre «Öffnung für die Massen» durch immer wieder zu erneuernde Partizipationsprozesse und Infragestellung der Institutionen bei drohender Bürokratisierung zu erwirken, die Institutionen perspektivisch immer weiter in die Zivilgesellschaft und Selbsttätigkeit zu absorbieren durch

Einrichtung von Selbstverwaltung und Räten auf den unterschiedlichen Ebenen. Das gilt auch und beson-

---

**Das Öffentliche als Sphäre des Gemeinsamen muss erfahrbar, der Reichtum des Öffentlichen herausgestellt werden.**



ders für linke Staatsprojekte. Die Eigensinnigkeit von unten mag nicht immer der Logik (linker) Staatsprojekte entsprechen, bewahrt jedoch vor Verselbstständigung der Apparate. Hier wären die municipalistischen Ansätze weiterzutreiben, Nachbarschaftsräte und partizipative Haushalte zu verknüpfen und zu entwickeln.

**4. Wirtschaftsdemokratie:** Dabei geht es nicht nur um das Öffentliche des Staates, sondern auch um die Demokratisierung der Wirtschaft: Die «Leistungen» von Management

und Investitionen ausüben. Generell sollten Schlüsselbetriebe in öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum überführt werden. Staatliche Fördergelder sollten auch als Hebel eingesetzt werden, um Beschäftigtenrechte, Partizipation und andere Eigentumsformen durchzusetzen. Die Aktivitäten von Unternehmen haben tief greifende Bedeutung, Wirkungen und Konsequenzen für die betreffenden Kommunen, Regionen und darüber hinaus – es handelt sich daher der Sache nach nicht um private Angelegenheiten.

---

### **Wenn die Märkte ihre Investitionsfunktion nicht wahrnehmen, dann muss diese weitaus stärker zur öffentlichen, partizipativ organisierten Aufgabe werden.**

und Shareholder-value-Konzepten in der Unternehmensführung sind angesichts von Kurzfristdenken, Finanzkrise, exorbitanten Managergehältern, Steuerhinterziehung, Pleiten und Massenentlassungen sowie wachsender ökologischer Zerstörung und (Diesel-)Skandalen in Zweifel geraten. Auch die klassische betriebliche Mitbestimmung konnte dem Druck transnationaler Konkurrenz und finanzdominierter Kontrolle nicht ausreichend begegnen, geriet manchmal selbst in Verwicklungen von Kollaboration und Korruption. Es ist also Zeit für eine über die klassische Mitbestimmung hinausgehende Demokratisierung der Wirtschaft, für eine weitreichende Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Verbänden und Initiativen, Bevölkerung/Konsument\*innen und anderen Stakeholdern an Entscheidungen in Betrieben (und zwar entlang der gesamten, transnationalen Produktionskette). Beschäftigte sollten Mitwirkungs- und Vetorechte bei der Personalbemessung und Betriebsverlagerungen, stärkeren Einfluss bei Arbeitszeiten oder der Produktionsorganisation erhalten. Regionale Räte und Beschäftigte sollten Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte bei Innovationen (und -rich-

**5. Unumkehrbarkeit?** Die Eigentumsfrage: Die Frage der Vergesellschaftung ist wieder sprechbar geworden. Diese Öffnung sollte gezielt genutzt werden: Wie beim Thema Wohnen hat dies noch ohne Erreichung des eigentlichen Ziels den Diskurs verschoben und mehr Möglichkeiten eröffnet. Diese Erfahrung lässt sich konkret übertragen, um die Hindernisse bei der Entwicklung von Gesundheitsinfrastrukturen (Krankenhaus- und Pflegekonzerne), bei der Sicherung privater Daten und digitaler Infrastrukturen (Facebook & Co), bei der Mobilitätswende (Automobilkonzerne und die Bahn AG) oder beim Wohnungsbau (informelle Kartelle in der Bauwirtschaft) zu überwinden. Die Vergesellschaftung zentraler materieller und sozialer Infrastrukturen sowie zentraler Produktionsstrukturen in öffentliche Unternehmen oder Genossenschaften (beide gesteuert von Räten, die aus Beschäftigten, Nutzer\*innen, Betroffenen und Politiker\*innen zusammengesetzt sind) ist ein wesentlicher Faktor zur dauerhafteren Verschiebung von Kräfteverhältnissen. Eine wirkliche Vergesellschaftung (nicht nur die formelle Verstaatlichung) wäre auch ein wirksamerer Schutz gegen spätere Reprivatisierungen.

Die Frage der Unumkehrbarkeit gilt aber auch für andere essenzielle Entscheidungen und Errungenschaften, hinter die eine künftige Gesellschaft nicht mehr zurückfallen darf – Stichwort: Ewigkeitsklauseln des Grundgesetzes, etwa die verfassungsmäßige Absicherung öffentlicher sozialer Infrastruktur und ein Privatisierungsverbot. Von rechts werden permanent neoliberale und autoritäre Maßnahmen in das Verfassungsrecht gegossen bzw. Institutionen und Strukturen gebaut, die spezifische Politiken vor demokratischem Einfluss entziehen wollen, dies beginnt bei der Unabhängigkeit der Zentralbank und der einseitigen Definition der Aufgaben der EZB und geht bis zu Fiskalpakt, Lissabon Vertrag etc. Nun sollten wir es den herrschenden Klassen nicht gleichtun. Aber erweiterte soziale und politische Rechte, bestimmte Freiheitsgüter etc. sollten nicht (so leicht) infrage gestellt werden können und daher institutionalisiert werden, wenn möglich mit Verfassungsrang, gern auch auf trans- und internationaler Ebene.

**6. Umgestaltung: Sozialisierung der Investitionsfunktion (John Maynard Keynes):** Die Überakkumulation von Kapital produziert Welten spekulativer Blasen, gefolgt von Kapital und Arbeitsplatzvernichtung, während immer größere Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion wie Erziehung und Ausbildung, Umwelt, Hungerbekämpfung, Infrastrukturen und öffentliche Dienstleistungen liegenbleiben bzw. kaputtgespart werden. Die großen Menschheitsprobleme bleiben ungelöst auf Kosten der subalternen Klassen und der natürlichen Umwelt. Wenn die Märkte ihre Investitionsfunktion nicht wahrnehmen, dann muss diese weitaus stärker zur öffentlichen, partizipativ organisierten Aufgabe werden. Mariana Mazzucato zeigt, wie die Schaffung von neuen Technologien/Produktivkräften, ja sogar neuen Märkte in den letzten 40 Jahren nicht durch Unternehmen, sondern durch staatliche Forschungsprogramme und Maßnahmen erfolgte: vom Internet, über die erneuerbaren

Technologien bis hin zu Nano- oder Biotechnologien. «Tatsächlich ist es der Staat, der bereit ist, Risiken einzugehen, die Unternehmen scheuen. Er hat sich als schöpferisch erwiesen, schaffte gänzlich neue Märkte und Branchen.» (Mazzucato 2014)

Wofür wollen wir investieren? Dies wäre durchaus eine gute Frage für eine Kampagne. Dies schließt auch die Sozialisierung der Innovationsfunktion ein, um der Entwicklung der Produktivkräfte eine Richtung zu geben, die an den Bedürfnissen der Einzelnen ansetzt und nicht an den Perspektiven des Profits – offensiv, die Unfähigkeit des privaten Sektors herausstellend, weil er den komplizierten Unsinn, vom digitalen Gadget bis zur Waffenproduktion, entwickeln kann, aber keine Lösung selbst für einfache Probleme wie etwa neue Werkstoffe für günstige und ökologische Wohnungen. Die Gewinnung ökologischer (Leichtbau-)Materialien und Stoffe, die Sicherung von 100 Prozent erneuerbarer Energie mit entsprechenden dezentralen Speicherkapazitäten und abnehmenden Stromverbräuchen, die Entwicklung smarter öffentlicher Mobilitätssysteme bei gleichzeitiger Reduzierung des Verkehrs, die Ersetzung seltener Erden durch alternative Rohstoffe, ökologische Anbaumethoden zur Sicherung der Ernährungssouveränität angesichts globaler Erwärmung etc. – dies sind nur einige Beispiele für progressive Innovationsfronten, die Investitionen in breite öffentliche Grundlagen- und Anwendungsforschung erfordern.

**7. Kollektive Kreativität:** Ungeahnte Produktivitätspotenziale liegen auch in der Befreiung der Autonomie der Arbeit. Die neuen Produktivkräfte ermöglichen die «Emanzipation der Arbeiter von der Fessel, für die Ausführung einer Teilfunktion eine beschränkte und damit einschränkende Kompetenz ausbilden zu müssen». Doch die «Privatproduktion wird diese Möglichkeit kaum zur friedlichen Entfaltung treiben»; «die Herrschaftskräfte werden nicht freiwillig eine Anordnung mit zerstören,

in der sie die «Köpfe» repräsentieren, die das Werk der «Hände» regulieren» (PAQ 1987: 58). Erst in «ihrer demokratischen Form, als Kooperative Individualität», kann eine neue Form der Arbeitsteilung ihre Potenziale entfalten (Müller 2010: 312).

Vor dem Hintergrund zunehmender Transnationalisierung und Standardisierung wurden in den letzten Jahren die neuen Formen der Arbeitsorganisation zurückgeschraubt, erreichen ihre Grenzen. Ein «Kulturbruch» in den Unternehmen, der bereits im Zuge der Krise der New Economy eingeleitet wurde. Von Kapitalseite erfolgt ein Rückbau von Autonomiepielräumen, Verschärfung von Kontrolle, Intensivierung und Prekarisierung der Arbeit sowie Überausbeutung. Im Ergebnis sinkt die Arbeitsproduktivität in diesen Bereichen. «Die Potenziale der neuen Produktivkräfte lassen sich unter den neoliberalen Produktionsverhältnissen nicht weiter realisieren» (Candeias 2010: 8). Wissensmanagementsysteme versuchen bereits das spezialisierte Wissen der Arbeitenden zu verallgemeinern. Mit der Industrie 4.0 soll das Produktionswissen erneut und auf höherer Stufe an die Maschinen(-systeme) übertragen werden. Selbstverständlich bewegt sich die Selbstorganisation in einem «Raum möglicher Problemlösungen, den Menschen mittels mathematischer Modellierung voraus entwerfen» (Ohm/Bürger 2015: 22). Selbst beim Einsatz sogenannter künstlicher Intelligenz ist es «normal und erwartbar, dass Menschen Fehler machen – sowohl die Programmierer als auch die Operateure der Systeme». Daher birgt die Konstruktion ««intelligenter», das heißt vermeintlich fehlerfreie Systeme hohe Risiken» (Weyer 1997: 245). Dies hat sich schon beim alten Traum der automatischen Fabrik bei Fiat als Dialektik der Automation erwiesen. Die maschinelle lernende Fehlerkorrektur kann jedoch die Steuerung auf sehr wenige, ausgewählte menschliche Wächter\*innen und Regulator\*innen des Produktionsprozesses begrenzen. Mit der

Produktivkraftrevolution ballt sich ungeheure Kompetenz, sprunghafte Zunahme kollektiver Handlungsfähigkeit bei den Arbeitsteams, die über die 4.0-Produktionssysteme eine internationale einheitliche Sprache sprechen lernen.

Dennoch: Die Herausbildung «kooperativer Kreativität» komplexer Arbeit im Prozess der Informatisierung und Computerisierung bildet den Kern der neuen Produktivkräfte. Er verweist auf «eine neue Stufe der Vergesellschaftung» (Müller 2010: 285), deren Realisierung durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse vorerst verstellt bleibt. Grundlage der Entfaltung kooperativer Kreativität ist Demokratisierung von Arbeitsorganisation wie der Entscheidung über den Zweck der Produktion und damit die bereits angelegte Überwindung der unproduktiven Grenzen des Privateigentums. Jenseits der Nische wird schließlich auch die Vernetzung nicht kapitalistischer (digitaler wie stofflicher) Produktion über die flexible Verbindung entsprechender Maschinensysteme möglich. Es gilt, die kooperative Kreativität den einzwängenden Imperativen von Konkurrenz und Profit zu entwinden (vgl. Candeias 2016).

**8.** Ein neuer Begriff von Reichtum: Für eine sozial-ökologische Transformation ist auf reproduktive Bedürfnisse zu orientieren; hin zu einer «Reproduktionsökonomie», die sich zu beschränken weiß und zugleich neuen Reichtum schafft: andere soziale Innovationen, sinnvollere Produktivkräfte, Zeitwohlstand, allseitige Entwicklung, Raum für Zärtlichkeit, Solidarität, Unterstützung und Ansporn statt Konkurrenz. Im Zentrum einer Transformation würden Bereiche stehen, die gemeinhin unter einen (weiten) Begriff der Reproduktions- oder Sorgearbeiten fallen: Ausbau bedürfnisorientierter sozialer Infrastrukturen öffentlicher Gesundheit, Pflege, Erziehung und Bildung, Forschung, sozialer Dienste, Ernährung und Schutz unserer natürlichen Umwelten, Pflege menschlicher Beziehung. In diesen zentralen Bereichen beklagen alle seit Jahren Mangel,

es sind die einzigen Bereiche, in denen die Beschäftigung in Industrieländern wächst. Sie sind öffentlich zu halten und nicht dem Markt preiszugeben. Dies wäre zugleich ein Beitrag zur Ökologisierung unserer Produktionsweise (da diese Arbeit mit Menschen selbst wenig Umweltzerstörung mit sich bringt) sowie zur Bearbeitung der Krisen von (bezahlter) Arbeit und (unbezahlter) Reproduktion. Und gut gewendet können sie einen Beitrag zur emanzipativen Gestaltung von Geschlechterverhältnissen leisten, durch den Blick auf reproduktive Funktionen. Mit der Überwindung der geschlechtlichen Arbeitsteilung wäre auch die Überwindung der Trennung von Kopf und Hand anzugehen.<sup>1</sup> Dabei bildet die neue «feministische Internationale» international gegenwärtig den radikalsten und sichtbarsten Gegenpol zum globalen Autoritarismus wie zum Neoliberalismus. Eine solche Bewegung gilt es klassenpolitisch weiterzutreiben, so wie es die Diskussion um Frauen\*Streik und reproduktive Gerechtigkeit begonnen hat.

**9.** Ein neuer Begriff von Arbeit: Bei einer solchen sozial-ökologischen und feministischen Offensive geht es auch um die Neudefinition und Neuverteilung dessen, was wir als gesellschaftlich notwendige Arbeit verstehen (4-in-1-Perspektive, vgl. Haug 2011) – durch Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, Ausdehnung kollektiver, öffentlich finanzierter Arbeit, orientiert an der Reduktion von Stoff- und Energieverbrauch, am Beitrag zu menschlicher Entwicklung, am Reichtum allseitiger Beziehungen, nicht an der Produktion von Mehrwert. Wachstumskritische Bewegungen, feministische Politiken und Dienstleistungsgewerkschaften wie ver.di können an solchen Punkten zusammenkommen.

Notwendige gesellschaftliche Arbeit ist dabei als gemeinschaftliche Selbstverpflichtung zu verstehen, als gemeinsame Bestimmung, was geleistet werden soll, wie die gewonnenen Ressourcen und die Zeit eingesetzt werden sollen. Dies schließt jedoch weitreichende individuelle Autonomiespielräume in der Arbeit mit ein, ebenso wie die freiwillige assoziierte/dissoziierte Arbeit nach Neigung: etwa ein individuelles «Ziehungsrecht» (Supiot 1999) für autonome Zeiten (allein oder in Gruppen) für eigensinnige Projekte und Erfindungen, Forschung, Kunst etc., die Raum für kreative und innovative Entfaltung schaffen (inkl. der dafür nötigen Mindestressourcen und Erprobungsphasen, sofern es sich nicht um gefährliche Verfahren handelt), ohne notwendige Zustimmung durch ein Kollektiv. Ebenso sind individuelle Ziehungsrechte in Form von Sabbaticals denkbar, die nicht direkt an im engeren Sinne gesellschaftlich notwendige Arbeit gebunden sind (etwa für Reisen, Muße, Exzess und Experiment). Ziehungsrechte für Erziehungs- und Pflegezeiten, wie sie zum Teil gegenwärtig schon bestehen, sind hingegen weitgehend überflüssig, sofern die reproduktiven Arbeiten selbst als notwendige in den Alltag eingebaut sind – aber auf Wunsch durchaus möglich. Insofern steht die gemeinsame Definition, Ausgestaltung und Verteilung gesellschaftlicher Arbeit im Vordergrund, ist jedoch mit der Möglichkeit temporärer individueller Exit-Optionen und kollektiv garantierter autonomer Räume verbunden.

**10.** Weniger ist (manchmal) mehr: Die Reorientierung auf reproduktive Bedürfnisse geht einher mit einer Orientierung auf Binnenmarkt und -produktion, die Entwicklung neuer (sozial-ökologischer) Innovationsrichtungen und

---

**Gesellschaftlich notwendige Arbeit orientiert an der Reduktion von Stoff- und Energieverbrauch, am Beitrag zu menschlicher Entwicklung, am Reichtum allseitiger Beziehungen, nicht an der Produktion von Mehrwert.**

Produktivkräfte für die stoffliche Produktion. Globale Produktionsketten werden seit Langem überdehnt und führen zur Verschwendung von Ressourcen. Es geht dabei nicht um einen «naiven Antiindustrialismus» (Urban), sondern vielmehr um eine alternative Produktion, regionale Produktions- und Reproduktionskreisläufe. Dies bedeutet, die Debatte um das progressive Verhältnis von selektiver «Deglobalisierung» und «solidarischer Alterglobalisierung» (gilt auch für Europadebatte) weiterzutreiben, statt der gegenwärtigen um Globalisierung versus Rückkehr zum Nationalstaat, die nur die Entgegensetzung von Neoliberalen und Rechten reproduziert. Eine Tendenz zu Deglobalisierung und Regionalisierung der Wirtschaft trägt auch zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte und der Exportfixierung bei. Bestimmte politische Kompetenzen wären von

der internationalen oder europäischen Ebene tatsächlich «zurückzuholen», etwa die Organisation der Daseinsvorsorge, anderes wiederum, wie die Gewährleistung (globaler) sozialer und ökologischer Rechte oder die Kontrolle der Finanzmärkte, wäre trans- oder international anzugehen. Es ginge um eine neue Verbindung von Dezentralität mit transnationalen Vermittlungen (siehe die Punkte zu Demokratie und Subsidiarität oben). Auf dieser Grundlage lässt sich über einen erneuerten Internationalismus und viele neue Internationalen nachdenken, die globale Solidarität praktisch machen, aber lokal verankert sind.

Wird der Umbau konsequent betrieben, ist eine Vernichtung alter Branchen und Kapitale (und entsprechende Gegenwehr) unvermeidlich. Bestimmte Bereiche müssen schrumpfen (bspw. Teile der mit hohem Stoffumsatz verbundenen industriellen Produktion), andere zunächst wachsen (bspw. die gesamte Care-Ökonomie), bei relativer Entkopplung vom stofflichen Wachstum. Dies gilt in gewis-

ser Weise auch für den Mobilitätssektor: Der Umbau von Individualverkehr mit Verbrennungsmotor hin zu kollektiven, smarten öffentlichen Verkehrsmitteln auf Basis regenerativer Energien erfordert die Entwicklung und Produktion neuer Produkte, einen massiven Ausbau von Infrastrukturen, Personalaufbau u. a. m.

Ein solches qualitatives Wachstum ist Übergangsweise nicht zuletzt aufgrund der Defizite in vielen Bereichen der Reproduktion, aber auch alternativer industrieller Produktion notwendig – dies gilt vor allem für Länder des globalen Südens. Hier ist ein simpler Gegensatz von Wachstums- versus Postwachstumspositionen kontraproduktiv. Dabei weisen De-

batten um Buen Vivir und sozial-ökologische Entwicklungsweisen jenseits westlicher Lebensweisen im globalen Süden über Wachstums- und

---

### **Die Transformation erfordert unglaublich viel Arbeitskraft.**

Modernisierungsvorstellungen hinaus. Auch hier sind falsche Gegensätze zu vermeiden: Nicht «Entwicklung» an sich ist das Problem, nicht die «moderne» Zivilisation, sondern eine spezifische Form kapitalistischer (oder auch staatssozialistischer) Entwicklung und bestimmter gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Eine Reproduktionsökonomie bedeutet mittelfristig, dass sich Bedürfnisse und Ökonomie qualitativ entwickeln, aber nicht mehr quantitativ bzw. stofflich wachsen.

**11. Gerechte Übergänge und universelle Jobgarantie:** Positive Perspektiven für die von der Klimakrise am stärksten Betroffenen wie für die von steigenden Kosten (z. B. der Energiewende) und dem Umbau (z. B. dem Strukturwandel durch industrielle Konversion oder durch Rückbau etwa der Rüstungsindustrie) bedrohten Beschäftigten, Gemeinden und Länder sind notwendig. In diesem Sinne versuchen Just-Transition-Initiativen Klimagerechtigkeits- und Arbeiterbewegung zusammenzubringen. Andernfalls werden immer

wieder soziale gegen ökologische Interessen ausgespielt oder die Berücksichtigung von Interessen der unteren Klassen (bessere Umweltbedingungen und bewusster Konsum) oder von Beschäftigteninteressen (mehr Jobs) bleibt äußerlich. Kriterien für einen solchen gerechten Übergang zu einem grünen Sozialismus könnten sein: Alle zu treffenden Maßnahmen müssten daran gemessen werden, ob sie 1. relevant zur Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen beitragen, 2. zur Reduzierung von Armut und Vulnerabilität (Verletzlichkeit), 3. zur Reduzierung von Einkommens- und anderen Ungleichheiten, 4. Beschäftigung und Gute Arbeit befördern und 5. demokratische Partizipation der Einzelnen ermöglichen.

Am Beispiel der Automobilindustrie lässt sich dies verdeutlichen. Der bereits enorme Konkurrenzdruck wird angesichts weiter steigender globaler Überkapazitäten zunehmen, Zentralisierung befördern und Standorte und Arbeitsplätze gefährden. Präventiv wären staatliche Kapitalhilfen an alternative Entwicklungswege und die Beteiligung am Eigentum bzw. die volle Vergesellschaftung von Unternehmen zu knüpfen. Öffentliche Beteiligung wäre mit erweiterter Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Umweltverbänden und den Menschen der Region zu verbinden, zum Beispiel in regionalen Räten, die über konkrete Schritte einer Konversion des Automobilkonzerns in einen ökologisch orientierten Dienstleister für öffentliche Mobilität entscheiden. Von Jobverlust bedrohte Automobilwerker\*innen diskutierten, entwickelten und bestimmten dort mit, wie eine Konversion ihrer Industrien und ein gerechter Übergang organisiert werden kann. So können unterschiedliche Betroffene im Betrieb oder in der Region selbst zu Protagonist\*innen der Veränderung werden. Die Mobilitätswende muss gegen Konzerninteressen durchgesetzt werden, aber mit den Beschäftigten und ihren Familien: Auch sie haben ein Interesse an der «Vereinbarkeit» von auskömmlichem

Leben, Zeit für Familie und Freund\*innen und lebenswerter natürlicher Umwelten. Zielmarken wären das Ende des Verbrennungsmotors im Jahr 2030 und die weitgehende Verwirklichung autofreier Innenstädte durch einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs und entsprechende Infrastrukturen in den Städten und auf dem Land.

Die Beschäftigten wissen, dass ein Strukturwandel kommt. Es wäre positiv, an das enorme Wissen und den Produzenten- bzw. Gebrauchswertstolz der Beschäftigten anzuknüpfen: Schaffen wir einen sozial-ökologischen Umbau der Industrie, der zugleich Jobs – nicht zuletzt im Metallbereich – und Zukunft auf diesem Planeten sichert? Es bedarf dafür schließlich vieler Elemente alternativer Produktion: die Entwicklung und Ausweitung von E-Bus-Systemen (Oberleitung, autonom etc.), Klein- und Rufbussen, spezialisierten Nutzfahrzeugen etc., die Produktion von Schienenfahrzeugen (S- und U-Bahnen, Straßenbahnen, Regional- und Fernzüge, Güterzüge), smarter Verkehrsleitsysteme, teilweise der Bau von Energie- und Schieneninfrastruktur, die Entwicklung von ökologisch verträglichen Leichtbaumaterialien etc. pp.

Nicht in jedem Fall wird dies für Beschäftigte bedeuten, im selben Betrieb oder derselben Branche bleiben zu können. Damit eine sozial-ökologische Transformation nicht angstbesetzt ist (oder gar von Betroffenen bekämpft wird), bedarf es neben positiver Perspektiven und Partizipation auch Garantien. Alexandria Ocasio-Cortez und Bernie Sanders haben daher in ihren Vorschlag für einen Green New Deal (vgl. Bozuwa in dieser Broschüre) im Anschluss an den von Roosevelt eine Jobgarantie aufgenommen. Die Transformation erfordert unglaublich viel Arbeitskraft. Jede\*r, der\*die Arbeit wünscht, sollte das Recht auf eine öffentlich finanzierte, tariflich Arbeit mit «kurzer Vollzeit» (Becker/Riexinger 2017) haben. Zugleich würde eine solche Garantie die Arbeit besser verteilen und darüber hinaus die

Macht des Kapitals brechen, die Bedingungen der Arbeit zu diktieren, der Prekarisierung ein Ende setzen.

**12.** Eine neue Ökonomie: Die Ökonomie, die sich nicht um Profit, sondern um die Sonne der Bedürfnisbefriedigung dreht, einen anderen Begriff von Reichtum hat, öffnet die Perspektive auf eine Existenz jenseits des Hamsterrädchens, auf Zeitwohlstand, Entwicklung und Wechsel der Tätigkeiten, auf allseitige Beziehungen und Maße, auf eine demokratische und solidarische Lebensweise. Aber wer soll das alles bezahlen? Abgesehen von der drastischen Umverteilung zur Korrektur der enormen Ungleichheiten über diverse Formen der Besteuerung und Enteignung geht es auch um ein anderes Verständnis von Ökonomie.

Kapitalistische Ökonomien beruhen auf der Produktion von Waren zur Realisierung eines Mehrwertes, der durch die Arbeit produziert wird, die mehr Wert schafft, als sie kostet. Die

Es gibt wenig Ansätze, die einer solchen öffentlichen Produktionsweise eine eigene ökonomische Qualität zugestehen. Ausnahmen sind zum Beispiel die Ansätze eines «Public Value» (Mazzucato/Ryan-Jones 2019) oder einer «Sozialwirtschaft» (Müller 2005 u. 2010). Legen wir jedoch eine andere gesellschaftliche Buchführung an, die gebrauchts- und bedarfsorientiert ist und dabei von den gesellschaftlichen und natürlichen Ressourcen ausgeht, geht es um die Frage, zu welchem Zweck und wie wir diese Ressourcen einsetzen wollen. Ohnehin benötigen wir einen planvolleren Einsatz von Ressourcen, um ihren Verbrauch drastisch zu reduzieren. Dies gilt nicht nur für stoffliche Ressourcen, sondern auch für die Arbeitskraft. Eine gesellschaftliche Buchführung vorhandener und benötigter Ressourcen würde eine von kapitalistischen Werttransfers unabhängige Grundlage für eine öffentliche Produktionsweise bieten. Dies führt uns unmittelbar zum nächsten Punkt.

---

### **Für eine andere gesellschaftliche Buchführung, die gebrauchts- und bedarfsorientiert ist und dabei von den gesellschaftlichen und natürlichen Ressourcen ausgeht.**

Bereiche der öffentlichen Dienste oder stofflicher staatlicher Infrastrukturen gelten zwar als wichtige Voraussetzungen für die Reproduktion des Kapitals (etwa Verkehrsnetze oder schulische Bildung), gelten aber ökonomisch als nur abgeleitet: Werte werden im privatkapitalistischen Sektor erzeugt und dann vom Staat abgeschöpft, um damit die Investitionen und Lohnkosten zu bestreiten. Zwar kann er auch Kredite aufnehmen, aber auch diese müssen dann irgendwann durch Steuern, also Abschöpfung von Mehrwert beglichen werden. Im Grunde kann in diesem Verständnis der Staat nur ausgeben, was er über einen Werttransfer später wieder aus der Wertproduktion der Privaten abschöpft – es bleibt bei Umverteilungspolitik.

**13.** Partizipative Planung: Die Notwendigkeit, schnelle strukturelle Veränderungen unter Zeitdruck herbeizuführen, macht Elemente partizipativer Planungsprozesse, *consultas populares* und *peoples planning processes*, dezentraler demokratischer Räte erforderlich (regionale Räte waren in der Auseinandersetzung um die Krise in den Automobil- und Exportindustrien bereits in der Diskussion, vgl. IG Metall Esslingen 2009) bzw. «unterschiedliche Ebenen der Planung» (Gindin 2019) und Schleifen wechselseitiger Abstimmungen und neuer Checks and Balances (welche Rolle haben Warenmärkte darin?). Unabdingbar rasche Veränderungsprozesse wurden auch in der Vergangenheit mittels Planung vollbracht (z. B. in den USA in den

1930er und 1940er Jahren). Von der «Überlegenheit des sozialistischen Grundplans» sprach selbst Joseph Schumpeter (1942: 310ff.), der glühende Anhänger der von ihm selbst so genannten «schöpferischen Zerstörung» im Kapitalismus. In der Problematik schneller Übergänge verfügen sozialistische Positionen also über ein starkes Argument – doch sollte es sich um partizipative Planung handeln (Williamson 2010). Nur so kann Vergesellschaftung mit überkommenen Macht- und Eigentumsverhältnissen des Kapitalismus brechen. Angesichts negativer Erfahrungen mit autoritär-zentralistischer Planung können regionale Experimente einen Einstieg ermöglichen. Die Demokratisierung und Dezentralisierung vorhandener überregionaler Planungsprozesse im Gesundheitssystem, bei Netzplanungen im Energie- und Bahnbereich, im Bildungswesen etc. können weitere Ansatzpunkte sein. Schwieriger ist es mit der globalen Stoff- und Ressourcenplanung – Erfahrungen internationaler Organisationen oder die gigantischen Planungserfahrungen transnationaler Konzerne sind kaum unmittelbar demokratisierbar (wie sähe eigentlich eine Vergesellschaftung entlang transnationaler Produktionsketten aus?). Abgebrochene Experimente kybernetisch gestützter, demokratischer Planung (in Chile unter Allende) sollen ausgewertet und auf der Höhe der Zeit neu gedacht werden. Neue Produktivkräfte und digitale Möglichkeiten für Planung sind zu nutzen (ohne sie zu überschätzen); Kapazitäten für Planung und ihre Umsetzung in den Verwaltungen und Betrieben sind aufzubauen und zu stärken – Beispiel Wohnen: Der Neubau von Wohnungen und Schulen krankt auch an den abgebauten Kapazitäten in der Verwaltung, besonders eben in den Planungsstäben, aber auch am Mangel an Baustoffen (wenige oligopolistische Anbieter) – hier bräuchte es neben mehr Beschäftigten im öffentlichen Dienst auch eigene Werke etwa für ökologisch und ästhetisch entwickelte serielle (Platten-)Bau-

ten mit neuen Materialien (VEB-Platte 3.0) und architektonischen Wettbewerb für ein bezahlbares und grünes Wohnen in der Stadt – was könnte ein populäres Einstiegsprojekt sein?

### **Für die freie Entwicklung einer jeden**

Entscheidend ist, dass alle genannten Elemente auf die Erweiterung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit ausgerichtet sind, die Einzelnen befähigen, Protagonist\*innen ihrer eigenen Geschichte zu werden. Das Ziel ist bereits von Marx im Manifest der Kommunistischen Partei auf den Punkt gebracht worden: Eine Gesellschaft, «worin die freie Entwicklung eine[r] jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist» (MEW 4: 482).

Möglicherweise sind wir bereits in einer Entscheidungssituation: Der Bruch mit den alten neoliberalen und neuen autoritären Politiken wird zur Notwendigkeit angesichts der Verdichtung von globaler Ungleichheit, ökologischer Krise, Migrationsbewegungen, globalem Autoritarismus und Faschisierung. Ein ernsthafterer Konjunkturreinbruch würde diese Situation noch verschärfen. Der «Mittelweg» postideologischer Offenheit und linksliberaler Kritik ist dann nicht mehr gangbar. Kräfte, die sich für den Erhalt liberaler, bürgerlicher Freiheiten und minimaler Standards solidarischer Lebensweisen einsetzen wollen, müssen Partei ergreifen gegen Autoritarismus und Neoliberalismus, das heißt auch für einen radikaleren linken Kurs. Jetzt ist der Moment der Entscheidung, in einer Phase des Interregnums, in dem noch unterschiedliche Möglichkeiten offen sind, sich aber bereits zu schließen beginnen. Die Barbarei ist wieder denkbar – und sie ist der Normalfall im Übergang zu einem neuem gesellschaftlichen Projekt (sei es kapitalistisch oder nicht); ein sozialistisches Projekt kann sich dabei zugleich auf Notwendigkeit aufgrund ungelöster, eskalierender Menschheitsprobleme und der Gefahr der Barbarei berufen, als auch aus Wünschen/



Sehnsüchten nach dem Zukünftigen/konkreten Utopie speisen. Eine sozialistische «Erzählung» ist wichtig, zugleich muss sie sehr konkret sein, aus den sozialistischen Interventionen heraus entwickelt werden. Das Adjektiv «sozialistisch» verweist auf die Praxis (nicht auf eine fertige Blaupause).

## Literatur

- Becker, Lia/Riexinger, Bernd (2017):** For the many, not the few. Gute Arbeit für Alle! Vorschläge für ein Neues Normalarbeitsverhältnis, in: Sozialismus, Supplement zu Heft 9.
- Candeias, Mario (2010):** Passive Revolution versus sozialistische Transformation, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Papers, Berlin, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/3914/passive-revolutionen-vs-sozialistische-transformation/](http://www.rosalux.de/publikation/id/3914/passive-revolutionen-vs-sozialistische-transformation/).
- Candeias, Mario (2016):** Kollektive Kreativität. Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse im digitalen Kapitalismus, in: Luxemburg online, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/kollektive-kreativitaet/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/kollektive-kreativitaet/).
- Gindin, Sam (2019):** We need to say what Socialism will look like, in: Jacobin, 3.6.2019, unter: [www.jacobinmag.com/2019/03/sam-gindin-socialist-planning-models](http://www.jacobinmag.com/2019/03/sam-gindin-socialist-planning-models).
- Haug, Frigga (2011):** 4-in-1-Perspektive – Kompass für die politische Praxis, in: LuXemburg 2/2011, S. 122–126, [www.zeitschrift-luxemburg.de/vier-in-einem-perspektive-kompass-fur-die-politische-praxis/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/vier-in-einem-perspektive-kompass-fur-die-politische-praxis/)
- Luxemburg, Rosa (1903):** Karl Marx, in: GW 1.2, Berlin, S. 369–377.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1990):** Werke, 1846–1848, Bd. 4, Berlin.
- Mazzucato, Mariana (2014):** Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, München.
- Mazzucato, Mariana/Ryan-Collins, Josh (2019):** Putting value creation back into «public value». From market-fixing to market-shaping, UCL Institute for Innovation and Public Purpose, Working Paper No. 5, unter: [www.ucl.ac.uk/bartlett/public-purpose/sites/public-purpose/files/public\\_value\\_final\\_30\\_may\\_2019\\_web\\_0.pdf](http://www.ucl.ac.uk/bartlett/public-purpose/sites/public-purpose/files/public_value_final_30_may_2019_web_0.pdf).
- Müller, Horst (2005):** Sozialwirtschaft als Systemalternative, in: ders. (Hrsg.): Das PRA-XIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft, Norderstedt, S. 254–289, unter: [www.praxisphilosophie.de/mueller\\_praxiskonzept\\_sozwirt.pdf](http://www.praxisphilosophie.de/mueller_praxiskonzept_sozwirt.pdf).
- Müller, Horst (2010):** Zur wert- und reproduktionstheoretischen Grundlegung und Transformation zu einer Ökonomie des Gemeinwesens, in: ders. (Hrsg.): Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation, Norderstedt, S. 157–228, unter: [www.praxisphilosophie.de/mueller\\_transformation\\_thesen.pdf](http://www.praxisphilosophie.de/mueller_transformation_thesen.pdf).
- Ohm, Christoph/Bürger, Manfred (2015):** Ausblicke auf Industrie 4.0 und ihr Kybertariat, in: Das Argument 311, 1/2015, S. 17–31.
- PAQ – Projekt Automation und Qualifikation (1987):** Widersprüche der Automationsarbeit, Hamburg.
- Schumpeter, Joseph (1987):** Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen [1942].
- Supiot, Alain (1999):** Au delà de l'emploi. Transformation du travail et devenir du droit du travail en Europe, Paris.
- Weyer, Johannes (1997):** Die Risiken der Automationsarbeit. Mensch-Maschine-Interaktion und Störfallmanagement, in: Zeitschrift für Soziologie 5/1997, S. 239–257.
- Williamson, Thad (2010):** Democratic Social Planning and Worker Control, in: LuXemburg-online, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/thad-williamson-democratic-social-planning-and-worker-control/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/thad-williamson-democratic-social-planning-and-worker-control/).

<sup>1</sup> Zu herrschaftsförmiger Arbeitsteilung und feministisch-sozialistischer Transformation, neuen Formen der Kooperation und Utopie, vgl. Candeias 2011, unter: <http://ifg.rosalux.de/files/2011/05/feministisch-sozialistischeTransformation1.pdf>.

**Bernie Sanders**

## **DER WEG, DEN ICH DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS NENNE**

Wir befinden uns an einem entscheidenden Wendepunkt für unser Land und unseren Planeten. Jetzt, da sich so viele Krisen gleichzeitig über uns zusammenbrauen, kann es leicht passieren, dass wir uns überwältigt und deprimiert fühlen – oder gleich das Handtuch werfen wollen. Doch wenn es in der Geschichte unseres Landes je einen Moment gegeben hat, in dem Verzweiflung keine Option war, dann jetzt. Wenn wir je ein gutes Verständnis davon gebraucht haben, welche politischen und sozialen Kräfte diese historische Epoche bestimmen, dann heute. Wenn wir uns je erheben und zur Wehr setzen mussten gegen oligarchische und autoritäre Kräfte, dann heute. Und wenn wir je eine Vision gebraucht haben, um unsere Bürger\*innen im Kampf für Gerechtigkeit, Anstand und menschliche Würde zu vereinen, dann heute.

Derzeit stehen die Vereinigten Staaten und der Rest der Welt vor zwei sehr unterschiedlichen politischen Pfaden. Auf der einen Seite gibt es die zunehmende Tendenz zur Oligarchie und zum Autoritarismus, wo eine Handvoll extrem reicher und mächtiger Milliardär\*innen einen wesentlichen Teil der Wirtschaft besitzen und kontrollieren und einen enormen Einfluss auf das politische Leben unseres Landes haben. Andererseits gibt es eine Gegenbewegung – gegen die Oligarchie – von Lohnabhängigen und jungen Menschen, die in wachsender Zahl für Gerechtigkeit kämpfen. Es sind Lehrer\*innen, die auf die Straße gehen, um sicherzustellen, dass Schulen ausreichend finanziert werden und ihre Schüler\*innen eine gute Bildung bekommen. Es sind Arbeiter\*innen von Disney, Amazon, Walmart und der Fastfoodindustrie, die für einen existenzsichernden Lohn von mindestens 15 US-Dollar pro Stunde und

das Recht kämpfen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Es sind junge Menschen, die sich der Öl- und Kohleindustrie widersetzen und Gesetze fordern, die unser Energiekonzept umkrempeln und unseren Planeten vor den Verwüstungen des Klimawandels bewahren. Es sind Frauen, die sich weigern, die Kontrolle über ihre Körper örtlichen, staatlichen oder bundesstaatlichen Politiker\*innen zu überlassen. Es sind People of Color und ihre Verbündeten, die ein Ende von systemischem Rassismus und Ungerechtigkeit verlangen, die unsere Gesellschaft durchdringen. Es sind Migrant\*innen und ihre Verbündeten, die das Ende der Dämonisierung von Menschen ohne Papiere verlangen und eine umfassende Einwanderungsreform.

### **Wall Street loves socialism**

Lasst mich klarstellen, was ich unter Oligarchie verstehe. In den Vereinigten Staaten verfügen heute drei Familien über mehr Vermögen als die untere Hälfte der Bevölkerung, also etwa 160 Millionen Amerikaner\*innen. Das oberste ein Prozent besitzt mehr Vermögen als die unteren 92 Prozent. Derzeit fließen 49 Prozent allen neu erworbenen Einkommens an dieses oberste ein Prozent. Tatsächlich sind die Einkommens- und Vermögensungleichheit in den Vereinigten Staaten heute größer als zu jedem anderen Zeitpunkt seit den 1920er Jahren.

Wenn ich von Oligarchie spreche, meine ich also nicht nur, dass die Superreichen immer reicher werden, sondern auch, dass zig Millionen Arbeiter\*innen im reichsten Land der Welt unter unglaublicher wirtschaftlicher Not leiden und verzweifelt ums Überleben kämpfen.

An die 40 Millionen Amerikaner\*innen leben heute in Armut. Heute Nacht werden 500.000 Menschen auf der Straße schlafen. Fast die Hälfte des Landes hangelt sich von Lohn zu Lohn und zig Millionen unserer Mitmenschen sind lediglich einen Unfall, eine Scheidung, eine Krankheit oder eine Entlassung vom wirtschaftlichen Ruin entfernt.

Während es vielen öffentlichen Schulen im ganzen Land an Ressourcen fehlt, um unsere Jugend adäquat auszubilden, sitzen heute in den Vereinigten Staaten mehr Menschen im Gefängnis als in jedem anderen Land.

---

### **In den Vereinigten Staaten leben die Superreichen durchschnittlich 15 Jahre länger als die Ärmsten unter den US-Amerikaner\*innen.**

Jahrzehntelang hat unsere Politik die ungezügelte Profitgier von Großkonzernen auch noch ermutigt und subventioniert. Inzwischen ist unsere Wirtschaft völlig zerrüttet und grotesk ungerecht.

Auch wenn makroökonomische Zahlen wie das Bruttoinlandsprodukt, die Börse und Arbeitslosenraten ein gutes Bild abgeben, halten Millionen von Menschen der Arbeiterklasse und Mittelschicht sich nur schwer über Wasser. Währenddessen sichert sich die Milliardärsklasse den Löwenanteil des Vermögens, das wir als Land gemeinsam erzeugen.

Inmitten eines vermeintlichen Wirtschaftsbooms ist der Reallohn der durchschnittlichen Arbeiter\*in kaum gestiegen. Und trotz der exponentiellen Zunahme in den Bereichen Technologie und Arbeitsproduktivität ist das Realeinkommen der US-Amerikaner\*innen nicht höher als vor 46 Jahren, und Millionen von Menschen sehen sich gezwungen, mehrere Jobs gleichzeitig zu haben, um zu überleben.

Hier eine unglaubliche Tatsache, mit der alles gesagt ist, was es zu den Folgen eines neoliberalen Kapitalismus zu sagen gibt: Wir alle

wünschen uns lange, erfüllte und produktive Leben. Jedoch leben in den Vereinigten Staaten die Superreichen durchschnittlich 15 Jahre länger als die Ärmsten unter den US-Amerikaner\*innen. In McDowell County, West Virginia, einem der ärmsten Counties des Landes, lag die Lebenserwartung bei den Männern im Jahr 2014 durchschnittlich bei 64 Jahren. In Fairfax County, Virginia, einem wohlhabenden County nur 500 Kilometer entfernt, liegt die Lebenserwartung der Männer bei fast 82 Jahren. Das ist ein Unterschied von 18 Jahren. Der Unterschied bei den Frauen betrug zwölf Jahre.

Die Frage nach einem neoliberalen Kapitalismus ist also nicht bloß eine akademische Debatte – Armut, wirtschaftliche Not und Verzweiflung stellen für Millionen Lohnabhängige in unserem Land existenzbedrohende Themen dar. Die Reichen werden

reicher und ihre Leben länger. Arme und erwerbstätige Familien kommen dagegen kaum über die Runden und haben häufig keinen Zugang zu ausreichender Gesundheitsversorgung. Zum ersten Mal in der Geschichte der modernen USA sinkt ihre Lebenserwartung.

All das gefährdet den amerikanischen Traum vom sozialen Aufstieg. Wenn wir das Ruder nicht herumreißen, werden unsere Kinder zum ersten Mal mindestens seit der großen Krise der 1930er Jahre einen niedrigeren Lebensstandard als ihre Eltern haben. Das können wir nicht hinnehmen.

Global gesehen zeichnet sich ein noch entsetzlicheres Bild ab: Während einige wenige im Besitz eines Großteils des weltweiten Vermögens sind, haben Milliarden von Menschen nahezu nichts. Die 26 reichsten Milliardär\*innen besitzen heute zusammen ebenso viel wie die ärmsten 3,8 Milliarden Menschen auf der Welt – also die Hälfte der Weltbevölkerung.

Es ist allerdings nicht bloß ein wirtschaftlicher Kampf, den es jetzt auszutragen gilt. Weltweit geht die Herausbildung der Oligarchie

mit der Erstarkung autoritärer Regime einher, wie man unter anderem an Putin in Russland, Xi in China, Mohammed bin Salman in Saudi-Arabien, Rodrigo Duterte auf den Philippinen, Jair Bolsonaro in Brasilien und Viktor Orbán in Ungarn sieht. Diese Staatsoberhäupter kombinieren eine korporatistische Wirtschaft mit Rassismus und Autoritarismus. Sie verwandeln den allgemeinen Unmut über Ungleichheit und eine sich verschlechternde wirtschaftliche Situation in gewaltsame Wut gegen Minderheiten – seien es Migrant\*innen, ethnische Minderheiten, religiöse Minderheiten oder die LGBT-Gemeinde. Und um Widerstand zu unterdrücken, beschneiden sie die Demokratie und Menschenrechte.

Natürlich haben wir in den Vereinigten Staaten unsere eigene Version dieser Bewegung – sie wird von Präsident Trump und seinen republikanischen Unterstützer\*innen angeführt, die unser Land spalten wollen und ebendiese *communities* angreifen. Trump betrachtet diese autoritären Staatsoberhäupter als Freunde und Mitstreiter.

Diese autoritäre Strategie ist nichts Neues. Die Herausforderung, die sich uns heute als Land und weltweit stellt, unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht kaum von jener vor gut 100 Jahren während und nach der Großen Depression von 1930. Damals wie heute haben tief sitzende und scheinbar unlösbare wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten weltweit zum Aufschwung rechter und nationalistischer Kräfte geführt.

In Europa haben sich damals autoritäre Demagog\*innen die Wut und Verzweiflung zunutze gemacht und Korporatismus, Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu einer politischen Bewegung verschmolzen, die totalitäre Macht bündelte, die Demokratie zerstörte und am Ende Millionen von Menschen ermordete – darunter Mitglieder meiner Familie. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass nicht nur dort dunkle Kräfte nach Macht gestrebt haben.

Heute sind wir zurecht angewidert beim Anblick von Neonazis und Ku-Klux-Klan-Mitgliedern, wie sie am helllichten Tag in Virginia durch Charlottesville marschieren, und wir sind entsetzt, wenn Gebetsstätten von rechtsradikalen Terrorist\*innen zerschossen werden. Im Jahr 1939 haben am 20. Februar aber 20.000 Nazis eine Massendemonstration abgehalten – nicht in Berlin oder in Rom, sondern im Madison Square Garden in New York, vor einem zehn Meter hohen und mit Hakenkreuzen umrandeten Banner George Washingtons.

Diese amerikanischen Extremist\*innen konnten den Erfolg ihrer autoritären Brüder auf der anderen Seite des Atlantiks jedoch nicht wiederholen, weil wir angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Krise jener Zeit zum Glück eine andere Antwort wählten als Europa.

Wir haben uns gegen die Ideologie von Mussolini und Hitler entschieden und hießen stattdessen die mutige und visionäre Führung von Präsident Franklin Delano Roosevelt willkommen, der damals dem progressiven Flügel der Demokratischen Partei vorstand. Gemeinsam mit der Arbeiterbewegung, führenden Figuren der afroamerikanischen *community* und Progressiven inner- und außerhalb der Partei hat Roosevelt eine Verwandlung der US-amerikanischen Regierung und Wirtschaft herbeigeführt.

Genau wie heute widersetzten sich Großunternehmen, Wall Street, das politische Establishment, die Republikanische Partei und auch der rechten Flügel von Roosevelts eigener Demokratischer Partei der Bestrebung nach einer tief greifenden Veränderung. Er hatte es auch mit derselben Panikmache zu tun: Kommunistenhetze, Rassismus, Antisemitismus. Im Jahr 1936 äußerte sich Roosevelt in einer berühmten Wahlkampfreda dazu: «Wir mussten gegen die alten Feinde des Friedens ankämpfen – gegen die Wirtschafts- und Finanzmonopole, die Spekulation, das rücksichtslose Bankwesen, die Klassen-

feindschaft, den Partikularismus und die Kriegsgewinnler. Sie hatten schon angefangen, die Regierung der Vereinigten Staaten als reines Anhängsel ihrer eigenen Geschäfte zu sehen. Uns ist jetzt klar, dass eine Regierung des organisierten Geldes genauso gefährlich ist wie eine Regierung des organisierten Verbrechens. Nie zuvor in unserer Geschichte waren diese Kräfte derart gegen einen Kandidaten vereint wie jetzt. Sie sind sich einig in ihrem Hass auf mich – und ich heiße ihren Hass willkommen.»

Trotz dieser Opposition haben es Roosevelt und seine progressive Koalition geschafft, die amerikanische Bevölkerung zu mobilisieren, den New Deal zu entwerfen, vier Amtszeiten zu gewinnen und die Wirtschaft so zu reformieren, dass sie nicht nur einigen wenigen, sondern allen zugute kam.

Heute gelten Maßnahmen des New Deal wie Sozialversicherung, Arbeitslosenhilfe, das Recht auf gewerkschaftliche Organisation, Mindestlohn, Schutz für Landwirt\*innen, die Regulierung der Wall Street und eine massive Verbesserung der Infrastruktur als Grundsteine der amerikanischen Gesellschaft. Wir dürfen aber keinesfalls vergessen, dass Präsident Roosevelt trotz seines Engagements für die erwerbstätigen Familien unseres Landes von den Oligarch\*innen seiner Zeit verabscheut wurde und sie seine äußerst populären politischen Maßnahmen als «Sozialismus» verschrien haben. Auch Lyndon Johnson wurde in den 1960er Jahren von der Führungsriege dieses Landes aufs Heftigste angegriffen, als er Medicare, Medicaid und weitere äußerst populäre politische Maßnahmen einführte.

Genau da liegt der Punkt: Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass Roosevelts Politik nicht nur das Leben von Millionen von Amerikaner\*innen verbessert hat, sondern dass der New Deal bei der Bevölkerung äußerst beliebt war und seinen Teil dazu beitrug, die radikale Rechte zu besiegen. Jedenfalls für einen Augenblick.

Heute rücken die USA und die Welt wieder näher Richtung Autoritarismus. Dieselben rechten Kräfte von Oligarchie, Korporatismus, Nationalismus, Rassismus sind wieder im Anmarsch. Sie drängen uns, genau jene verheerende Wahl zu treffen, für die sich Europa im letzten Jahrhundert entschieden hat.

Heute haben wir es mit einer Handvoll Milliardär\*innen zu tun, die so viel Vermögen und Macht haben wie nie zuvor. Mit privaten Monopolen, die unser Leben fast bis ins kleinste Detail kontrollieren können, sich einer demokratischen Kontrolle faktisch entziehen und zudem oft von Steuerzahler\*innen subventioniert werden. Sie sind die Profiteur\*innen und Türhüter\*innen unseres Gesundheitswesens, unserer technologischen Errungenschaften, unseres Finanzsystems, unserer Nahrungsversorgung und so gut wie aller lebensnotwendigen Grundbedürfnisse. Es sind die Wall Street, die Versicherungsgesellschaften, die Pharmakonzerne, die Öl- und Kohleindustrie, der militärisch-industrielle Komplex, der gefängnisindustrielle Komplex und die riesigen Agrarbetriebe. Es sind Gebilde, die über uneingeschränkten Reichtum verfügen, die den Kongress in Washington mit Tausenden gut bezahlten Lobbyist\*innen umzingeln und maßgeblich daran beteiligt sind, die Gesetze zu entwerfen, nach denen wir leben.

Heute sitzt im Weißen Haus ein Demagoge, der für einen mickrigen politischen Vorteil versucht, die Aufmerksamkeit der amerikanischen Bevölkerung von unseren wirklichen Problemen abzulenken. Stattdessen tut er, was Demagog\*innen immer schon getan haben: Er spaltet die Bevölkerung und schreibt den Hass ins Gesetz ein. Dieser Präsident verteidigt das brutale Auseinanderreißen von Familien, Grenzmauern, den Einreisestopp für

---

**Die Wall Street liebt den Sozialismus, wenn sie davon profitiert - und nicht nur sie.**

Muslim\*as, LGBT-feindliche Gesetze, Deportationen und Wahlhindernisse.

## **Sozialismus als Kampf-begriff**

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Vereinigten Staaten den Weg des Hasses und der Entzweiung von sich weisen müssen. Stattdessen müssen wir in uns nach moralischer Integrität suchen und einen anderen Weg, einen besseren Weg, einen Weg des Mitgefühls, der Gerechtigkeit und Liebe wählen. Diesen Weg nenne ich demokratischen Sozialismus.

Vor mehr als 80 Jahren hat Franklin Delano Roosevelt geholfen, eine Regierung zu bilden, die sich für die Bedürfnisse von Arbeiterfamilien einsetzte und so einen transformativen Wandel herbeiführte. Heute, im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, müssen wir die losen Enden des New Deal wieder aufnehmen und sie ihrer Vollendung zuführen. Das ist die unvollendete Aufgabe der Demokratischen Partei und die Vision, die sie erfüllen muss.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir uns der Aufgabe verpflichten, unsere politischen Rechte, unsere Bürgerrechte zu beschützen – und auch die wirtschaftlichen Rechte aller Menschen in diesem Land. Wie es Roosevelt 1944 in seiner Rede zur Lage der Nation formulierte: «Wir haben eindeutig erkannt, dass es eine tatsächliche, individuelle Freiheit ohne wirtschaftliche Sicherheit und Unabhängigkeit nicht geben kann.»

Die Bill of Rights garantiert heute der amerikanischen Bevölkerung eine Reihe wichtiger politischer Rechte, die in der Verfassung verankert sind. Auch wenn diese Rechte nicht immer respektiert wurden und noch viel Arbeit vor uns liegt, sind wir doch stolz, dass unsere Verfassung unter anderem Religionsfreiheit, Redefreiheit, Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit garantiert, weil wir wissen, dass es keine Freiheit in Amerika geben kann, wenn wir nicht frei von autoritärer Tyrannei sind.

Nun müssen wir den nächsten Schritt tun und jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind in unserem Land grundlegende wirtschaftliche Rechte garantieren: das Recht auf eine gute Gesundheitsversorgung; das Recht auf eine Ausbildung, mit der man in unserem Land Erfolg haben kann; das Recht auf eine anständige Arbeitsstelle, die den Lebensunterhalt sichert; das Recht auf bezahlbares Wohnen; das Recht auf eine gesicherte Rente und das Recht, in einer sauberen Umwelt zu leben. Wir müssen einsehen, dass im 21. Jahrhundert im reichsten Land der Welt ökonomische Rechte Menschenrechte sind. Das ist es, was ich unter demokratischem Sozialismus verstehe.

Wie Dr. Martin Luther King Jr. schon sagte: «Ihr könnt es Demokratie oder demokratischen Sozialismus nennen, aber es muss eine bessere Verteilung des Vermögens in diesem Land und für alle Kinder Gottes geben.» Um dieses Ziel zu erreichen, dürfen wir die USA nicht nur als Ansammlung vereinzelter Individuen verstehen, sondern als Teil von einem «unentrinnbaren Geflecht der Gegenseitigkeit, verknötet in ein einziges Gewand des Schicksals», wie Dr. King gesagt hat. Sprich: Wir müssen zusammenhalten. Wir müssen uns als Teil einer Nation, einer Gemeinschaft und einer Gesellschaft verstehen – unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung oder Herkunft. Dieser Inbegriff der amerikanischen Idee ist wortwörtlich in unsere Münzen geprägt: «e pluribus unum» – «aus vielen eines». Er ist übrigens auch in unser Wahlkampf-motto für die Präsidentschaftswahlen eingeschrieben: «Nicht ich, wir».

Mir ist klar, dass ich und andere Progressive massiven Angriffen entgegensehen von Leuten, die versuchen, das Wort «Sozialismus» als Schimpfwort zu benutzen. Aber ich kann euch auch sagen, dass ich schon jahrzehntelang solchen Angriffen ausgesetzt bin und sie überstanden habe – und da bin ich nicht der Einzige.

Erinnern wir uns daran, dass im Jahr 1932 der republikanische Präsident Herbert Hoover behauptet hat, Franklin Roosevelts New Deal sei eine «Tarnung eines totalitären Staates». 1936 sagte der ehemalige demokratische Gouverneur und Präsidentschaftskandidat Al Smith in einer Rede über Roosevelts New-Deal-Politik: «Man muss sich nur das Wahlprogramm der Demokratischen Partei und der Sozialistischen Partei nehmen und sie nebeneinander auf den Esszimmertisch legen.» Als Präsident Harry Truman eine nationale Krankenversicherung vorschlug, heuerte die American Medical Association (AMA) Ronald Reagan als ihr Werbegesicht an. Die AMA nannte die auf dem Vorschlag basierende Gesetzgebung eine «sozialisierte Medizin» und behauptete, die Angestellten im Weißen Haus seien «Anhänger der Moskauer Parteilinie». 1960 schrieb Ronald Reagan in einem Brief an Richard Nixon Folgendes über John F. Kennedy: «Unter dem zerzausten Bubenhaarschopf steckt immer noch der alte Karl Marx.» In den 1990er Jahren bezeichnete der damalige Kongressabgeordnete Newt Gingrich den Gesundheitsplan von Bill Clinton als «zentralisierten bürokratischen Sozialismus». Die Conservative Heritage Foundation hat das Children's Health Insurance Program (CHIP) als «ein Abdriften in den Sozialismus» bezeichnet. Der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses John Boehner hat behauptet, Präsident Obamas Konjunkturprogramm, Haushaltsplan und Haushaltsgesetz seien «einfach nur eine große Anzahlung für ein neues, amerikanisches, sozialistisches Experiment».

Präsident Harry Truman hatte also Recht, als er meinte: «Sozialismus ist das Schimpfwort, das sie jedem Fortschritt der letzten 20 Jahren entgegengeworfen haben [...]. Die Sozialversicherung war für sie Sozialismus. Die Preissubventionen in der Landwirtschaft haben sie Sozialismus genannt. Bankeinlagenversicherungen haben sie Sozialismus genannt. Das Aufkommen freier und unabhängiger Gewerk-

schaften haben sie Sozialismus genannt. Sie nennen fast alles, was der Bevölkerung hilft, Sozialismus.»

Dabei muss man sagen: Obwohl Präsident Trump und seine Mitoligarch\*innen uns als Vertreter\*innen eines demokratischen Sozialismus beschimpfen, sind sie bei Weitem nicht gegen alle Formen des Sozialismus. Sie mögen den demokratischen Sozialismus hassen, weil er den Arbeiter\*innen zugute kommt – aber sie lieben den Sozialismus für Großunternehmen, durch den sich Trump und andere Milliardär\*innen bereichern. Lasst uns die ungeheure Heuchelei der Wall Street nicht vergessen, dieser Hohepriester\*innen eines interventionsfreien neoliberalen Kapitalismus.

Nachdem Profitgier, Rücksichtslosigkeit und illegales Verhalten zur schlimmsten Wirtschaftskatastrophe seit der Großen Depression geführt haben – Millionen von Amerikaner\*innen haben damals ihre Arbeit, ihre Häuser und ihre Ersparnisse verloren – kam 2008 das religiöse Festhalten der Wall Street am neoliberalen Kapitalismus zu einem plötzlichen Ende. Von einem Tag auf den anderen wurde die Wall Street zum begeisterten Staatssozialisten und bettelte um das größte staatliche Rettungspaket in der Geschichte der USA – circa 700 Milliarden US-Dollar aus der Staatskasse und Billionen von der US-Notenbank.

Aber nicht nur die Wall Street liebt den Sozialismus, wenn sie davon profitiert. Diese Neigung ist in der gesamten Unternehmenswelt gang und gäbe. Tatsächlich bekommen amerikanische Großunternehmen jährlich Hunderte Milliarden US-Dollar an staatlicher Unterstützung. Gleichzeitig wollen ebendiese Leute Sozialprogramme kürzen, die den einfachen Amerikaner\*innen zugute kommen sollen.

Als Öl- und Kohleunternehmen, dessen Kohlenstoffemissionen die Erde zerstören, erhält man Milliarden an Staatsunterstützung, insbesondere Steuervergünstigungen, Lizenz-

preisanalogien, finanzielle Unterstützung für Forschung und Entwicklung sowie zahlreiche Steuerschlupflöcher.

Als Pharmaunternehmen schlägt man einen riesigen Gewinn aus Patenten für Medikamente, deren Entwicklung mithilfe von Steuergeldern finanziert wurde.

Als eine Monopolmacht wie Amazon, das dem reichsten Mann der USA gehört, bekommt man für die Errichtung von Lagerhäusern Anreize in Höhe von mehreren Hundert Millionen US-Dollar aus Steuergeldern geboten und zahlt am Ende nicht einen einzigen Cent Einkommenssteuer.

---

## Für eine «Bill of Rights» der ökonomischen Grundrechte.

Als Familie Walton – die reichste Familie der USA – profitiert man in gigantischem Ausmaß von staatlichen Subventionen, weil die eigenen Angestellten als Niedriglohnempfänger\*innen auf Lebensmittelmarken, Medicaid und Sozialwohnungen angewiesen sind, um zu überleben. Alles Dinge, die von Steuergeldern bezahlt werden.

Als Familie Trump erhält man 885 Millionen US-Dollar an Steuervergünstigungen und Subventionen für das familieneigene Wohnimperium, das auf rassistischer Diskriminierung gegründet ist. Wenn Trump «Sozialismus» brüllt, wird seine Heuchelei den Amerikaner\*innen nicht entgehen. Es wird ihnen klar sein, dass er all das angreift, was wir für *selbstverständlich* halten: von Sozialversicherung bis Medicare, von Gesundheitsfürsorge für Kriegsveteran\*innen über Straßen und Brücken, öffentliche Schulen, Nationalparks bis hin zu sauberem Wasser und sauberer Luft. Wenn Trump den Sozialismus angreift, muss ich an Martin Luther King Jr. denken: «Dieses Land ist Sozialismus für die Reichen und rauer Individualismus für die Armen.»

Und das ist der Unterschied zwischen Donald Trump und mir. Er glaubt an einen Sozialismus für Großunternehmen, für die Reichen und Mächtigen. Ich glaube an einen demokratischen Sozialismus für die Familien der Arbeiter\*innen dieses Landes.

Ich glaube daran, dass die amerikanische Bevölkerung Freiheit verdient – echte Freiheit. Das Wort «Freiheit» wird oft benutzt, aber es ist an der Zeit, sich darüber klar zu werden, was das tatsächlich bedeutet. Fragt euch: Was heißt es, wirklich frei zu sein?

Ist man wirklich frei, wenn man bei Krankheit nicht zum Arzt gehen kann oder einem der finanzielle Bankrott droht, wenn man das Krankenhaus verlässt? Ist man wirklich frei, wenn man sich die rezeptpflichtigen Medikamente nicht leisten kann, die man braucht, um am Leben zu bleiben? Ist man wirklich frei, wenn man die Hälfte des spärlichen Einkommens zum Wohnen verbraucht und man sich gezwungen sieht, Kurzzeitkredite mit 200 Prozent Zinsen aufzunehmen? Ist man wirklich frei, wenn man mit 70 Jahren arbeiten gehen muss, weil man weder eine Altersrente noch genug Ersparnisse hat, um in den Ruhestand zu treten? Ist man wirklich frei, wenn man keine Universität oder Hochschule besuchen kann, weil die eigene Familie nicht genug verdient? Ist man wirklich frei, wenn man gezwungen ist, 60 bis 80 Stunden die Woche zu arbeiten, weil man keine Arbeit mit existenzsicherndem Lohn findet? Ist man wirklich frei, wenn man als Mutter oder Vater eines Neugeborenen sofort wieder arbeiten muss, weil es keine bezahlte Elternzeit gibt? Ist man wirklich frei, wenn man als Kleinunternehmen oder Familienbauernhof von Großunternehmen und ihrer monopolistischen Praxis verdrängt wird? Ist man wirklich frei, wenn man als Veteran\*in unter Einsatz des eigenen Lebens dieses Land beschützt hat und jetzt auf der Straße schläft? In der reichsten Nation dieser Welt lautet für mich die Antwort auf diese Fragen: Nein, man ist nicht frei.



Die Bill of Rights schützt uns zwar vor der Tyrannei einer repressiven Regierung, aber ein Großteil des Establishments möchte die Amerikaner\*innen dazu bringen, sich der Tyrannei von Oligarch\*innen, multinationalen Großunternehmen, Wall-Street-Banken und Milliardär\*innen zu unterwerfen.

Es ist an der Zeit, dass sich die amerikanische Bevölkerung erhebt und für ihr Recht auf Freiheit, Menschenwürde und Sicherheit kämpft. Das ist der Kern meiner Politik.

1944 hat Roosevelt eine Bill of Rights der ökonomischen Grundrechte vorgeschlagen, ist jedoch ein Jahr später gestorben und konnte diese Vision nie umsetzen. 75 Jahre später ist es unsere Aufgabe, das zu vollenden, was Roosevelt angefangen hat. Aus diesem Grund will ich eine Bill of Rights des 21. Jahrhunderts vorschlagen, die ökonomische Grundrechte sichert. Ein Zusatzartikel, der ein für alle Mal festlegt, dass alle Amerikaner\*innen unabhängig von ihrem Lohn folgende Rechte haben:

- das Recht auf eine anständige Arbeit mit einem existenzsichernden Lohn
- das Recht auf gute Gesundheitsversorgung
- das Recht auf eine umfassende Bildung
- das Recht auf erschwinglichen Wohnraum
- das Recht auf eine saubere Umwelt
- das Recht auf eine sichere Rente

Im Laufe dieser Wahlen hat meine Kampagne detaillierte Vorschläge für jedes dieser noch unverwirklichten ökonomischen Rechte for-

muliert und wird das auch weiterhin tun. Wir werden uns auch den Angriffen zuwenden, die täglich gegen unsere Bürgerrechte und Freiheitsrechte gestartet werden.

Damit wir uns richtig verstehen: Für mich bedeutet demokratischer Sozialismus, dass wirtschaftliche Freiheit in sämtlichen *communities* erreicht werden muss. Und lasst mich auch deutlich sagen, dass wir diese Ziele nur mit einer politischen Revolution erreichen können – in der Millionen Menschen sich am politischen Prozess beteiligen und unsere Demokratie zurückerobern, indem sie den Mut finden, sich den Interessen mächtiger Großunternehmen zu widersetzen, die mit ihrer Profitgier das soziale und wirtschaftliche Gefüge unseres Landes zerstören.

Das oberste ein Prozent mag zwar über enormen Reichtum und Macht verfügen, aber letzten Endes ist es eben nur ein einziges Prozent. Wenn sich die 99 Prozent zusammenschließen, können wir die Gesellschaft verwandeln. Das sind meine Werte und aus diesen Gründen nenne ich mich einen demokratischen Sozialisten. Ich glaube tief und fest daran, dass die amerikanische Bevölkerung friedlich und demokratisch einen transformativen Wandel vollziehen wird, der Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und Freiheit für alle bedeutet.

Rede an der George Washington University  
am 12. Juni 2019

Aus dem Amerikanischen von Charlotte Thießßen

Sarah Leonard

## THERE IS AN ALTERNATIVE

Wenn wir uns 2010 als Sozialist\*innen bezeichneten, war das für die meisten noch ein Schock. Selbstverständlich gab es auch vor der Occupy-Bewegung schon vereinzelt junge Sozialist\*innen in den USA, sie waren aber in kleinen Zeitschriftenprojekten verstreut und letztlich bedeutungslos. Occupy bildete dann 2011 den Auftakt für eine Reihe von neuen sozialen Bewegungen, die ein neues Feld öffneten: Auf die Besetzung des Zuccotti-Parks folgte Black Lives Matter (2013), die demokratisch-sozialistische Wahlkampagne zur Unterstützung von Bernie Sanders (2016) und nun die globale Bewegung gegen den Klimawandel.

Occupy machte Redeweisen wie die von den «99 Prozent» populär, mit denen Klassenverhältnisse plötzlich in einer Sprache verhandelt wurden, die für viele zugänglicher war. Die Besetzer\*innen nannten den Gegner beim Namen, die Wall Street, und schafften es, viele politische Einzelkämpfer\*innen zusammenzubringen.

Fast zwangsläufig wandte sich diese nach 1989 politisierte Generation bald dem Sozialismus zu. Für sie war nicht der Kommunismus, sondern der Kapitalismus das offensichtlich unterdrückerische Regime. Letzteren verbanden sie nicht mit Freiheit, sondern mit privater Verschuldung, prekären Beschäftigungsverhältnissen und der höchsten Inhaftierungsrate weltweit. Die meisten hatten genau das getan, was ihre Eltern und die Politik ihnen geraten hatten – und trotzdem landeten sie in einer Sackgasse: Die Perspektive eines sozialen Aufstiegs entpuppte sich als leeres Versprechen, und ihr Protest dagegen wurde von der Polizei niedergeschlagen.

Die Erfahrung mit Polizeigewalt bildete die Grundlage für eine besondere Solidarität zwischen Occupy-Aktivist\*innen und Black

Lives Matter, einer Bewegung, die in Reaktion auf die zahlreichen ungestraften Morde an Schwarzen entstanden ist. Black Lives Matter wird von einem breiten Spektrum getragen, nicht wenige verstehen sich aber auch als antikapitalistisch. Doch letztlich war es 2016 die Kampagne zur Unterstützung von Bernie Sanders im Vorwahlkampf der Demokraten gegen Hillary Clinton, die den Sozialismus, wenn auch in einer vagen Form, plötzlich populär machte. Sanders mag ein eher alter weißer Mann sein, der in den Augen seiner Gegner\*innen die alte Arbeiterklasse verkörpert und zu Fragen von *race* und *gender* wenig zu sagen hat. In den Vorwahlen gelang es ihm dennoch, die Stimmen junger Wähler\*innen zu gewinnen. Und auch wenn die Kritik zum Teil berechtigt ist, unterstützt Sanders seitdem aktiv junge Frauen of Color wie etwa Alexandria Ocasio-Cortez. Auch die Tatsache, dass eine wachsende Zahl von jungen linken Politiker\*innen, die die gesamte Vielfalt der Bevölkerung repräsentieren, keine Angst mehr hat, sich in der Öffentlichkeit als Sozialist\*innen zu bezeichnen, ist mit Sanders Verdienst. Die Democratic Socialists of America haben seit seiner Kampagne massiven Zulauf und sind bundesweit auf etwa 50.000 Mitglieder gewachsen. In den vergangenen Wahlkämpfen haben sie sich als recht mobilisierungstark erwiesen. Viele Kandidat\*innen sind inzwischen bereit, offensiv als Sozialist\*innen anzutreten, und setzen auf deren Unterstützung.

---

**Sanders mag ein eher alter weißer Mann sein [...] In den Vorwahlen gelang es ihm dennoch, die Stimmen junger Wähler\*innen zu gewinnen.**

Wie die Chancen für eine sozialistische Politik in den USA stehen, wird sich in den Primaries der Demokraten 2020 erweisen. Die beiden wichtigsten parteiinternen Rivalen von Sanders sind Joe Biden, ein nicht mehr ganz frischer zentristischer Demokrat, und Elizabeth Warren, die beliebte Senatorin und Juraprofessorin in Harvard. Warren und Sanders sind Verbündete im Senat und teilen viele politische Überzeugungen. Während Sanders sich jedoch seit Beginn seiner politischen Karriere als Sozialist versteht, beschreibt Warren sich als «kapitalistisch bis auf die Knochen». Wie kann es sein, dass zwei Kandidat\*innen mit einem so unterschiedlichen Selbstverständnis in so vielen Dingen einer Meinung sind?

Bislang gehen Sanders und auch die jungen Sozialist\*innen Amerikas mit dem Konzept Sozialismus recht flexibel um. Sanders verweist häufig auf den

New Deal und scheint die Rückkehr zu einer keynesianischen Wirtschaftspolitik zu propagieren. Viele Junge teilen seine Position, andere vertreten deutlich radikalere Politiken. Der Begriff Sozialismus diente zunächst dazu, den Diskursrahmen zu verschieben. Über Jahre konnten die Republikaner fortschrittliche Sozialpolitiken delegitimieren, indem sie sie als sozialistisch labelten. Die offensive Bezugnahme auf Sozialismus gibt nun vielen Linken innerhalb wie außerhalb der Demokratischen Partei ein gewisses Selbstbewusstsein und verleiht ehemals marginalen Positionen ein neues Charisma. Angesichts einer demokratischen Präsidentschaftskandidatin, die auf dem Papier ähnliche Positionen vertritt wie Sanders, den Kapitalismus aber befürwortet, fühlen sich viele Sozialist\*innen angespornt, ihre Vorstellungen vom Sozialismus für das 21. Jahrhundert zu konkretisieren.

In diesen Debatten spielen verschiedene Fragen eine Rolle. Zum einen die Anliegen der

Wähler\*innen, aber auch transformations-theoretische Überlegungen und langfristige Visionen für eine gerechtere Gesellschaft. Sanders' Anhängerschaft ist tendenziell jünger und diverser und kommt eher aus der traditionellen Arbeiterklasse, während Warren eher weiße Wähler\*innen mit höherer formaler Bildung und besseren Jobs anspricht. Der Aufbau einer sozialistischen Bewegung erfordert eine Basis, die ungefähr so zusammengesetzt ist wie die Anhängerschaft von Sanders. Gleichzeitig sind viele höher Qualifizierte von Abwärtsmobilität betroffen. Sie teilen zunehmend die Interessen der eher traditionelleren Sektoren der Arbeiterklasse und sind damit potenziell ein wertvoller Teil dieser Bewegung.

---

**Während Sanders sich seit Beginn seiner politischen Karriere als Sozialist versteht, beschreibt Warren sich als «kapitalistisch bis auf die Knochen».**

Die Frage, wie sich eine solche Bewegung aufbauen lässt, hängt derzeit mit der Frage zusammen, wie sich die beiden Kandidat\*innen politisch positionieren. Sanders hat ein antagonistisches Verhältnis zur bestehenden Parteiführung und würde wahrscheinlich versuchen, die Demokratische Partei ernsthaft umzukrempeln und Außenstehende ins Weiße Haus zu holen. Was aber am wichtigsten ist: Sanders steht dafür, dass Kräfteverhältnisse nur mit einer breiten Bewegung verschoben werden können. Warren hingegen ist zwar bekannt für ihre fachliche Expertise sowie gute politische Programme und sie verurteilt «korrupte» Bankiers und Manager\*innen, findet aber, dass die Wirtschaft bei der Bewältigung großer Krisen wie dem globalen Klimawandel ein wichtiger Partner ist. Immer mehr Sozialist\*innen stehen in diesen Fragen inzwischen auf Sanders' Seite.

Mit den Debatten über die Unterschiede zwischen Sanders und Warren beginnt endlich ei-

ne ernsthafte Diskussion darüber, was für eine sozialistische Zukunft wir eigentlich wollen. Beispielsweise haben kleinere programmatische Differenzen in sozial- und bildungspolitischen Fragen eine Debatte darüber angestoßen, ob soziale Güter wie etwa Bildung oder Gesundheitsversorgung nur besser zugänglich sein oder grundsätzlich dekommodifiziert werden sollten. Eine sozialistische Perspektive muss sich endlich von dem sozialdemokratischen Diskurs verabschieden, es gelte, die «Mittelschicht wieder zu stärken». Vielmehr sollten Sozialist\*innen sich dafür einsetzen, dass wesentliche soziale Güter und Dienste gar nicht mehr marktförmig organisiert werden.

Dadurch, dass der Begriff Sozialismus Bestandteil des politischen Diskurses geworden ist, ist es uns bereits gelungen, die Politik in den USA nach links zu verschieben. Jetzt, da Forderungen wie «Medicare für alle» unhinterfragt zur Programmatik der Demokraten gehören, können wir unsere politischen Visionen weiter konkretisieren und klarmachen, dass wir Größeres im Sinn haben, als nur die sozialpolitischen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts wiederzubeleben. Zu sehen, wie viele junge Menschen derzeit an sozialistischen Ideen festhalten, macht Hoffnung auf eine zukunftsfähige sozialistische Politik.

Aus dem Amerikanischen von Britta Grell

Johanna Bozuwa

## ZWÖLF JAHRE, UM ALLES ZU VERÄNDERN POTENZIALE EINES GREEN NEW DEAL

Ein Green New Deal in den USA könnte dazu beitragen, die Macht der Unternehmen und ihre Kontrolle über wirtschaftliche Entscheidungsprozesse zu brechen, gerechte Übergänge für die Arbeitenden zu schaffen und Nachbarschaften und *communities* neu zu denken.

Denn dem Weltklimarat IPCC zufolge haben wir weniger als zwölf Jahre, um unsere Emissionen drastisch, nämlich um die Hälfte, zu reduzieren und die Chance zu wahren, unterhalb eines globalen Temperaturanstiegs von durchschnittlich 1,5 Grad Celsius zu bleiben. Zu beachten ist, dass es sich hierbei um globale Emissionen handelt – was bedeutet, dass der Globale Norden den Einschnitt sogar noch rascher vollziehen müsste, um den Übergang gerecht zu vollziehen. «Es gibt keinen dokumentierten historischen Präzedenzfall» für Tempo und Ausmaß der notwendigen Veränderungen, um den Klimawandel zu drosseln, schrieben die Wissenschaftler\*innen in ihrem Bericht (IPCC 2018).

«Zwölf Jahre», so lautete das Schlagwort der etwa 200 jungen Leute der Sunrise-Bewegung, die im November das Büro der Sprecherin des Repräsentantenhauses der USA und Mitglied der Demokratischen Partei, Nancy Pelosi besetzten, just nachdem die *Mid-term*-Wahlen 2018 die Demokraten zurück an die Macht im US-Repräsentantenhaus gespült hatten. Diese jungen Aktivist\*innen forderten einen «Green New Deal»: einen breit angelegten, ambitionierten Plan, um Klimawandel und soziale Ungleichheit auf eine Weise anzugehen, die dem Ausmaß systemischer Probleme angemessen ist. Desillusioniert durch sich stetig verschlimmernde Klimawirkungen auf ihre *communities* sowie lähmende Schulden aus dem Studium, zunehmende Ungleichheit,

stagnierende Löhne und Umweltverschmutzung, die im Namen des Profits ihre Nachbarschaften ersticken lassen, artikulierten diese jungen Leute den Wunsch nach einem Green New Deal, der in eine neue Ökonomie führen könnte – eine Ökonomie, die von *communities* an den Grenzverläufen des Klimawandels geschaffen wird und ihnen dient.

An der Seite der Leute von Sunrise stand das jüngste Kongressmitglied, Alexandria Ocasio-Cortez aus New York. Entgegen aller Konvention und Hierarchien konfrontierte sie an einem ihrer ersten Tage in Washington D.C. ihre eigene Parteiführung und forderte ein Ende der Reformverzögerung und tödlichen Inaktivität in Sachen Klima. Innerhalb von Tagen entwickelte sich der Green New Deal von einem kaum bekannten rhetorischen Kunstgriff zu einem vollwertigen Vorschlag zur Änderung der Spielregeln – einem, der quer durch das progressive Spektrum Zustimmung erntet und routinemäßig Attacken und verschlagenen Fehlinterpretationen durch Fox News und die rechte Presse ausgesetzt ist (Reiman 2019).<sup>1</sup>

Was ist der Green New Deal? Es kann dabei nicht einfach nur um die Reduktion von Kohlenstoffemissionen gehen. Er muss ehrgeizig genug sein, um gänzlich neue nationale Institutionen zu errichten, Sektoren unserer Gesellschaft zu reorganisieren, die Rohstoffindustrie zugunsten wirklicher Wohlstandsschöpfung für *communities* zu transformieren und die Spielregeln für die Wirtschaft neu zu schreiben. Die nicht bindende Resolution zum Green New Deal, die im Februar 2019 von Ocasio-Cortez und Senator Ed Markey eingebracht wurde, beschreibt die Werte, die den Green New Deal und mögliche Ansätze zu seiner Erreichung antreiben könnten. Jedoch

geht sie weder in die Details, noch stellt sie spezifische Politiken voran. Das kurze Dokument umfasst verschiedene Ziele einer Mobilisierung über zehn Jahre hinweg, darin enthalten Zugang zu sauberer Luft, Wasser, Gesundheit, erschwinglicher Nahrung und Natur für alle, zudem Energie aus erneuerbaren Energiequellen, Millionen Jobs mit fairer Bezahlung und dem verbrieften Recht auf Organisation, ferner massive Nachrüstung von Amerikas vernachlässigter Infrastruktur, Zugang zu bezahlbarem und sicherem Wohnraum sowie Sanierung aller Gebäude im Land (US-Kongress 2019; Ocasio-Cortez 2019).

Während seine ansteigende Prominenz überraschen mag, speist sich der Green New Deal aus einer breiteren, radikal neuen politischen Tendenz in der US-amerikanischen Linken. Eine neue, rebellische Gruppe von Demokrat\*innen, ins Parlament gewählt nach Donald Trumps erschreckendem Sieg 2016, will der schleichenden Rechtsverschiebung der Demokratischen Partei nicht zusehen und versucht mit aller Kraft, die Grenzen zugunsten einer breiten Agenda zu verschieben – vom Green New Deal über «Medicare für alle» bis zu gebührenfreier höherer Bildung. «Es wird einen Krieg innerhalb der Partei geben», so Waleed Shahid, strategischer Leiter der Gruppe «Demokraten für Gerechtigkeit» (*group Justice Democrats*), «und wir werden uns

so gelten sie nun als Lackmustest aussichtsreicher Präsidentschaftskandidaturen für das Jahr 2020.

Die von den Republikanern angeführte US-amerikanische Rechte hat bereits versucht, den ambitionierten Klimaschutzplan durch besorgte Verweise auf seine Kosten und durch Panikmache mit übertriebenen Warnungen wie «er nimmt euch das Auto weg, er nimmt euch eure Flüge weg» zu unterminieren (Wilkie 2019). Liberale Fachleute und Politiker\*innen reagierten im Allgemeinen zurückhaltend und riefen zu vorsichtigem und allmählichem Voranschreiten auf, um das bisherige System mit kleinen Modifikationen beizubehalten, statt gänzlich zu reorganisieren (Editorial Board 2019). Einige kritisierten Umfang und Anspruch des Green New Deal und lehnten Teile wie universale Krankenversicherung als unerheblich für das Ziel der Dekarbonisierung ab (Roberts 2019).

Welche Kosten der Green New Deal auch immer nach sich ziehen mag, die Kosten des Nichthandelns sind unabsehbar höher, sowohl in US-Dollar als auch in menschlichen Leben ausgedrückt. Selbst wenn von nur 1,5 Grad Celsius Erwärmung oder etwas weniger ausgegangen wird, erwartet die Weltgesundheitsorganisation, dass im Jahr 2050 mehr als 350 Millionen Menschen tödlicher Hitze ausgesetzt sein werden und noch einmal Hunderte Millionen mehr sich im Risikobereich befinden, wenn die Erwärmung diese Marke übersteigt (Ebi/Campbell-Lendrum/Wyns 2018). Überdies beruht das bestehende politische und ökonomische System der Vereinigten

---

### **Welche Kosten der Green New Deal auch immer nach sich ziehen mag, die Kosten des Nichthandelns sind unabsehbar höher.**

Staaten – wie das der meisten der westlichen Welt – auf Rassismus und der Ausbeutung von Sklavenarbeit. Jahrhundertlang haben die USA die Arbeit von *communities of color* ausgepresst, sie vernachlässigt und nicht in ihre Entwicklung investiert. Die großen Investitionen eines grünen Green New Deal könn-

den

ten, richtig strukturiert, dieses System grundlegend verändern und beginnen, das toxische historische Erbe zu korrigieren.

### **Aus der Geschichte lernen**

Jenseits der Aufregung haben die USA Projekte dieser Größenordnung bereits zuvor unternommen. Der Green New Deal bezieht seinen Namen aus einer anderen transformativen Periode in der US-Geschichte – dem «New Deal» der 1930er Jahre, zu Zeiten militanter Kämpfe der Arbeiterbewegung, als die Regierung Franklin D. Roosevelts rasch handelte, um der Großen Depression entgegenzutreten. Dies war eine Zeit bedeutender Regierungsintervention zur Korrektur der Fehlentwicklungen des kapitalistischen Systems, eine Zeit ernsthaften Experimentierens mit strukturellen Alternativen und Institutionen sowie eines Willens, zugunsten großer Fortschritte Risiken einzugehen. Der ursprüngliche New Deal elektrifizierte 90 Prozent der ländlichen Gebiete US-Amerikas und gründete ländliche Energiegenossenschaften (Rural Electric Cooperatives o. J.).

Der New Deal brachte drei Millionen Menschen im Rahmen der «Civilian Conservation Corps» in Beschäftigung, die mehr als 220 Millionen Bäume pflanzten und einen Großteil der Great Plains und des Mittleren Westens stabilisierten; Gebiete, in denen zuvor Staubstürme Tausende von Farmen in nutzlose Areale verwandelt hatten (Woolner 2010). Er etablierte strikte neue Finanzregulationen und machte den Bankensektor für eine Generation stabil. Er garantierte Arbeitenden neue und weitergehende Rechte auf gewerkschaftliche Organisation und etablierte eine weitreichende Arbeitslosenversicherung, Unterstützung für Menschen mit Behinderung sowie die Gründung der Sozialversicherungsanstalten. Und mit Blick auf einen Green New Deal, dem die mächtige Lobby der fossilistischen Industrien als Gegner gegenübersteht, bedeutsam: der historische New Deal richtete sich ebenso di-

rekt gegen viele der Reichsten und Mächtigsten und ihre Interessenvertretungen – und war erfolgreich (Roosevelt Institute 2009).

In der Zeit des Zweiten Weltkrieges betrieben die USA die Planung und Umsetzung einer gewaltigen wirtschaftlichen Mobilisierung, einschließlich Preis- und Lohnkontrollen, Produktionsquoten und die Verstaatlichung von Fabriken, Dienstleistungsunternehmen, Ländereien und anderer Güter. «Amerikas Antwort auf den Zweiten Weltkrieg war die außergewöhnlichste Mobilisierung einer brachliegenden Wirtschaft in der Geschichte der Welt», erinnert sich die Historikerin und Pulitzer-Preisträgerin Doris Goodwin. «Während des Krieges wurden 17 Millionen neue, zivile Jobs geschaffen, die industrielle Produktivität stieg um 96 Prozent [...]. Um 1944 lagen die Wochenlöhne vor Steuer im produzierenden Gewerbe, bedingt durch Lohnanstiege und Überstundenzahlungen, um 50 Prozent höher als 1939. Der Krieg erzeugte auch gänzlich neue Technologien, Industriezweige und damit zusammenhängende Fertigkeiten» (Goodwin 2001). Zu glauben, die USA könnten nicht 80 Jahre später auf ähnliche Weise eine Antwort auf die existenzielle ökologische Krise finden, zeugt von einem gefährlichen Mangel an Vorstellungskraft.

Der originäre New Deal schuf nicht nur Millionen Jobs und etablierte Programme, deren Erfolg bis heute als wichtige Errungenschaften gelten – er steht aber ebenso im Kontext des rassistischen Erbes US-Amerikas. Die Landrechte vieler indigener Stämme wurden geopfert, um den Weg für Megaprojekte freizumachen. Die während des New Deal geschaffene Kreditanstalt für Hausbesitzer (Home Owners' Loan Corporation) erstellte «Sicherheitslandkarten» für Wohnviertel (*residential security maps*), die zur Praxis des *redlining* führten, welche Segregation vertiefte und farbige *communities* für Dekaden von der Hauseigentümerschaft ausschloss.<sup>2</sup> Die Resolution des Green New Deal erkennt diese

vergangenen Fehler an: Ein vorrangiges Ziel sei, «aktuelle Unterdrückung indigener Völker zu stoppen, künftige zu verhindern und historische wiedergutzumachen» und in gleicher Weise in Bezug auf migrantische und farbige *communities*, deindustrialisierte und verödete ländliche Nachbarschaften, arme und gering entlohnte Arbeitende, Frauen, Ältere, Wohnungslose, Menschen mit Behinderungen und Jugendliche zu verfahren» (Ocasio-Cortez 2019).

### **Kampf gegen die fossilistische Oligarchie**

Das Konzept eines Green New Deal spannt den Horizont auf, steckt sich hohe Ziele und belebt damit die Vorstellungskraft der US-amerikanischen Linken neu. Es schafft die Möglichkeit, mit der Gestaltung einer demokratischen Wirtschaft zu beginnen, die auf wirklicher Nachhaltigkeit beruht, und die Privilegierung des Profits über alles andere zu hinterfragen. Ein Green New Deal wird viele Elemente eines transformativen Wandels enthalten und in ganz unterschiedlicher Weise wirken müssen. Drei der vielen sich überschneidenden Potenziale eines Green New Deal bestehen im Kampf gegen eine durch eine oligarchische Elite kontrollierte Ökonomie, in der Sicherung eines gerechten Übergangs und sinnvoller Arbeit und schließlich darin, dass *communities* und Wohnformen so transformiert werden, dass die Menschen überleben und eine neue, auf ihr Wohlergehen ausgerichtete Ökonomie zur Blüte kommen kann. Zuallererst könnte der Green New Deal dabei helfen, die Macht und Kontrolle großer Unternehmen über wirtschaftliche Entscheidungsfindung zu brechen. Die Unternehmen, die ihr Geld mit fossilen Brennstoffen verdienen, waren historisch gesehen ein Hauptgrund für den Stillstand in Sachen Klimawandel. Ihre politische Macht in Washington D.C. und anderen Hauptstädten ist legendär, ebenso wie ihre grundlegende Rolle für Kampagnen zur

Leugnung des Klimawandels (Sullivan 2019). Allein im Jahr 2016 gab die fossile Brennstoffindustrie rund 260 Millionen US-Dollar für politische Kampagnen und Lobbyismus aus (Oil Change International 2019). Im Gegenzug erhält sie jährlich 20 Milliarden US-Dollar staatlicher Subventionen (Redman 2019) – und günstige Regulierungen oder eben Nichtregulierungen. Neuere politologische Forschungen zeigen, dass das Personal des Kongresses die öffentliche Unterstützung für klimapolitische Maßnahmen umso stärker unterschätzt, je mehr es sich mit Lobbygruppen der fossilen Brennstoffindustrie trifft oder deren Spenden annimmt (Hertel-Fernandez/Mildenberger/Stokes 2018). Aus diesem Grund war es Bedingung für ein Komitee zur Erarbeitung eines Green New Deal, dass seine Mitglieder keinesfalls Wahlkampfunterstützung der fossilistischen Kapitalfraktionen annehmen dürften. Es gibt Anzeichen dafür, dass die Macht der fossilistischen Kapitalfraktionen innerhalb der Demokratischen Partei zu erodieren beginnt. Neue Umfragen fanden heraus, dass 45 Prozent aller US-Amerikaner\*innen sich von ihren Repräsentant\*innen die Ablehnung solcher Zuwendungen wünschen, darunter starke Mehrheiten von Demokrat\*innen und unabhängigen Wähler\*innen (Data for Progress 2019). Immer mehr Politiker\*innen, unter ihnen auch die Senatorin Kirsten Gillibrand sowie die Präsidentschaftskandidatinnen Elizabeth Warren und Bernie Sanders, lehnen solche Zuwendungen ab. Dies sind mehr als symbolische Aktionen – die Einflussnahme der fossilistischen Kapitalfraktionen abzulehnen macht es sehr viel wahrscheinlicher, dass die Politiker\*innen, die über einen Green New Deal entscheiden, auch die notwendigen Schritte einleiten, um die industrielle Expansion zu stoppen und die Produktion fossiler Brennstoffe auf eine organisierte und angemessene Weise herunterzufahren, so dass *communities* und Arbeitende geschützt werden.



Einflussnahme durch Wahlkampfspenden und Lobbyismus auszuschließen ist ein bedeutsamer Schritt, doch ebenso müssen die kulturellen Nachwirkungen des Neoliberalismus eliminiert und Kapazitäten für eine transformatorische Alternative aufgebaut werden. Ein Green New Deal könnte grundlegende Teile der US-Wirtschaft zu Gemeinwohlorientierung und öffentlicher Kontrolle zurückführen. Energie- und Kraftstoffinfrastrukturen sind aufschlussreiche Beispiele. Die heutigen Versorger sind zum weit überwiegenden Teil auf fossile Strategien ausgerichtete Privatfirmen, die wachsam die Rendite ihrer konventionellen Investitionen sichern und Millionen zahlen, um klimapolitische Vorhaben zu stoppen. Während des originären New Deal wurden durch die «Ländliche Elektrifizierungsverwaltung» (Rural Electrification Administration) eine große Zahl von Kooperativen und öffentlicher Unternehmen gegründet, um Marktversagen zu begegnen. Durch den Green New Deal könnte eine ähnliche Aktivität entfaltet werden und lokale Verwaltungen oder Bundesstaaten könnten ihr Energienetz zurückzugewinnen (Koeppel/Veazy/Bozuwa 2019).

### **Arbeit, Wohnen, Infrastrukturen**

Zweitens könnte der Green New Deal helfen, einen gerechten Übergang für Arbeitende zu gestalten. Mit ihm könnten Investitionen getätigt werden, um Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und einen klaren Übergangsplan hin zu einer emissionsfreien, prosperierenden Ökonomie zu entwickeln, in der die Menschen eine sinnvolle Arbeit haben. In einer Zeit, in der Gewerkschaften beständig unter Angriff stehen und einen Machtverlust erleben, hat sich die Bewegung der Arbeitenden verständlicherweise darauf konzentriert, ihr angestammtes Territorium zu schützen, was sie zum Teil skeptisch gegenüber der beginnenden Energiewende machte. Und wenn Jobs im erneuerbaren

Sektor auch exponentiell zunehmen – Jobs im Solarbereich verzeichnen in den letzten sieben Jahren eine Zunahme um 168 Prozent – so sind diese Bereiche selten gewerkschaftlich organisiert und meist schlechter bezahlt als solche im fossilen Energiebereich. Angesichts zu erwartender Opposition des Kapitals wird die Unterstützung der organisierten Arbeiterbewegung für einen Green New Deal von entscheidender Bedeutung sein. Um diese zu gewinnen und sichere Arbeitsverhältnisse zu stärken, muss ein Green New Deal Politik zugunsten der Arbeitenden an erste und zentrale Stelle setzen.

Darüber hinaus wird eine Beschäftigungsgarantie vorgeschlagen, die allen ein Recht auf Arbeit zugesteht. Eine derartige Garantie würde die Regierung gesetzlich dazu verpflichten, allen Bürger\*innen, die es wünschen, einen Job mit existenzsicherndem Lohn zu verschaffen. Das Versprechen des Green New Deal, einen großen Teil der Wirtschaft umfassend zu restrukturieren, wird ein großes Arbeitsaufkommen nach sich ziehen (Carlock/Mangan/McElwee 2018). Ein solches Beschäftigungsprogramm würde nicht nur Firmen dazu nötigen, höhere Standards bei Arbeitsverhältnissen einzuführen, um Talente anzuziehen – es würde den Gewerkschaften auch eine bessere Verhandlungsposition geben. Eine Beschäftigungsgarantie würde nicht nur die Arbeitsstunden und die notwendige Kraft beschaffen, die Infrastruktur nachhaltig auszubauen – sie würde den Arbeitenden auch die Freiheit geben, Jobs abzulehnen und zu beenden, in denen sie bedroht, ausgebeutet, belästigt werden oder sich ohne Alternative fühlen. Zusammengefasst wären also eine Beschäftigungsgarantie und der Schutz des Rechts auf Organisierung zentrale Schritte, um die einer sozial-ökologischen Ökonomie angemessene Zusammensetzung von Arbeiter\*innen hervorzubringen.

Drittens würde ein Green New Deal eine riesige Initiative für eine Infrastruktur beinhalten.

## **Ein Green New Deal könnte uns die Möglichkeit geben, die bröckelnde Infrastruktur anzugehen, diskriminierende Praktiken aus der Wohnungspolitik zu verbannen und lebendige «communities» aufzubauen.**

ten, die die Verhältnisse in den Nachbarschaften und *communities* neu ausrichtet. Die Infrastruktur der USA ist nicht nur alt, marode und von ausbleibenden Investitionen gezeichnet, sie ist ebenso eng in eine auf Kohlenstoff basierende Wirtschaft eingebunden. Wie Forschungen zeigen, tragen ungleiche Wohnverhältnisse in erheblichem Ausmaß zu wirtschaftlicher Ungleichheit bei, während der Bausektor selbst eine der Hauptquellen für Emissionen darstellt (Florida 2018; US Green Buildings Council 2018). Ein Green New Deal könnte uns die Möglichkeit geben, die bröckelnde Infrastruktur anzugehen, diskriminierende Praktiken aus der Wohnungspolitik zu verbannen und vitale, lebendige *communities* aufzubauen.

Während des historischen New Deal schuf die Behörde für Wiederansiedlung (Resettlement Administration) ganze Kleinstädte nach dem Konzept der «Gartenstädte von morgen».³ Im Kontrast zur Welle der Vorstadtsiedlungen der 1920er Jahre zielte dieser Ansatz darauf, Gemeinschaften mit sozialem Zusammenhalt zu gründen, mit Stadthäusern und Wohnblöcken in räumlicher Nähe zu den Arbeitsplätzen und innerstädtischen Lebensmittelgeschäften (Kolson Hurley 2019). Erheblich ist dabei allerdings, dass die geschaffene Infrastruktur explizit auf Segregation entlang der Linien von Klasse und *color* ausgerichtet war (Nodjimbadem 2017). Um nur ein Beispiel zu nennen: die Wiederansiedlungsstelle in Greenbelt, Maryland, verbot schwarzen Familien die Ansiedlung – in einer der von der Behörde konzipierten und auf schwarzer Arbeit errichteten Siedlungen (vgl. Fußnote 3). Mit der Zeit haben sich diese Segregationslinien durch Vernachlässigung sogar noch verstärkt

und betroffene Quartiere veränderten sich zu *hotspots* der Umweltungerechtigkeit, voll mit verschmutzender Infrastruktur und von Fernstraßen, die schwarze Hinterhöfe durchschneiden, verwüstet. Somit wäre mit einem Green New Deal die Möglichkeit verbunden, rassistische Infrastruktur zu beseitigen und dauerhaft eine emissionsfreie Umgebung aufzubauen.

Daniel Aldana Cohen schreibt über ein mögliches Ziel von zehn Millionen Einheiten mit null Emissionen im sozialem Wohnungsbau innerhalb von zehn Jahren: «Ein umfangreicher Neu- und Ausbau qualitativ hochwertiger, ansprechend gestalteter und akribisch geplanter Sozialwohnungen mit verschiedenartiger Gestaltung und partizipativer Verwaltungsstruktur würde dem Bedürfnis von Millionen gerecht; gleichzeitig würde er für Dekaden Zehntausende Facharbeitsplätze im ökologischen Bausektor sichern» (Aldana Cohen 2019). Dies verbindet den dringenden Bedarf an Nachrüstung in der Energieeffizienz und den Ausbau von benötigten leistbaren Wohnungen zu einer Zeit, in der Klimawandel und Überschwemmungen realistische Wohnbauplanung verschieben; zudem wird so erschwinglicher Wohnraum durch genossenschaftliche oder öffentliche Eigentümerstrukturen in dem Moment geschaffen, da Hauseigentum oder selbst die Zahlung von Mieten für viele Menschen ernsthafte Schwierigkeiten aufwirft (Gowan/Cooper 2018).

### **Internationalismus**

Das Momentum für eine transformative praktische Klimapolitik eröffnet sich rund um den Globus. Die drängenden Initiativen für einen Green New Deal sind nicht auf die Gren-

zen der Vereinigten Staaten begrenzt. Und so sollte es auch nicht sein, da das klimatische Chaos, das sich ebenso wenig an nationale Grenzen hält, global und kollektiv angegangen werden muss. In Großbritannien hat Caroline Lucas, das einzige Grünen-Mitglied im Parlament, einen Gesetzesentwurf zum Green New Deal mit unterstützt, während die Labour Party ein Wahlprogramm für eine *green industrial revolution* vorlegte, mit einer Kampagne zur Dekarbonisierung der Wirtschaft, zur Schaffung grüner Jobs und für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Wie es die britische Labour-Gruppe für den New Deal ausdrückt: «Klimawandel ist grundsätzlich eine Klassenfrage, weil er Chaos für die vielen, doch Profit für die wenigen bedeutet» (Taylor 2019; Kongress der Vereinigten Staaten 2019; Ocasio-Cortez 2019).

Ebenso wie die USA hat das Vereinte Königreich für die Dauer einer Generation mit den realen Auswirkungen wie auch den geistigen Zwängen eines auf Austerität beruhenden Systems zu kämpfen gehabt. Eine weitere Ähnlichkeit besteht darin, dass auch hier eine Welle neuer, lebendiger politischer Energie aufkommt – mit dem Willen, jene Machtstrukturen anzugehen, die das Nichthandeln in Klimabelangen ermöglicht haben, sowie die Industrie fossiler Brennstoffe auslaufen und in einen umsichtigen Übergang zum Schutz von *communities* und Arbeitenden und die Neuverteilung des Wohlstandes münden zu lassen. Weder die USA noch das Vereinte Königreich können dies für sich allein angehen; wir müssen uns aufeinander beziehen und für

die Forderung nach ökonomischer und ökologischer Gerechtigkeit an unsere politischen Grenzen gehen. Uns bleiben weniger als zwölf Jahre, um für die 1,5 Grad Celsius zu kämpfen. Der globale Norden muss vorangehen, kann sich dabei aber auf wegweisende Beispiele und Druck aus dem Süden stützen. Wir können und müssen uns gegenseitig befruchten und wechselseitig aus unseren Erfahrungen lernen, um jenen transformativen Wandel zu erreichen, den wir brauchen, schnell.

Der Text erschien in der Zeitschrift *Progressive Review*.

Aus dem Amerikanischen von Corinna Trogisch

## Literatur

**Aldana Cohen, Daniel (2019):** A Green New Deal for Housing, *Jacobin Magazine*, 2.8.2019, unter: <https://jacobinmag.com/2019/02/green-new-deal-housing-ocasio-cortez-climate>.

**Carlock, Greg/Mangan, Emily/McElwee, Sean (2018):** A Green New Deal, *Data for Progress*, unter: [http://filesforprogress.org/pdfs/Green\\_New\\_Deal.pdf](http://filesforprogress.org/pdfs/Green_New_Deal.pdf).

**Data for Progress (2019):** Voters strongly support bold climate solutions, memo, 19.3.2019, unter: [www.dataforprogress.org/the-green-new-deal-is-popular](http://www.dataforprogress.org/the-green-new-deal-is-popular).

**Ebi, Kristie/Campbell-Lendrum, Diarmid/Wyns, Arthur (2018):** The 1.5 Health Report, *World Health Organization*, unter: [www.who.int/globalchange/181008\\_the\\_1\\_5\\_healthreport.pdf](http://www.who.int/globalchange/181008_the_1_5_healthreport.pdf).

**Editorial Board (2019):** Want a Green New Deal? Here's a better one, in: *Washington Post*, 24.2.2019, unter: [www.washingtonpost.com/opinions/want-a-green-new-deal-heres-a-better-one/2019/02/24/2d7e491c-36d2-11e9-af5b-b51b7ff322e9\\_story.html?utm\\_term=.ce7e1b8aee0b](http://www.washingtonpost.com/opinions/want-a-green-new-deal-heres-a-better-one/2019/02/24/2d7e491c-36d2-11e9-af5b-b51b7ff322e9_story.html?utm_term=.ce7e1b8aee0b).

**Florida, Richard (2018):** Is housing inequality the main driver off economic inequality?, *CityLab*, 13.4.2018, unter: [www.citylab.com/equity/2018/04/is-housing-inequali](http://www.citylab.com/equity/2018/04/is-housing-inequali)

---

**Weder die USA noch Großbritannien können allein vorangehen; wir müssen ... über Grenzen hinaus ökologische und ökonomische Gerechtigkeit fordern.**

ty-the-main-driver-of-economic-inequality/557984/.

**Gossop, Chris (2006):** From Garden Cities to New Towns, 42nd ISOCaRP Congress 2006, unter: [www.isocarp.net/data/case\\_studies/760.pdf](http://www.isocarp.net/data/case_studies/760.pdf).

**Freedlander, David (2019):** «There is going to be a war in the party. We are going to lean into it», Politico, 4.2.2019, unter: [www.politico.com/magazine/story/2019/02/04/the-insurgents-behind-alexandria-ocasio-cortez-224542](http://www.politico.com/magazine/story/2019/02/04/the-insurgents-behind-alexandria-ocasio-cortez-224542).

**Goodwin, Doris (2001):** The way we won: America's breakthrough during World War II, American Prospect, 19.12.2001, unter: <https://prospect.org/article/way-we-won-americas-economic-breakthrough-during-world-war-ii>.

**Gowan, Peter/Cooper, Ryan (2018):** Social housing in the United States, People's Policy Project, unter: [www.peoplespolicyproject.org/wp-content/uploads/2018/04/Social-Housing.pdf](http://www.peoplespolicyproject.org/wp-content/uploads/2018/04/Social-Housing.pdf).

**Hertel-Fernandez, Alexander/Mildenberger, Matto/Stokes, Leah C. (2018):** Legislative staff and representation in Congress, in: American Political Science Review 1/2018, unter: [www.cambridge.org/core/journals/american-political-science-review/article/legislative-staff-and-representation-in-congress/D7735FCF39B843B9F3269FD39362FD66](http://www.cambridge.org/core/journals/american-political-science-review/article/legislative-staff-and-representation-in-congress/D7735FCF39B843B9F3269FD39362FD66).

**IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2018):** Summary for policymakers, Global Warming of 1.5°C, World Meteorological Organization, unter: [https://report.ipcc.ch/sr15/pdf/sr15\\_spm\\_final.pdf](https://report.ipcc.ch/sr15/pdf/sr15_spm_final.pdf).

**Koeppel, Jackson/Veazy, Liz/Bozuwa, Johanna (2019):** Community ownership of power administration, Next System Project, 1.2.2019, unter: <https://thenextsystem.org/copa>.

**Kolson Hurley, Amanda (2019):** How the Green New Deal could retrofit suburbs, CityLab, 11.2.2019, unter: [www.citylab.com/perspective/2019/02/green-new-deal-green-belt-suburbs-climate-change/582445/](http://www.citylab.com/perspective/2019/02/green-new-deal-green-belt-suburbs-climate-change/582445/).

**Mitchell, Bruce (2018):** HOLC «redlining» maps: The persistent structure of segregation and economic inequality, National Community Reinvestment Coalition, 20.3.2018, unter: <https://nrcr.org/holc/>

**Nodjimbadem, Katie (2017):** The racial segregation of American cities was anything but accidental, Smithsonian, 30.5.2017, unter: [www.smithsonianmag.com/history/how-federal-government-intentionally-racially-segregated-american-cities-180963494/](http://www.smithsonianmag.com/history/how-federal-government-intentionally-racially-segregated-american-cities-180963494/).

**Ocasio-Cortez, Alexandria (2019):** A Message From The Future. Was, wenn wir einen Green New Deal tats.chlich umsetzen?, in: LuXemburg 3/2019, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2019/12/lux\\_1903\\_e-paper.pdf#page=66](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2019/12/lux_1903_e-paper.pdf#page=66).

**Oil Change International (2019):** No Fossil Fuel Money Pledge, unter: <http://nofossilfuel-money.org>.

**Redman, Janet (2019):** Dirty energy dominance: dependent on denial, Oil Change International, 3.10.2017, unter: <http://princeoil.org/2017/10/03/dirty-energy-dominance-us-subsidies/>.

**Reiman, Eliza (2019):** Fox news host accuse Alexandria Ocasio-Cortez of «admitting to civilizational suicide» after the congresswoman asks if it is okay to have children with the threat of climate change, Business Insider, 27.2.2019, unter: [www.businessinsider.com/fox-news-hosts-say-alexandria-ocasio-cortez-wants-to-get-rid-of-kids-2019-2;](http://www.businessinsider.com/fox-news-hosts-say-alexandria-ocasio-cortez-wants-to-get-rid-of-kids-2019-2;)

**Roberts, David (2019):** The Green New Deal and the case against incremental climate policy, Vox, 28.3.2019, unter: [www.vox.com/energy-and-environment/2019/3/28/18283514/green-new-deal-climate-policy](http://www.vox.com/energy-and-environment/2019/3/28/18283514/green-new-deal-climate-policy).

**Roosevelt Institute (2009):** How FDR took on the forces of wealth and power, 25.11.2009, unter: <http://rooseveltinstitute.org/how-fdr-took-forces-wealth-and-power/>.

**Rural Electric Cooperatives (o. J.):** Our History, The story behind America's electric co-

operatives and NRECA, unter: [www.electric.coop/our-organization/history/](http://www.electric.coop/our-organization/history/).

**Sullivan, Kaitlin (2019):** US government knew climate risks in 1970s, Energy Advisory Group Documents, Climate Liability News, 18.3.2019, unter: [www.climateliabilitynews.org/2019/03/18/national-petroleum-council-climate-change/](http://www.climateliabilitynews.org/2019/03/18/national-petroleum-council-climate-change/).

**Taylor, Matthew (2019):** Labour members launch Green New Deal inspired by US activists, in: The Guardian, 22.3.2019, unter: [www.theguardian.com/politics/2019/mar/22/labour-members-launch-green-new-deal-inspired-by-us-activists](http://www.theguardian.com/politics/2019/mar/22/labour-members-launch-green-new-deal-inspired-by-us-activists).

**US Congress (2019):** Recognizing the duty of the federal government to create a Green New Deal, 116th Congress, 1st session, introduced in House 7.2.2019, unter: <https://apps.npr.org/documents/document.html?id=5731829-Ocasio-Cortez-Green-New-Deal-Resolution>.

**US Green Buildings Council (2018):** Buildings and Climate, unter: [www.eesi.org/files/climate.pdf](http://www.eesi.org/files/climate.pdf).)

**Wilkie, Christina (2019):** Donald Trump attacks Alexandria Ocasio-Cortez's Green New Deal at a campaign rally in a preview of things to come in the 2020 election, CNBC, 12.2.2019, unter: [www.cnn.com/2019/02/12/trump-targets-alexandria-ocasio-cortez-green-new-deal-in-campaign-speech.html](http://www.cnn.com/2019/02/12/trump-targets-alexandria-ocasio-cortez-green-new-deal-in-campaign-speech.html).

**Woolner, David B. (2010):** FDR and the New Deal response to an environmental catastrophe, Roosevelt Institute, 30.6.2010, unter: <http://rooseveltinstitute.org/fdr-and-new-deal-response-environmental-catastrophe/>.

1 Mehr über die Bewegung Sunrise unter: [www.sunrisemovement.org/gnd](http://www.sunrisemovement.org/gnd). 2 «Die HOLC entwickelte Landkarten der ‚Wohnsicherheit‘ für amerikanische Großstädte. Diese dokumentieren, wie Kreditgeber, Gutachter und Immobilienfachleute vor der Welle von Vorstadtentstehungen in den 1950er Jahren das Risiko bei Kreditvergaben bewerteten. Als risikoreich oder ‚gefährlich‘ bewertete Wohnquartiere wurden von Kreditinstituten oft mit ‚roten Linien‘ versehen und Kapitalinvestitionen verweigert, die zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen und baulichen Umgebung der Bewohner\_innen hätten führen können» (Mitchell 2018). 3 Die Idee der Gartenstädte geht auf den Beamten und Erfinder Ebenezer Howard zurück. Als Reaktion auf sich ausbreitende ungesunde Wohnbedingungen, bedingt durch Industrialisierung und rasches Wachstum, stellten Gartenstädte ein Siedlungs- und Lebensmodell dar, in dem sich die guten Seiten von städtischem und ländlichem Leben verbanden, während gleichzeitig die Nachteile beider vermieden wurden (Gossop 2006).

Verónica Gago

## REVOLUTION HEISST FÜR DIE ZUKUNFT SORGEN

Über eine Zukunft des Sozialismus nachzudenken impliziert, sich eine Vorstellung davon zu machen, was kommen wird. Die Frage, die sich dann notwendigerweise anschließt, ist: Wie erreichen wir dieses ersehnte Ziel? In jeder revolutionären Theorie hat die Utopie folglich auch eine pragmatische Seite, die sich auf die Frage des Übergangs bezieht. Dieser Übergang stellt insofern eine Herausforderung dar, als sich historisch immer wieder gezeigt hat, dass es dabei keine Linearität gibt, keinen direkten Weg, der von dem einen zum anderen Punkt führt. Stattdessen müssen wir das Prozesshafte eines solchen Übergangs in den Blick nehmen. Die feministischen Körperpolitiken, die dafür kämpfen, die rigiden Normen von Geschlecht und Sexualität aufzubrechen, haben dies deutlich gemacht: Eine Revolution gelingt nicht von heute auf morgen. In dem zeitlichen Zwischenraum entsteht jedoch ein Feld des Forschens und Experimentierens, ein Terrain, auf dem widerstreitende Kräfte miteinander ringen. Ist es möglich, einen solchen Weg des Übergangs zu beschreiten, ohne genau zu wissen, wohin er führt?

Wenn wir auf die aktuellen Kämpfe blicken, die sich derzeit in Chile, aber auch an vielen anderen Orten der Welt gegen neoliberale Privatisierung, gegen die Zerstörung der sozialen Daseinsvorsorge und gegen eine fortschreitende Inwertsetzung unseres Lebens richten, haben sie auf den ersten Blick ein eher inverses Verhältnis zu einer solchen revolutionären

Zeitlichkeit. Sie entwerfen weniger ein in die Zukunft gerichtetes Projekt, sondern verteidigen etwas, das verloren gegangen ist oder bedroht scheint. Es sind Kämpfe um Gemeingüter, Kämpfe, die sich fortgesetzten Enteignungen entgegenstellen oder geraubten Reichtum zurückfordern: In ihnen drückt sich die Erfahrung aus, dass unsere Utopien voraussetzungsvoll sind, dass sie eine Grundlage brauchen, um Wirklichkeit zu werden. Sie sind abhängig von funktionierenden Strukturen der Sorge und Selbstsorge, als Voraussetzung dafür, überhaupt Kraft zum Kämpfen zu finden. Sollten wir daraus folgern, dass diese Kämpfe eher konservativ sind, also eher rückwärtsgewandt als utopisch? Nein. Ich würde sagen, dass in ihnen gerade eine utopische Kraft steckt, die sich aus dem Wissen um jene Bedingungen nährt, die wir brauchen, um eine Transformation anzustoßen. Es sind deshalb die derzeit entscheidenden, die unumgänglichen Kämpfe. Ausgehend von einer Art Selbstverteidigung bringen sie die Möglichkeit von etwas Neuem hervor, scheint in ihnen etwas auf, das noch nicht existiert. Diese politische Bewegung setzt eine spezifische Zeitlichkeit voraus, die nicht nostalgisch oder archaisch ist, sondern auf die Produktion von Gegenwart gerichtet. Als bedürfe das revolutionäre Begehren einer soliden Infrastruktur, um sich zu entfalten.

Rosa Luxemburg hat das Konzept einer revolutionären Realpolitik ins Spiel gebracht,

---

**Diese politische Bewegung setzt eine spezifische Zeitlichkeit voraus, auf die Produktion von Gegenwart gerichtet. Als bedürfe das revolutionäre Begehren einer soliden Infrastruktur, um sich zu entfalten.**

um den Prozess des Übergangs genauer zu bestimmen als einen, in dem die alltäglichen Kämpfe um konkrete Verbesserungen in den Horizont eines radikalen Umbaus gestellt werden, in dem die Bewegungen im Hier und Jetzt und eine Politik von unten das Terrain bereiten für die jeweils nächsten Schritte. So verschiebt sich die Teleologie eines revolutionären «Endziels» – nicht, weil es nicht da oder weniger wichtig wäre, sondern weil es in eine andere zeitliche Beziehung tritt mit der alltäglichen Politik und weil jede einzelne Aktion daraufhin befragt werden kann und muss, inwiefern sie von revolutionärer Dynamik erfüllt ist. Ich halte das Konzept für hilfreich, um die revolutionäre Perspektive herauszustellen, die die aktuellen Feminismen ins Spiel bringen: Worauf zielen sie? Welche utopische Kraft entfalten sie? Inwiefern sind sie revolutionär-realpolitische Zukunftspolitiken, auch ohne einen festen Plan, wie das Ziel auszusehen hat? In welcher Weise revolutionieren sie die Gegenwart und schaffen Bedingungen einer anderen Zukunft?

In ihrer Entschiedenheit und Radikalität stoßen die gegenwärtigen Feminismen radikale Brüche an – in den Körpern, auf den Straßen, in den Betten und Haushalten. Sie verdichten sich in dem Slogan der feministischen Bewegung Argentiniens: «Wir wollen alles verändern!» Im jüngsten Aufstand in Chile nimmt dieser Anspruch kraftvolle Gestalt an: Die feministische Revolution stellt das Ganze neu auf: «Wir haben ein Programm: Wir wollen alles!» Es gibt keinen Raum und keine sozialen Beziehungen, die von dieser Dynamik des Bruchs und des Aufbegehrens unberührt bleiben. Die Zeit der Revolution liegt im Hier und Jetzt – in ihrer sprühenden Kraft verbindet sie sich mit der Perspektive einer befreiten Zukunft.

Die Dynamik des transnationalen feministischen Streiks hat sich in den letzten Jahren von Lateinamerika ausgehend in mehr als 50 Länder ausgebreitet. In Chile wurden vie-

le der Parolen und Praxen des feministischen Streiks von den Massen aufgenommen und entfalten als plurinationaler<sup>1</sup> Generalstreik neue Kraft. Die Erfahrungen, die in den letzten Jahren in den Bewegungen gesammelt wurden, haben es ermöglicht, auch die Art und Weise der Kämpfe zu verändern, die Organisationsformen, die politischen Perspektiven und historischen Allianzen. Dabei greifen die Bewegungen zwei zentrale Herrschaftsmechanismen an: die Verschuldung und die damit verbundene Form der Enteignung der Subalternen, die breiten Teilen der Bevölkerung eine selbstbestimmte Zukunft unmöglich gemacht haben.

Die Verschuldung kolonisiert als finanzielle Verpflichtung gewissermaßen unsere Zukunft. Sie fesselt uns an die Ausbeutung, mittels eines eng gestrickten Dispositivs aus Moralisierung und Individualisierung. Der konservative Neoliberalismus hat den lateinamerikanischen Kontinent durch und durch finanziell rekolonialisiert. Unter diesen Verhältnissen wächst eine verschuldete und damit absolut disziplinierte Jugend heran, deren Abhängigkeit von der heteropatriarchalen Familie weiter bestärkt wird. Im Kampf gegen die Verschuldung geht es also um die Möglichkeit, die eigene Zukunft zurückzugewinnen, sich anzueignen und kreativ zu gestalten, individuell und kollektiv. Es geht darum, das Entstehen anderer Subjektivitäten zu ermöglichen, die sich aus dieser «Schuldbeziehung» lösen.

All das kommt in Graffiti und Parolen der chilenischen Proteste pointiert zum Ausdruck. An den Fassaden der Banken in Chile, dem Land der Chicago Boys<sup>2</sup> und dem mit der größten Pro-Kopf-Verschuldung in der gesamten Region, ist beispielsweise zu lesen: «Sie schulden uns ein Leben.» In dem Satz verdichten sich die Idee von einer Umkehr der Verschuldung und die Frage, wer hier eigentlich wem etwas schuldet. Angesichts ansteigender Lebenshaltungskosten, oder genau-

er, angesichts der stetig voranschreitenden Extraktion von Wert aus den alltäglichen Praxen der sozialen Reproduktion verweist diese Losung auf die Möglichkeit finanziellen Ungehorsams, wie er nicht zuletzt in der Bewegung #EvasionMasiva praktisch geworden ist.<sup>3</sup>

---

### **Die feministische Revolution erzeugt einen politischen Antagonismus im Kampf um die Mittel der Produktion des Lebens.**

Die aktuellen feministischen Bewegungen gehen aber noch weiter: Sie formulieren eine konkrete und schlagkräftige Kritik an den multiplen Formen von Raubbau und den neuen Formen der Ausbeutung, mit denen das Kapital immer weiter in unser Leben vordringt. Es geht darum, den Kampf an jeder Front, an der Körper an Körper gekämpft wird, zu führen – sei es die Verschuldung der Haushalte oder die Prekarisierung, sei es der Neo-Ext-aktivismus und die von ihm verwüsteten und aufgegebenen Regionen, sei es die Militarisierung, die Kriminalisierung von Grenzen oder die Schaffung «innerer Feinde».<sup>4</sup>

All das sind Kämpfe, in denen auch die Eigentumsfrage gestellt wird und mit denen die feministische Revolution einen politischen Antagonismus erzeugt. Sie streitet um die Mittel der Produktion des Lebens überall dort, wo heute die neoliberale Ausbeutung Wurzeln

schlägt. Die Idee des Feminismus als alltägliche Revolution erhält darin ein besonderes Gewicht, weil sie die Frage aufwirft, inwiefern sich die Richtung der Transformation auch von den Orten her bestimmt, an denen der Akkumulation von Kapital entgegengetreten wird. Heute sind auch die Körper der jungen Menschen ein solches Kampfgebiet, auf dem versucht wird, die Grenzen der Inwertsetzung des Kapitals auszubreiten, sie zu gehorsamen Arbeiter\*innen zu machen, gehorsam gegenüber der Prekarisierung, der Verschuldung und der Kernfamilie – auch wenn diese implodiert und voller Gewalt ist. In diesen Körpern hat die feministische Revolution das Begehren nach Revolution hinterlassen. Und ihr Versprechen auf eine nicht durch das Kapital normierte Zukunft eröffnet eine konkrete Produktion von Utopie.

Aus dem Spanischen von Caroline Kim und Barbara Fried

<sup>1</sup> Plurinational bezieht sich auf die Existenz und die Anerkennung verschiedener indigener und politischer Communities innerhalb eines Nationalstaats. <sup>2</sup> Als Chicago Boys wird eine Gruppe chilenischer Wirtschaftswissenschaftler bezeichnet, die von Friedrich August von Hayek und Milton Friedman inspiriert waren und die Chile unter der Diktatur von Pinochet zum Experimentierfeld des Neoliberalismus gemacht haben. <sup>3</sup> #EvasionMasiva, was wörtlich etwa «massenhafte Vermeiden» bedeutet, war der Hashtag, mit dem Schüler\*innen und Studierende dazu aufriefen, nach einer Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr kollektiv ohne Fahrschein U-Bahn zu fahren. Die Aktion unter dem Motto «Evadir, no pagar, otra forma de luchar» («Vermeiden, d. h. nicht zu bezahlen, ist eine andere Art zu kämpfen») stellte den Beginn der derzeitigen Protestwelle in Chile dar. <sup>4</sup> Als «innere Feinde» wurden während der Militärdiktatur dissidente Argentinier\*innen kriminalisiert, verfolgt und umgebracht. Heute wird der Begriff zur Legitimation von verschärften Anti-Terror-Gesetzen oder der Militarisierung ausgerufen, zum Beispiel bei den Vorbereitungen für den G20-Gipfel, der im Herbst 2018 in Buenos Aires stattfand.



Étienne Balibar

## FÜR EINEN SOZIALISMUS DES 21. JAHRHUNDERTS – VIER THESEN

1. Ausgehend von einigen Hinweisen von Marx charakterisierte Lenin den revolutionären Übergang als einen Staat-Nicht-Staat. Durch diese Einheit der Gegensätze konnte er einen paradoxen Vorgang skizzieren: nämlich den, die Staatsgewalt zu stärken, um die Positionen der Bourgeoisie zu zerschlagen und so den Übergang zu einer kommunistischen Assoziation der Produzent\*innen einzuleiten. Jene Einheit verwies außerdem auf eine revolutionäre Institution: den damals in ganz Europa existierenden «Sowjet-» oder Arbeiterrat. Auch wenn diese Überlegung Lenins nicht wirksam wurde, können wir annehmen, dass die Idee des Staat-Nicht-Staats nach wie vor das Wesentliche – und die Schwierigkeit – jedes Übergangs in ein Jenseits der Strukturen gesellschaftlicher Herrschaft bezeichnet.

In allen späteren revolutionären Phasen, aber auch in den Sozialisierungsexperimenten des 20. Jahrhunderts, die den kapitalistischen Rahmen nicht als solchen infrage stellten, betrifft das Problem des «Übergangs» auch die widersprüchliche Einheit eines Markt-Nicht-Marktes. Also eine dauerhafte Einschränkung der Autonomie des Marktes zugunsten einer Politik, die den Kapitalismus zwar nicht verschwinden lässt, aber «zurückdrängt». Im Kontext der gegenwärtigen Umweltkatastrophe schließlich müssen wir außerdem den Widerspruch von Industrie-Nicht-Industrie denken, den wir als «Degrowth» bezeichnen könnten. Die genannten Widersprüche sind jeweils asymmetrisch, sie konfrontieren die

Macht mit einer Gegenmacht, die andersartig ist und auf andere Weise ausgeübt wird. Darin liegen die Chance und zugleich das Risiko revolutionärer Experimente.

2. Die genannten revolutionären Widersprüche sind allerdings nicht unabhängig voneinander. So können wir annehmen, dass es einen Nicht-Markt beispielsweise nicht ohne staatliche Eingriffe und Unterstützung geben wird. Diese müsste qua Planung vollzogen werden, was wiederum eine Behörde und eine entsprechende Gesetzgebung voraussetzt. Eine solche Planung wird umso notwendiger, wenn die Regulierung nicht die industrielle Entwicklung beschleunigen, sondern eine rationale «Deindustrialisierung» vorantreiben soll, die nicht zum Zusammenbruch der Lebensbedingungen führt. Hinzu kommt, dass die Planungsexperimente des 20. Jahrhunderts die finanziellen Strukturen der Kredit- und Geldwirtschaft kaum betrafen. Auch verändert sich das Problem mit dem Übergang von einer nationalen zur globalen Ebene. Aber was wären die entsprechenden Formen demokratischer Partizipation oder Massenmobilisierung? Die Idee der «globalen Zivilgesellschaft» mit ihren Netzwerken und Solidaritätskampagnen verweist auf diese Frage.

3. Politik ist nicht vorhersehbar. Sie hängt von Situationen ab, in denen sich ganz unterschiedliche Handlungen miteinander verbinden, die jeweils eine eigene Zeitlichkeit haben. Die Theorie kann die Akteure, die zur Veränderung beitragen, allenfalls beschrei-

---

**Planung wird umso notwendiger, wenn die Regulierung nicht die industrielle Entwicklung beschleunigen, sondern eine rationale «Deindustrialisierung» vorantreiben soll.**

ben und bewerten. Dieses Problem wurde in der heutigen Theorie als eines der Verbindung unterschiedlicher Interessen gefasst und als Entscheidung zwischen verschiedenen «Hegemonien», die diese Interessen jeweils hierarchisieren. Dies ausgearbeitet zu haben ist das Verdienst von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Leider hat ihre Idee des «leeren Signifikanten» letztlich einen «Populismus» begünstigt, der sich vom Nationalismus vereinnahmen lässt. Die eigentliche Frage betrifft jedenfalls nicht nur die gesellschaftlichen Interessen, sondern auch die Modalitäten des politischen Handelns, in denen ein sozialistisches Projekt Gestalt annehmen muss. Durch den Hinweis auf die Elemente Programm, Regulation, Aufstand und Utopie möchte ich deutlich machen, dass sich diese Handlungsweisen qualitativ nach ihrer spezifischen Ebene, ihrer institutionellen Form sowie nach ihren «Subjekten» unterscheiden.

4. Mit der Feststellung, dass die ökologische Katastrophe bereits eingetreten ist – und zwar in einer Weise, die nicht umkehrbar ist, verabschieden wir uns von einer bestimmten Idee des Fortschritts, deren dynamischste Version der Sozialismus entwickelt hat. Einen «Niedergang» erlebt jedoch nicht die Idee, dass es Fortschritte zu machen gilt, sondern nur die Idee, dass sich diese Fortschritte in eine totalisierende Evolution einfügen, die letztlich mit dem Gang der Geschichte selbst zusammenfällt. Wir setzen an die Stelle dieser Ideologie aber auch nicht die eines Zusammenbruchs,

der zum Ende der Geschichte führt – eine nihilistische Version dessen, was bei einigen aus der Vorstellung vom endgültigen Triumph des auf selbstregulierten Märkten beruhenden Liberalismus folgte. Wir stellen vielmehr die Frage nach den stets vorhandenen Alternativen in einem negativen Prozess, der sich zwar nicht abstellen lässt, der aber mehr oder

---

**Die Möglichkeit einer Alternative hängt davon ab, ob die Weltpolitik in den kommenden Jahren zu der einen oder anderen Form eines Sozialismus tendieren wird.**

auch weniger bedrohliche Gestalt annehmen kann. Die hier vertretene These ist, dass die Möglichkeit einer Alternative davon abhängt, ob die Weltpolitik in den kommenden Jahren zu der einen oder anderen Form eines Sozialismus tendieren wird, denn davon hängt sowohl die Reorganisation der Gesellschaften ab als auch die Chance, dem Kapitalismus andere Prioritäten als die der Profitmaximierung aufzuzwingen. Das bedeutet, dass eine Mäßigung der Veränderungen im Verhältnis von Mensch und Natur eine Beschleunigung des Wandels im Verhältnis der Menschen untereinander voraussetzt.

Dieser Text ist ein Auszug aus «Thèses pour un socialisme du 21<sup>ème</sup> siècle: régulations, insurrections, utopies», in: Étienne Balibar, Histoire interminable. D'un siècle à l'autre, Paris 2020 (im Erscheinen).

Aus dem Französischen von Thomas Laugstien

Ingar Solty

## WARUM, DARUM UND WIE RUM SOZIALISMUS?

Denk dir den Sozialismus  
von allem befreit  
was dich stört  
Frage dich  
wen er dann  
erst recht stören würde  
Niemand als der  
ist und bleibt wirklich  
dein Feind  
(Erich Fried)

### 1 Warum Sozialismus?

«Why Socialism?», «Warum Sozialismus?» – so überschrieb 1949 ein deutscher Exilintellektueller einen Aufsatz, der in der allerersten Ausgabe der US-amerikanischen, sozialistischen Monatszeitschrift *Monthly Review* erschien. Der Name des Autors: Albert Einstein, Physiker, Erfinder der Relativitätstheorie und überzeugter Sozialist. In seinem Aufsatz begründete der Mann, der die Naturwissenschaften revolutioniert hatte, warum in seinen Augen die Zukunft sozialistisch sein müsse (Einstein 1949).

Vier Jahre zuvor war die fürchterlichste Katastrophe und das fürchterlichste Verbrechen in der Menschheitsgeschichte zu Ende gegangen. Der Kapitalismus war in den 1930er Jahren in seine bis dahin tiefste Krise geraten, hatte fast überall die jungen liberalen Demokratien hinweggefegt und in Deutschland faschistische Kräfte an die Macht gebracht, die gezielt auf einen neuen Weltkrieg für Besiedlungsgebiete, Rohstoff- und Absatzmärkte in Osteuropa zusteuerten. In diesem bislang fürchterlichsten Krieg der Menschheit wurden bis zu 80 Millionen Menschen getötet, die meisten von ihnen Zivilist\*innen. Der Krieg war von dem Land ausgegangen, das

Einstein als jüdischer Deutscher hatte verlassen müssen. Sechs Millionen jüdische Menschen waren im Verlauf dieses Krieges durch Nazideutschland industriell vernichtet worden, während der «Blitzkrieg» stockte. In der sozialistischen Sowjetunion hatte der deutsche Faschismus seinen Eroberungskrieg systematisch als Vernichtungskrieg geführt. Der deutsche «Generalplan Ost» sah die Vertreibung und Ermordung von wenigstens 30 Millionen slawischen Menschen durch Erschießung, systematisches Verhungernlassen und Vernichtung durch Zwangsarbeit vor. Allein durch die Belagerung der Stadt Leningrad starben über eine Million Menschen auf grausamste Weise. Am Ende des Krieges waren 27 Millionen Sowjetbürger\*innen tot. Der Sowjetunion gelang es, den deutschen Überfall zurückzuschlagen und die Konzentrations- und Vernichtungslager in Osteuropa zu befreien. Der Eintritt der USA in den Krieg trug mit zum endgültigen Sieg der Alliierten über Nazideutschland bei. Die deutsche Zivilbevölkerung bezahlte den Krieg mit einem fürchterlichen Bombenkrieg und der Zerstörung vieler deutscher Städte (vgl. ausführlich Deppe/Salomon/Solty 2011: 27–41).

Nach dem Krieg war der Kapitalismus diskreditiert. In Fernost, in China, das unter der Besatzungspolitik des imperialistischen Japans gelitten hatte, siegte 1949 die kommunistische Revolution und breitete sich auf die koreanische Halbinsel und nach Vietnam aus. Im zerstörten Kontinentaleuropa erstarkten anti-kapitalistische Kräfte. In Italien und Frankreich hatte die kommunistische Weltbewegung die nationalen, antifaschistischen Befreiungsbewegungen getragen und die kommunistischen Parteien dieser beiden Länder wuchsen

zu großen Massenparteien mit immensem Einfluss auf die Bevölkerungen heran. In Großbritannien kam eine sehr linke sozialdemokratische Regierung an die Macht und schuf die Grundlagen des britischen Wohlfahrtsstaates. In Griechenland tobte zugleich ein Bürgerkrieg, in dem starke kommunistische Kräfte, die gegen die deutsche Besatzung Widerstand geleistet hatten, jetzt gegen von den USA unterstützte Rechte und Monarchist\*innen kämpften. In Osteuropa hatten im Zuge des sowjetischen Vormarsches auf Berlin Sozialist\*innen die Macht übernommen und konsolidiert: Ein Drittel der Welt war nun Teil der kommunistischen Weltbewegung.

Auch in Deutschland wiederum war der sozialistische Geist nach dem Krieg vorherrschend: In den westlichen Besatzungszonen orientierte sich die Hessische Landesverfassung von 1947 an einer Reihe äußerst progressiver, antikapitalistischer Verfassungen der 1930er und 1940er Jahre, darunter die Sowjetische Verfassung von 1936, die Bill of Rights des New Deal in den USA, die neue italienische und die französische Nachkriegsverfassung (vgl. ausführlich Canfora 2006: 250–282). Sie sah weitreichende Sozialisierungsmaßnahmen vor. Die antikapitalistische Stimmung war bis tief hinein in den christlichen Konservatismus spürbar, namentlich im «Ahlener Programm» der CDU von 1947. Darin heißt es: «Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der

Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert» (Zonenausschuss der CDU 1947: 15). Erst die Forcierung des Kalten Krieges und die Einbindung des westlichen Teils von Deutschland in den US-dominierten Kapitalismus beendete die sozialistischen Bestrebungen in dem, was Historiker\*innen und Sozialwissenschaftler\*innen als den «erzwungenen Kapitalismus», die «verhinderte Neuordnung» und die «westdeutsche Restauration» bezeichnet haben (vgl. Schmidt 1971; Schmidt/Fichter 1978; Huster u. a. 1994; Dahn 2010: 37–44).

In Ostdeutschland hingegen wurden in der sowjetisch besetzten Zone die ökonomischen Grundlagen des Faschismus zerschlagen: Es kam zu einer Entmachtung des Großgrundbesitzes, der als adeliges Militär Hitler gestützt, an die Macht gebracht und den Vernichtungskrieg der Wehrmacht geführt hatte. «Junkerland in Bauernhand» war die Parole. Die Nazis hatten die Agrarfrage durch Siedlerkolonialismus beantwortet; die älteren Geschwister von wirtschaftlich kaum überlebensfähigen und nicht mehr teilbaren Höfen waren in den besetzten Gebieten Osteuropas angesiedelt worden («Lebensraum im Osten» für das «Volk ohne Raum»), weil die Nazis die Macht der Junker nicht angetastet hatten. Die deutschen Kriegspläne hatten zudem die Ansiedlung von vier bis zwölf Millionen weiteren Deutschen in den entvölkerten Gebieten der Sowjetunion vorgesehen. Dies änderte sich, als die mittellose Landbevölkerung endlich ohne Imperialismus an ein Stück Land kam und Grund und Boden schließlich – aus Gründen der Produktivität und des Aufbaus des Sozialismus – im Rahmen der Kollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft in Volkseigentum übergingen.

Zugleich wurde in der sowjetischen Besatzungszone die Großindustrie, die Hitler gestützt und vom Krieg profitiert hatte, enteignet und ebenfalls in Volkseigentum überführt.

**«Das Ergebnis dieser Entwicklungen ist eine Oligarchie von privatem Kapital, dessen enorme Kraft nicht einmal von einer demokratisch organisierten politischen Gesellschaft überprüft werden kann.» (Albert Einstein)**

In Sachsen stimmten im Juni 1946 in einem Volksentscheid 77,7 Prozent der Bevölkerung dafür. Die Sozialisierungen, die im Dezember 1918 während der deutschen Nachkriegsrevolution der moderat-sozialdemokratische Reichsrätekongress der «Arbeiter- und Soldatenräte» beschlossen hatte (vgl. Schütrumpf/Sonnenberg/Solty 2019) und die von den Volksmassen gestützt und gefordert worden waren und die nach dem Zweiten Weltkrieg auch das Programm der SPD in den Westzonen forderte, sie wurden jetzt wenigstens in Ostdeutschland verwirklicht (Dahn 2010: 38), wo die aus Konzentrationslagern und Exil zurückgekehrten Opfer des Nazifaschismus unter dem Schutz der UdSSR die politische Macht hatten übernehmen können.

Kurzum, die Erinnerung an den Zusammenhang zwischen dem Kapitalismus, seinen brutalen Krisen, dem Aufstieg faschistischer Kräfte und dem Zweiten Weltkrieg – also der Zusammenhang von Kapitalismus, Krise und Krieg (vgl. Gill/Solty 2013) – war tief in den Bevölkerungen der Nachkriegszeit verankert. Einstein stand also mit seiner Auffassung nicht alleine da: Der Neuaufbau nach Krise, Faschismus und Krieg könne nur sozialistisch sein. Die Formel «Sozialismus oder Barbarei», wie sie Karl Kautsky und Rosa Luxemburg vor dem Ersten Weltkrieg ausgegeben hatten, sie war zum Allgemeinplatz geworden. Die Barbarei hatte man gerade am eigenen Leib erfahren.

Ganz konkret begründete Albert Einstein (1949) seine Überzeugung damit, dass die kapitalistische Privatwirtschaft durch eine geplante, sozialistische Gemeinwirtschaft zu ersetzen sei, da im Kapitalismus «privates Kapital dazu tendiert, in wenigen Händen kon-

zentriert zu werden – teils aufgrund der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten und teils, weil die technologische Entwicklung und die wachsende Arbeitsteilung die Entstehung von größeren Einheiten auf Kosten der kleineren vorantreiben. Das Ergebnis dieser Entwicklungen ist eine Oligarchie von privatem Kapital, dessen enorme Kraft nicht einmal von einer demokratisch organisierten politischen Gesellschaft überprüft werden kann. Dies ist so, da die Mitglieder der gesetzgebenden Organe von politischen Parteien ausgewählt sind, die im Wesentlichen von Privatkapitalisten finanziert oder anderweitig beeinflusst werden und in der Praxis die Wähler von der Legislative trennen. Die Folge ist, dass die «Volksvertreter» die Interessen der unterprivilegierten Schicht der Bevölkerung nicht ausreichend schützen. Außerdem kontrollieren unter den vorhandenen Bedingungen die Privatkapitalisten zwangsläufig direkt oder indirekt die Hauptinformationsquellen (Presse, Radio, Bildung). Es ist deshalb äußerst schwierig und, für den einzelnen Bürger in den meisten Fällen fast unmöglich, objektive Schlüsse zu ziehen und in intelligenter Weise Gebrauch von seinen politischen Rechten zu machen.» Der Sozialismus war für Einstein also eine Frage der Verwirklichung einer echten Demokratie.

**Die ideologische Krise des Sozialismus (1989–2007)**

Die Geschichte verlief nach 1949 jedoch anders, als sich Einstein dies erhoffte. Die sozialistischen Hoffnungen und Aspirationen der Nachkriegszeit wurden im Westen durch den Übergang zum Kalten Krieg beendet. Einsteins Heimatland wurde noch im selben Jahr mit der Gründung von BRD und DDR zwei-

geteilt. Die zwei deutschen Staaten bildeten keine innerdeutsche Grenze, sondern die Außenposten zweier atomar hochgerüsteter Supermächte in der Systemkonkurrenz (vgl. Fülberth 2007). Zugleich wurde in der sowjetischen Besatzungszone und der jungen DDR alsbald auch die kurze Phase lokaler Betriebe in Arbeiterselbstverwaltung beendet, die entstanden waren, nachdem die lokalen Kapitalunternehmer\*innen vor der Roten Armee und den Enteignungen mitsamt Patenten, Kundenkarteien sowie Teilen der Ingenieur\*innen und Fachkräfte in die westlichen Besatzungszonen geflohen waren (Roesler 1978; Fülberth 2007: 31–46), aber auch jene alternativen Sozialismuskonzeptionen, die mit dem Namen Anton Ackermann (2005) verbunden sind.

In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren schien der Sozialismus im Rahmen einer globalen Vorwärtsbewegung der Linken noch einmal auf einem Siegeszug zu sein. Seine drei Säulen – Arbeiterbewegung im Westen, Realsozialismus im Osten und antiimperialistisch-sozialistische Befreiungsbewegungen im globalen Süden – wirkten gestärkt, während der Westen sich in einer tiefen Krise, der Krise des fordistischen Kapitalismus, befand. Aber das Projekt der «neoliberalen Globalisierung» seitens der herrschenden Klassen im «Westen» drängte die Linke weltweit zurück. Nach innen brach es den Gewerkschaftsbewegungen das Rückgrat, die nun in eine historische Defensive gerieten, und nach außen besiegte es die nationalen Befreiungsbewegungen im globalen Süden durch die Schuldenkrise, die diese dazu zwang, sich zu den neoliberalen Bedingungen des kreditgebenden «Westens» – Abbau von Schutzzöllen, Privatisierungen von Staatsbetrieben, Deregulierung von Märkten – in den Weltmarkt zu integrieren. Zugleich stagnierte der Realsozialismus im Osten (vgl. Deppe/Salomon/Solty 2011: 57–67).

1991 schien mit dem Zusammenbruch des realexistierenden (Staats-)Sozialismus in den

Ostblockstaaten dann das Ende der sozialistischen Alternative zum Kapitalismus eingeläutet. «Das historische Potenzial des Sozialismus im Ganzen», schrieb Perry Anderson (1993: 169), «scheint so vollkommen erschöpft zu sein wie das des Liberalismus fünfzig Jahre zuvor». Die bürgerlichen Intellektuellen im «Westen» proklamierten nach 1989/90 das «Ende der Geschichte»: Jenseits von kapitalistischer Marktwirtschaft und liberaler Demokratie gebe es, so Francis Fukuyama (1992) stellvertretend in einem berühmt gewordenen Aufsatz, keine Alternativen; und in den Universitäten stimmten sogar Vertreter\*innen der akademischen Linken in Anlehnung an den französischen Philosophen Jean-François Lyotard (1986) und den US-Amerikaner Richard Rorty (1989) in den herrschenden Chor mit ein, als sie das «Ende der Großen Erzählungen» postulierten, weshalb manche marxistisch orientierten Intellektuellen im Postmodernismus auch die Philosophie des neoliberalen («Spät»-)Kapitalismus erblickten (Harvey 1990: 44–46; Callinicos 2003: 11–22; Wolin 2004; Amin 2004; Sanbonmatsu 2004). Die bürgerlichen Westintellektuellen triumphierten auf diese – für sie individuell triumphal durchaus einträgliche – Weise, obwohl die zentralen Fragen, die der Sozialismus des 19. und 20. Jahrhunderts hatte beantworten wollen, sich noch immer, ja sich vor dem Hintergrund des globalisierten Kapitalismus sogar noch stärker stellten denn je (Anderson 1993: 170; Bobbio 1994: 88–90). Dies galt insbesondere für die soziale Frage und die zunehmende Ungleichheit, die räumliche Auseinanderentwicklung marktgetriebener Gesellschaften (sowohl innerhalb der Nationalstaaten als auch zwischen kapitalistischen Zentren und Peripherien), die Demokratiefrage, den Mensch-Natur-Stoffwechsel usw. (vgl. auch Hobsbawm 1996: 558–585).

Im Bewusstsein vieler Menschen schien der Kapitalismus jedoch nun alternativlos zu sein. Der viel zu früh verstorbene britische Intellek-

tuelle Mark Fisher bezeichnete dies als «kapitalistischen Realismus» (Fisher 2013): Wir leben in einer Welt, in der es leichter ist, sich das Ende der Welt vorzustellen als ein Ende des Kapitalismus.

Die Behauptung von bürgerlich-liberalen Vordenkern wie Milton Friedman, Francis Fukuyama, Thomas L. Friedman, Samuel Huntington und anderen war es gewesen, dass der Kapitalismus – gerade in seiner Spezifik als neoliberaler Finanzmarktkapitalismus – für Stabilität, Innovation und Effizienz sorgen werde, und dass am Ende diese Überlegenheit der marktkapitalistischen Ordnung gegenüber allen anderen Ordnungen auch zur Demokratisierung führen würde (vgl. exemplarisch M. Friedman 2002: 30–45). Letztlich sei diese Überlegenheit des liberalen Kapitalismus mit repräsentativer Demokratie alternativlos. Dass die Wirtschaftsliberalen zum Schutz des kapitalistischen Privateigentums vor Sozialisierungen auch zum Bündnis mit dem Faschismus bereit gewesen waren, so wie Ludwig von Mises über den Faschismus schrieb, sein «Eingreifen» habe «für den Augenblick die europäische Gesittung gerettet» und dieses Verdienst werde «in der Geschichte ewig fortleben» (Mises 2006: 45), oder dass sie wie Milton Friedman und seine «Chicago Boys» selbst mit dem Faschismus in Chile paktierten, um hier als Laboratorium des Neoliberalismus den «freien Markt» durchzusetzen (Klein 2008: 56–152), fiel dabei unter den Tisch. Geboren war nunmehr die Ideologie der Alternativlosigkeit, die mit Margaret Thatchers Diktum «There Is No Alternative» (TINA) verknüpft ist.

Die TINA-Ideologie war dabei so durchdringend, dass sie nach 1989 auch die historische, sozialdemokratische Opposition im Westen erfasste. Die Krise des Staatssozialismus wurde zur Krise der Linken insgesamt. Aus klassischen sozialdemokratischen Parteien wurden neoliberale Parteien: New Democrats, New Labour, Neue Mitte (vgl. Candeias 2004: 329–341; Soltz 2007 u. 2008; Nachtwey 2009)

und ihre Schlüsselintellektuellen übernahmen die rechte Wirtschaftspolitik unter dem Stichwort einer «Vernunft [...] jenseits von links und rechts» (Giddens 1997). Zurecht bezeichnete Margaret Thatcher einmal den von Anthony Giddens beratenen, smarten, neoliberalen Labour-Parteiführer Tony Blair und «New Labour» als ihren größten Sieg, denn sie hätte so den politischen «Gegner dazu gebracht, seine Haltung zu ändern» (zit. n. Burns 2008).

### Die ideologische Krise des Kapitalismus (2007–2020)

Das kapitalistische Zukunftsversprechen hat sich indes mit der globalen Finanzkrise in Luft aufgelöst. Lange herrschte die Vorstellung, der Kapitalismus führe zu wirtschaftlicher und politischer Stabilität, Innovation und Effizienz. Sie ist spätestens mit der globalen Finanzkrise nach 2007 ins Wanken geraten, insbesondere im globalen Süden. Die Vorstellung wirtschaftlicher Stabilität wurde durch die konstanten, tiefen Wirtschafts- und Finanzkrisen ad absurdum geführt: Von der New Yorker Bankenkrise 1987 über die Mexikokrise 1994/95, die Asienkrise 1997/98, die Russlandkrise 1998/99, die Argentinienkrise 1998–2002 und die Dotcom-Krise 2000–2002 in den USA bis zur globalen Finanzkrise von 2007 ff. erwies sich der neoliberale Kapitalismus als ökonomisch immens instabil (Hufschmid 1999; Brenner 2002; McNally 2010). Die Bankenrettungen und die Austeritätspolitik infolge der globalen Finanzkrise erwiesen sich als äußerst unpopulär und führten weltweit zu großen Protestbewegungen (Mason 2012; Gallas u. a. 2012; Schmalz/Weinmann 2013; Candeias/Völpel 2014; Soltz 2014).

Infolgedessen brach auch die Vorstellung politischer Stabilität im neoliberalen Finanzmarktkapitalismus zusammen. Die als alternativlos deklarierten und im Namen der Wettbewerbsfähigkeit durchgeführten Deregulierungen der Arbeitsmärkte und der Umbau der keynesianischen Sozialstaaten in sanktionierende Work-

fare-Strafanstalten haben Niedriglohnsektoren ausgebaut, die soziale Sicherheit erodiert und die Angst vor Erwerbslosigkeit und sozialer Deklassierung bis weit in die gesellschaftliche Mitte getragen und Entsolidarisierung mit sich gebracht (Dörre 2008). Die Durchsetzung der unpopulären Maßnahmen hat eine Krise der Legitimität und Repräsentation zur Folge: zurückgehende Wahlbeteiligung, sinkende Zustimmungswerte für die alten Volksparteien, Aufstieg von radikal rechten Parteien, aber auch neuen Linksparteien (vgl. Solty/Gill 2013; Solty 2016b; Candeias 2018). Die Zersplitterung der Parteiensysteme erschwert aber zugleich die effiziente Bearbeitung der Krisen. Ausgerechnet in dem Moment, in dem führungsstarke Parteien vonnöten wären, um auf die Krise zu reagieren (Poulantzas 1974: 75), werden die Parteien zu selbstgenügsamen Taktiermaschinen (Solty 2019e). Die liberale Demokratie gerät in die Krise und autoritäre, charismatische Führungsfiguren kommen überall auf der Welt an die Macht: Trump in den USA, Modi in Indien, Bolsonaro in Brasilien, Duterte auf den Philippinen, Kaczynski in Polen, Orbán in Ungarn usw. (Beck/Stützle 2018; Candeias 2019). Es schlägt die Stunde der «starken Männer» (Rilling 2017). Zugleich ist auch der liberale Kapitalismus selbst immer autoritärer geworden (Deppe 2013; Bruff 2014). Der Fiskalpakt in der Europäischen Union, der die Staaten auf Sozialabbau festlegt, ist hierfür das beste Beispiel und der Umgang mit Griechenland nur die Spitze des Eisbergs (Oberndorfer 2013; Ryner 2015). Die Demokratie, die doch der Marktliberalisierung auf dem Fuße folgen sollte, befindet sich auf dem Rückzug, wie auch die Neoliberalen einräumen (Kurlantzick 2013; Przeworski 2019). Der ehemalige Berater der Dritte-Weg-Sozialdemokratie in Deutschland, Wolfgang Streeck konstatiert mittlerweile das Ende des demokratischen Kapitalismus (Streeck 2016: 73–94).

Damit aber gewinnt die Frage nach der politischen Form des Kapitalismus, die Frage, warum der gegenwärtige Krisenkapitalismus eben nicht zu mehr Demokratie geführt hat, die Frage nach den «Formen bürgerlicher Herrschaft» (Kühnl 1971) und der autoritären Staatsformen im Kapitalismus (Neumann 1986) eine neue Bedeutung (vgl. Solty 2018b).

Tatsächlich glauben die Lautsprecher der liberalen Marktdemokratien von einst ihren damaligen Überzeugungen nicht mehr. Die Vorstellung, dass der Kapitalismus oligarchisch und durch den wachsenden Einfluss von Lobbys und großem Geld plutokratisch und unregierbar geworden sei, so wie auch Einstein es wahrnahm, ist epidemisch, insbesondere in den USA (vgl. Solty 2013: 68–71). Francis Fukuyama (2011) vertritt die These, dass «die US-Demokratie China nichts mehr beizubringen hat»; Thomas L. Friedman wünschte sich in der Krise, dass die USA «für einen Tag wie China» sein könnten (Friedman 2009: 429–455), also zum Zweck der effizienten Krisenbearbeitung über die gleiche Machtfülle und die gleichen Staatsmachtressourcen verfügen würden. Fast neidisch blicken die Lautsprecher des Neoliberalismus von einst auf das chinesische Einparteiensystem, das im globalen Süden wiederum zunehmend Bewunderung oder bewundernde Angst hervorruft angesichts seiner unbestrittenen, ja unbestreitbaren Entwicklungserfolge, zu denen der Aufstieg zum Hochtechnologierivalen und die Hebung von 770 Millionen Menschen aus absoluter Armut in die Einkommensmittelklassen gehört (Ding 2019: 4).

Gerade die chinesische Innovationsfähigkeit hat nun aber auch die Vorstellung von der besonderen Innovationskraft des marktlibe-

---

**Fast neidisch blicken die Lautsprecher des Neoliberalismus von einst auf das chinesische Einparteiensystem.**



ralen Kapitalismus untergraben. Schon während der Asienkrise waren gerade die Länder am wenigsten stark betroffen, die sich am stärksten dem «Washington Consensus» der Marktöffnung und des Privat-vor-Staat widersetzt hatten. Und China hat es nicht trotz, sondern wegen seines starken Staatsinterventionismus geschafft, von der Niedriglohnwerkbank der Welt zum hochtechnologischen Rivalen der USA und des «Westens» aufzusteigen (Schmalz 2018). Dies wird vor allem im globalen Süden gesehen und anerkannt und hat zu einer Krise der neoliberalen Orthodoxie geführt, so wie sie in westlichen Economics-Fachbereichen immer noch dominiert. Aber auch im Westen selbst hat der Glaube an die Innovationskraft der kapitalistischen Märkte nachgelassen, nicht zuletzt infolge einflussreicher Publikationen wie «The Entrepreneurial State» der Ökonomin Mariana Mazzucato, die nachgewiesen hat, dass alle Innovationen des digitalen Kapitalismus letztlich auf öffentliche (Forschungs-)Investitionen zurückzuführen sind, die dann vom Silicon Valley nur noch patentiert und vom Finanzkapital ausgeschlachtet wurden (Mazzucato 2013).

Der Kapitalismus befindet sich vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen heute in einer tiefen *ideologischen* Krise. Lange Zeit schien es jedoch, dass die Unzufriedenheit mit dem Krisenkapitalismus groß sei, aber es trotzdem keine Vorstellung mehr gebe, wie es denn anders sein könnte. «Die Gesellschaften, in denen wir leben», schrieb vor ein paar Jahren Axel Honneth, sind «durch einen höchst irritierenden, schwer zu erklärenden Zwiespalt geprägt» (Honneth 2017: 15). Einerseits ist «das Unbehagen über den sozioökonomischen Zustand, über die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Arbeitsbedingungen in den letzten Jahrzehnten enorm angewachsen». Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben sich wahrscheinlich «niemals so viele Menschen gleichzeitig über die sozialen und poli-

tischen Folgen empört, die mit der global entfesselten Marktökonomie des Kapitalismus einhergehen». Andererseits aber scheint «dieser massenhaften Empörung jeder normative Richtungssinn, jedes geschichtliche Gespür für ein Ziel der vorgebrachten Kritik zu fehlen, sodass sie eigentümlich stumm und nach innen gekehrt bleibt; es ist, als mangle es dem grassierenden Unbehagen an dem Vermögen, über das Bestehende hinauszudenken und einen gesellschaftlichen Zustand jenseits des Kapitalismus zu imaginieren» (ebd.).

Die globale Finanzkrise hat jedoch die Frage grundlegender Alternativen zum bestehenden neoliberalen Finanzmarktkapitalismus wieder auf die Tagesordnung gebracht. Überall im Westen spaltet sich nun die politische Landschaft entlang zugespitzter ideologischer Weltanschauungen: Der erodierende (Neo-) Liberalismus der Mitte wird von rechts durch autoritär-nationalistische, profofaschistische und realfaschistische Kräfte herausgefordert und von links von neosozialistischen und anarchistischen. In den USA etwa wird diese Polarisierung verkörpert durch den parteiübergreifenden (Neo-) Liberalismus von Hillary Clinton, Jeb Bush oder Joe Biden, der von Trump (autoritärer Konservatismus) und Sanders (Neosozialismus) herausgefordert wird. Es ist im Grunde genommen jene Repolarisierung des Politischen, die Chantal Mouffe in den letzten Jahrzehnten forderte, gleichwohl sie sich diese als ein notwendiges Antidot gegen den rechten Populismus vorstellte (Mouffe 2005: 69–76) und nach seinem Siegeszug auf einen linkspopulistischen Gegenentwurf setzt (Mouffe 2018).

Dabei artikuliert sich die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden auf der Linken zunehmend in der Sprache des «Sozialismus», die mittlerweile sogar im «Westen» wieder Konjunktur hat, insbesondere in den jungen Generationen der Krisenländer. So stimmten im Dezember 2019 bei den Parlamentswahlen in Großbritannien die 18- bis 24-Jährigen in einer solch

überwältigenden Mehrheit für das (Re-)Sozialisierungsprogramm der Labour-Partei, dass die insgesamt siegreichen Konservativen keinen einzigen Abgeordnetensitz erhalten hätten, wenn nur diese Alterskohorte hätte wählen dürfen; und währenddessen wird der «demokratisch-sozialistische» Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders (vgl. seinen Beitrag in dieser Broschüre) in den USA von einer breiten, vor allem jugendlichen Massenbewegung getragen, die als Alterskohorte schon seit Jahren gemäß Umfragen den «Sozialismus» dem «Kapitalismus» vorzieht (Solty 2019c). Aber nicht nur im Ausland, sondern auch in Deutschland erlebt der «Sozialismus» eine ganz konkrete ideologische Renaissance in Gestalt der neuen Eigentumsdebatten: Im Sommer 2019 führten die Kampagne «Deutsche Wohnen und Co. enteignen», die in der Hauptstadt Berlin das Ziel der (Re-)Sozialisierung der großen profitorientierten Immobilienkonzerne verfolgt, sowie die Kevin-Kühnert-Debatte zur Frage der Sozialisierung der großen Konzerne wie BMW zu einer massiven Verschiebung der Grenzen des Sagbaren und offenbarten die grundsätzliche Popularität solcher sozialistischer Maßnahmen (Nuss 2019: 9–17). Mit dem US-Dramatiker Tony Kushner gesprochen: «History [...] crack[ed] wide open» (Kushner 1993: 112).

Und vor dem Hintergrund der tiefen Krisentendenzen im Kapitalismus erwarten sogar Francis Fukuyama und Jeffrey Sachs, also jener Ökonom, der die Schockprivatisierungen in der ehemaligen Sowjetunion orchestrierte und der damit unter anderem für die «russische Sterblichkeitskrise» (1992–1994) mit insgesamt sieben Millionen *premature deaths* mitverantwortlich ist (vgl. Azarova u. a. 2017), für die Zukunft eine Rückkehr des «Sozialismus»; ja, sie erwarten sie nicht nur, sondern begrüßen sie auch mehr oder weniger explizit, wenigstens im Sinne eines starken sozialdemokratischen Umverteilungsstaats (Sachs 2012; Fukuyama 2018).

Kurzum, wir werden heute Zeug\*innen des Endes vom «Ende der Geschichte» und wir erleben das Ende vom «Ende der Großen Erzählungen». Der Liberalismus in der Krise hat seine Antipoden zurückgebracht: den Nationalismus und Faschismus, aber eben auch den Sozialismus als eine Perspektive der Hoffnung.

## 2 Darum Sozialismus!

Die Rückkehr des Sozialismus ist jedoch nicht überraschend. Der Kapitalismus befindet sich heute nicht nur in der tiefsten Krise seit den 1930er Jahren. Mehr noch: Der Kapitalismus hat in seiner kurzen 250-jährigen Industrialisierungsgeschichte die Menschheit an den Rand einer Zivilisationskrise gebracht, die das Ende der Menschheit bedeuten kann. Und genau das hatte auch Perry Anderson antizipiert, als er 1993 schrieb: «Sollte das liberale Paradigma [...] greifen, lässt sich eine zukünftige Rehabilitierung des Sozialismus nicht ausschließen» (Anderson 1993: 169). Die Exzesse des Liberalismus bringen zwar nicht zwangsläufig die Totengräber des Kapitalismus hervor, zwingen aber die Gesellschaft sich gegen ihre Zerstörung durch den Liberalismus und seine entfesselten Marktkräfte zu wehren (Polanyi 2001).

Der Liberalismus hat auf die große Kapitalismuskrisis und ihre sechs Dimensionen – die Krise der Ökonomie, des sozialen Zusammenhalts, der sozialen Reproduktion, der Demokratie, der Weltordnung und der Ökologie/des Klimas (vgl. hierzu ausführlich Solty 2019a) keine Antworten. Im Gegenteil, je größer diese Systemkrise sich auftürmt, umso kleinteiliger und visionsloser werden die Antworten. «In einer gesellschaftlichen Transformationsperiode genügt es jedoch nicht», wie Klaus Dörre (2019: 24) richtig bemerkt, «nur an den Symptomen herumzudoktern. Vielmehr gilt es, eine Krankheit zu besiegen und Systemfehler zu korrigieren.» Die «Alternative zu einer veränderten Gesellschaft», warnte uns schon

1994 der britische Historiker Eric Hobsbawm, «ist Finsternis» (1996: 585).

### **Die Visionslosigkeit des Liberalismus angesichts der Krise**

Die herrschenden Liberalen reagieren indes auf die ökonomische Krise mit einem Aufschub in die Zukunft: Der Kauf von Autos wird durch Abwrackprämien oder E-Auto-Prämien angekurbelt und man zielt darauf ab, sich durch Wettbewerbsfähigkeit auf dem Rücken der Beschäftigten Vorteile gegenüber der Konkurrenz zu verschaffen (vgl. ausführlich am Beispiel der USA Solty 2013: 15–71). Das explizite Ziel ist die Expansion, beispielsweise durch die Steigerung des Exports für Automobile in die Schwellenländer und namentlich nach China, wo vor dem Hintergrund der chinesischen Erfolgsgeschichte heute die größte Mittelklasse der Welt existiert. Die ökonomische Krise soll also durch eine ökologische Klimakatastrophe bearbeitet werden (Solty 2018a).

Auf die Krise des sozialen Zusammenhalts reagiert der herrschende Liberalismus wiederum mit Tech-Optimismus oder gar nicht. Die technologischen Umwälzungen, die – wären sie demokratisch gelenkt und nicht von kapitalistischen Rationalisierungsinteressen getrieben – Befreiungspotenziale bergen könnten, weil sie die Menschheit von körperlich verschleißender oder entfremdender Arbeit befreien könnten, ereilen die Menschen im Kapitalismus als Quasi-Naturkatastrophen mit beängstigenden Potenzialen (Dyer-Witheyford/Kjosen/Steinhoff 2019; Solty 2019a). Die Prekarisierungen wiederum, die aus dem Arbeitsplatzverlust die panische Angst vor gesellschaftlichem Ausschluss machen und die Grundlage für den Aufstieg des Rechtspopulismus gewesen sind (Butterwegge/Hentges 2008; Lühr 2010), gelten weiterhin als alternativlos. Damit aber sind die gesellschaftlichen Ursachen des (Prä-)Faschismus weiter virulent und entfalten ihre zerstörerische Wir-

kung. Der Antifaschismus der (links-)liberalen Eliten bleibt ohnmächtig, solange er die sozialen Wurzeln des (Neo-)Faschismus nicht bekämpft (Solty 2015).

Auf die Krise der sozialen Reproduktion wiederum reagiert der herrschende Liberalismus mit Eigenverantwortung: Die Erziehung und Pflege der noch nicht oder nicht mehr erwerbsfähigen Arbeitskräfte, ohne die Kapital nicht akkumulieren kann, wird an fast allen Orten der Welt zunehmend den Familien, das heißt unter Patriarchatsbedingungen vor allem Frauen, aufgebürdet; und an die Stelle gesetzlicher Rentenansprüche tritt die (Pflicht zur) private(n) Vorsorge, selbst wenn die Löhne und Gehälter das nicht hergeben, weil am Ende des Monats längst nichts mehr übrig bleibt, oder es findet die Auslagerung der Care-Krise auf billigere Pflegekräfte aus anderen Ländern statt.

Auf die Krise der Repräsentation und der Demokratie reagiert der herrschende Liberalismus selbst mit mehr Autoritarismus: mehr Überwachung, mehr Sicherheits- und Ausnahmezustandsgesetze, mehr Delegation von Souveränitätsrechten der Bevölkerung an demokratisch nicht rechenschaftspflichtige, transnationale Formen von Staatlichkeit (wie etwa die Europäische Union, der «Fiskalpakt», Handels- und Investitionsschutzverträge wie TTIP, TPP, CETA usw. usf.).

Auf die Krise der Weltordnung und den Aufstieg Chinas reagiert der herrschende Liberalismus mit einem Wirtschaftskrieg, der militärisch flankiert wird und die Welt in einen globalen Rüstungswettlauf geführt hat. Wichtige Ressourcen zur Bekämpfung von ökonomischer, sozialer, Demokratie- und Klimakrise werden also durch Rüstung gebunden und destabilisieren als Exporte die Welt, zwingen Menschen zur Flucht vor Krieg und Gewalt, was wiederum der extremen Rechten Auftrieb verleiht (vgl. Solty 2016a: 44–54).

Schließlich reagiert der herrschende Liberalismus auf die Krise der Ökologie und des

Klimas mit «Greenwashing»-Scheinalternativen wie der individuellen E-Mobilität sowie der Schimäre eines «grünen Wachstums», obwohl die bisherigen Erfahrungen belegen, dass jede Emissionsreduktion auf dem Wege von technischen Neuerungen durch die schiere Expansionsnotwendigkeit des kapitalistischen Systems nicht nur neutralisiert worden ist, sondern das endlose Wachstum als eine *conditio sine qua non* die Senkenbelastung und den Klimawandel auf einem endlichen Planeten massiv beschleunigt hat. Denn das Problem im Kapitalismus ist nicht nur die

Albert Einstein schrieb seinen Text *nach* einer der schlimmsten Katastrophen, so wie die sozialistischen Aspirationen in Europa nach dem Ersten Weltkrieg – einschließlich der Oktoberrevolution von 1917 – *auch* das Ergebnis der «Urkatastrophe» des 20. Jahrhunderts waren. Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Muss es erst zu solchen fürchterlichen Katastrophen mit Weltkriegen und Schlimmerem kommen, bevor die Menschheit zur Einsicht kommt, dass es grundlegende Alternativen zum Bestehenden braucht? Können wir die Diskussionen um soziale, demokratische und

---

**[...] die Einsicht, dass es keine kleinteiligen Antworten auf die multiple Krise des Kapitalismus gibt. Wir sind gezwungen, so radikal zu sein wie die Wirklichkeit.**

Wachstumsrate, sondern – wie David Harvey (2017: 172–210) im Anschluss an den dritten Band des Kapitals von Karl Marx argumentiert – «die Masse des Wachstums», die sich in etwa alle Vierteljahrhundert verdoppelt.

Der realexistierende Liberalismus und der Kapitalismus, dessen weltanschauliche Verbrämung er ist, führen die Welt also an den Rand einer Katastrophe und womöglich darüber hinaus. So plakativ die Aussage des Schweizer Sozialwissenschaftlers Jean Ziegler auch sein mag, er hat Recht: «Entweder wir zerstören den Kapitalismus jetzt oder er zerstört uns» (Ziegler 2019). Sie entspringt der Einsicht, dass es keine kleinteiligen Antworten auf die multiple Krise des Kapitalismus gibt. Wir sind gezwungen, so radikal zu sein wie die Wirklichkeit. Denn, mit Erich Fried gesprochen: «Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt» (Fried 1995: 87). Die Ordnung, die Friedrich Merz im Interesse seines Arbeitgebers BlackRock, dem größten Kapitalvermögensverwalter weltweit, in seinem Angriff auf Greta Thunberg und Fridays For Future verteidigt, ist keine Ordnung, sie ist das Chaos (Soltz 2019d).

ökologische Alternativen zum Bestehenden nicht zur Abwechslung einmal führen, bevor die Widersprüche des Kapitalismus uns in den Abgrund gestürzt haben?

Das Ziel der folgenden Ausführungen versteht sich als ein Plädoyer für eine offene Debatte über grundlegend andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Ihr Sinn und Zweck soll sein, die drohende Katastrophe abzuwenden. Es geht darum, über Alternativen zum Bestehenden nachzudenken, bevor die Tendenzen der Entdemokratisierung, Barbarisierung und Faschisierung in reale Barbarei und realen Faschismus umschlagen, bevor die Vorbereitungen auf neue Weltkriege im Rahmen des globalen Rüstungswettlaufs in reale Weltkriege umschlagen und bevor die längst begonnene Klimakrise in eine wahre Klimaapokalypse mündet.

Die andere Ordnung lässt sich hierbei auch heute nicht anders bezeichnen denn als Sozialismus. Aber nach den historischen Erfahrungen des Sozialismus und im Rahmen der gewaltigen Veränderungen im und mit dem globalen Kapitalismus muss «Sozialismus» mit neuem Inhalt und neuem Leben gefüllt

werden. Er muss aus den historischen Fehlern seiner Geschichte lernen. Er wird auch nicht aufhören dürfen, die Verbrechen zu benennen, die in seinem Namen begangen wurden, so wie auch Liberalismus und Konservatismus sich mit ihrer eigenen Geschichte auseinandersetzen haben (vgl. Losurdo 2011). Der Sozialismus von morgen wird darüber hinaus auf der Höhe der Zeit gedacht werden müssen. Und er muss von den Menschen gemeinsam erdacht, aufgebaut, entwickelt und ständig verbessert werden, denn er wird demokratisch oder gar nicht sein.

### 3 Wie rum Sozialismus?

Der Sozialismus wird gelegentlich unterschiedlich verstanden: Handelt es sich beim Sozialismus um eine scharf umrissene wirtschaftliche und gesellschaftliche (Neu-)Ordnung? Oder bezeichnet der Sozialismus die Bewegung, die eine alternative Gesellschaft jenseits des Kapitalismus anstrebt? Beide Vorstellungen existieren (Fülberth 2010).

Klar ist, dass der Sozialismus nicht am Reißbrett entworfen werden kann. In der Geschichte des politischen Denkens haben immer wieder Intellektuelle den «idealen Staat» entworfen: Thomas Morus sein «Utopia» (1516), Tommaso Campanella den «Sonnenstaat» (1602), Francis Bacon «Neu-Atlantis» (1627). Im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert kamen die alternativen Gesellschaftsentwürfe der Frühsozialisten von Gracchus Babeuf, Charles Fourier, Henri de Saint-Simon, Pierre-Joseph Proudhon, Robert Owen und anderen dazu. Sie krankten jedoch zumeist an dem Gegensatz zwischen Sollen und Sein, wie er die idealistische Denktradition historisch kennzeichnet.

Das revolutionäre an den Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels war, dass sie mit der dialektisch-materialistischen Methode die geschichtlichen Bewegungsgesetze und ihre entgegengesetzten Ursachen zu identifizieren suchten und den Sozialismus (und Kom-

munismus) aus der realen Geschichte selbst entwickelten. Darin unterscheidet sich, so Friedrich Engels, ihr wissenschaftlicher Sozialismus vom utopischen ihrer Vorgänger (MEW 19). Und dies macht auch das spezifisch Demokratische am Sozialismus im Gegensatz zu seiner utopischen Variante aus (vgl. Sunkara 2019: 46f.).

Der Kapitalismus schaffe, so Marx und Engels, mit seinen Tendenzgesetzen wie dem allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Konkurrenz und der Akkumulation die Bedingungen für eine sozialistische Gesellschaft, weil er in der Tendenz Kapital zunehmend in den Händen immer weniger Personen (und später Aktiengesellschaften) konzentrierte und zentralisierte. Diese Monopolisierungstendenz, die Schaffung immer größerer Einheiten von Kapital, lege aber die Grundlage für die Vergesellschaftung, die Überführung dieser Großkonzerne in Gemeinschaftseigentum. Der Sozialismus sei nicht die Enteignung der selbständigen Produzent\*innen; die größte Enteignungsmaschine sei der Kapitalismus selbst. Dabei sei es die historische Mission des Kapitalismus, die Reichtümer zu schaffen, die als Grundlage für die Entfaltung der Freiheitspotenziale in der Gesellschaft dienen: radikale Arbeitszeitverkürzungen, ein Reich der Freiheit mit mehr Zeit für das, was uns erst zu Menschen macht, mehr Zeit, um Freund\*innen zu treffen, ein Instrument oder noch eine Fremdsprache zu erlernen, mehr Zeit für aktive Kulturproduktion, mehr Zeit für gesellschaftliches Leben usw. (vgl. hierzu ausführlich Solty 2020; Dath 2008: 81–94; Ringger 2011: 119–133; Haug 2011). Der Sozialismus stehe dabei auf der Tagesordnung, wenn in den großen Kapitalismuskrisen paradoxerweise gerade die Reichtümer, das anlagensuchende Überschusskapital usw. drohen, den Kapitalismus in die Barbarei zu stürzen. Die kapitalistischen Bewegungsgesetze schufen dabei allerdings nur die objektiven Bedingungen für eine sozialistische Umgestaltung; der Umschlag der

kapitalistischen Produktions- in Destruktionskräfte müsse durch konkretes antikapitalistisches Handeln bewerkstelligt werden. Der Kapitalismus breche in seinen Krisen nicht von alleine zusammen, sondern er müsse durch eine Bewegung der lohnabhängigen Arbeiterklasse überwunden werden (vgl. Harvey 2010: 260). Denn denkbar sei auch der «gemeinsame Untergang der kämpfenden Klassen», wie es im «Manifest der Kommunistischen Partei» heißt (MEW 4: 462; Sweezy 2000).

Lange gingen Marx und Engels davon aus, dass der Sozialismus dort verwirklicht werden würde, wo die kapitalistische Entwicklung am weitesten fortgeschritten ist, also in England, den USA oder Deutschland. Erst gegen Ende ihres Lebens erkannten Marx und Engels, dass der Sozialismus manchmal dort siegt, wo in der Peripherie des internationalisierten Kapitalismus Gesellschaften in Abhängigkeit von den reichen Zentren existieren und die Verteilungsspielräume zur Befriedigung der Bevölkerung geringer sind. Historisch gelangen die sozialistischen Revolutionen in solchen abhängigen, unterentwickelten und mehrheitlich noch bäuerlich-agrarisch geprägten Ländern: in Russland 1917, in China 1949, in Kuba 1959 usw., also eigentlich dort, wo die Bedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus eher denkbar schlecht waren (Kossok 2016), insofern diese Länder die Industrialisierung – als Voraussetzung ihrer Befreiung von der imperialistischen Ausbeutung durch die kapitalistischen Zentren – unter schwierigsten Bedingungen und mit viel gesellschaftlichem Leid noch nachzuholen hatten. Lenin (1916: 268) argumentierte darum, dass sozialistisch-revolutionäre Situationen eben dort entstünden, wo die imperialistische «Kette» der Abhängigkeit ihr schwächstes Glied habe. Die Tatsache, dass während der Eurokrise ausgerechnet in Griechenland die sozialistische Linke im Januar 2015 an die Macht kam, unterstreicht das (vgl. Sablowski 2015); und trotzdem sollte daraus kein allgemeines Welt-

gesetz gemacht werden, denn auch in den kapitalistischen Zentren wie in den USA und Großbritannien waren in den letzten Jahren die Perspektiven einer Regierungsübernahme von Kräften mit durchaus radikalen und teilweise sozialistischen Forderungen denkbar, die wiederum die Spielräume andernorts massiv erweitern würden (Panitch/Gindin 2018: 55f.).

Entscheidend ist die Erkenntnis, dass vor diesem Hintergrund der Realgeschichte im ständigen Fluss sich Sozialismus nicht am Reißbrett entwerfen lässt. Es war diese Erkenntnis, die Marx und Engels dazu brachte, jedem Versuch, die sozialistische Gesellschaft im Detail auszumalen, Skepsis entgegenzubringen. Auch heute können sich diejenigen, die den Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus anstreben, die Bedingungen nicht aussuchen, unter denen eine solche Transformation vonstattengehen wird.

In der sozialistischen Arbeiterbewegung, die sich auf die Ideen von Marx und Engels stützte, waren fertige Sozialismusvorstellungen aus den genannten Gründen daher selten. Die konkrete Ausgestaltung des Sozialismus wird vom Stand der Entwicklung, den inneren und den äußeren Kräfteverhältnissen abhängen. Ein «Sozialismus in einem Land», so wie ihn Stalin nach dem Scheitern der sozialistischen Revolutionen im Westen um 1923 und nach dem Tod Lenins 1924 erklärte, könne es letztlich nicht geben. Die kapitalistischen Staaten würden alle ihnen zur Verfügung stehenden Machtressourcen einsetzen, um den Sozialismus zu Fall zu bringen, so wie sich die herrschenden Klassen Frankreichs und Deutschlands etwa 1871 verbündeten, um die «Pariser Kommune» militärisch niederzuschlagen, so wie kapitalistische Staaten nach 1917 und dann 1941 die Sowjetunion in einem «Kreuzzug» überfielen (vgl. Mayer 1989), so wie die USA und der kapitalistische Westen weltweit Militärputsche und Massenmorde gegen demokratisch-gewählte sozialistische Regierun-

gen und kommunistische Bewegungen unterstützten, vom Iran 1953 über Indonesien 1965/66 bis Chile 1973, oder die Führer sozialistischer Revolutionen zu ermorden suchten, wie Fidel Castro in Kuba nach 1959 oder Thomas Sankara 1987 in Burkina Faso. Die Wahrheit ist also immer konkret. Die sozialistische Bewegung handelt im konkreten historischen Kontext und unter Bedingungen, die sie sich nicht selbst ausgesucht hat.

### Die Ordnung

Nichtsdestotrotz bezeichnet der Sozialismus auch eine klar umrissene Ordnung und Vorstellung von einer Neueinrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft. Unter Sozialismus begreift man gemeinhin eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln überwindet und diese Produktionsmittel vergesellschaftet, das heißt in Gemein- und Volkseigentum überführt.

In Deutschland war der Sozialisierungsgedanke, wie eingangs geschildert, nach den Katastrophen des Kapitalismus immer wieder beliebt und massenwirksam. Das Volkseigentum in der DDR wurde bekanntermaßen nach 1990 durch die Treuhand privatisiert und Ostdeutschland bekam mit dem Beitritt zur BRD deren Eigentumsordnung übergestülpt (vgl. Köhler 2011; Dahn 2019: 35–44). Eine Wiedervereinigung auf der Grundlage einer neuen Verfassung fand 1990 nicht statt. Darum gilt für beide früheren deutschen Staaten weiterhin das Grundgesetz, das eigentlich nur bis zu einer etwaigen «Wiedervereinigung» Geltung hätte haben sollen. Für dieses Grundgesetz hat der Marburger Verfassungsrechtler und Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth in seiner Debatte mit Ernst Forsthoff, einem Ex-Nazi, die These des verfassungsgemäßen Weges zum Sozialismus untermauert. Das Grundgesetz, insbesondere Artikel 14 und 15, erlauben den Übergang zu einer alternativen Gemeinwirtschaftsordnung (vgl. Abendroth

1954; Forsthoff 1968), weshalb die FDP im Zuge der Enteignungsdiskussion in Deutschland auch den Testballon ihrer Abschaffung steigen ließ, vergeblich. Aber nur weil es legal wäre, beantwortet dies die Frage nicht, wie ein solcher Übergang aussehen könnte.

Die Frage ist natürlich, was bei der heutigen Renaissance des Sozialismus darunter verstanden wird? Die Sozialismusvorstellungen teilen die Kritik am Kapitalismus, variieren aber häufig stark. Manchmal heißt es, dass viele US-Amerikaner\*innen unter Sozialismus nur ein skandinavisches Wohlfahrtsstaatsmodell verstehen, also ein System mit starker Umverteilung, hohem öffentlichen Investitionsanteil, hoher Gewerkschaftsdichte, kostenloser Bildung und Krankenversicherung und einem starken sozialen Netz mit Versicherungssystemen für Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit und Alter (Soltz 2016c). In China wiederum wird unter dem «Sozialismus chinesischer Prägung» eine Mischwirtschaft verstanden, bei der der Staat die Kontrolle über das Geld/die Währung und die Zinssätze innehat, das Staatseigentum an Grund und Boden sowie an einem großen Teil der Unternehmen vorherrscht, aber ansonsten zugleich marktwirtschaftliche Prinzipien beibehalten werden. Kritiker\*innen erkennen hierbei die fraglos offensichtlichen Errungenschaften in Entwicklung und Armutsbekämpfung an, werfen aber die Frage auf, wie einmal entfesselte Marktkräfte und soziale Vermögensungleichheit wieder eingefangen werden sollen (Cohen 2010: 65).

Die Vielfalt der zeitgenössischen Sozialismusvorstellungen ist heute jedoch nicht unbedingt ein Nachteil. Wir befinden uns heute erst am Anfang einer Wiedergeburt des Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus und am Anfang einer entsprechenden Debatte und Wiederaneignung sozialistischer Theorie(n) und Konzeption(en). Hierzu gehört auch die Frage, wer eigentlich Eigentümer im Sozialismus ist oder sein soll (Brie 1990): Welche Eigentums-

formen auf welcher Stufe der gesellschaftlichen Entwicklungen sind sinnvoll? Wie soll das Verhältnis von Staatseigentum, Betrieben in Arbeiterselbstverwaltung (Genossenschaften) und privatem Eigentum gedacht werden? Braucht es Formen des Marktes innerhalb einer sozialistischen Gemeinwirtschaft? Oder erlauben der technologische Fortschritt, erlauben die Computerisierung und Big Data heute eine zentrale Planung der Gesamtwirtschaft in einer Weise, die für die staatssozialistischen Länder des 20. Jahrhunderts noch undenkbar war? Haben wir heute also die technischen Voraussetzungen, das sozialistische Kalkulationsproblem zu lösen, das Ludwig von Mises, der neolibérale Ökonom der Österreichischen Schule, in den 1920er Jahren gegen die sowjetische Wirtschaft vorbrachte? Besteht die Option auf eine kybernetische Planung jenseits des Marktes? Die Antworten dürften von Nation zu Nation, Region zu Region vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Entwicklungsstände und historisch gewachsenen Kulturen durchaus verschieden sein. Zweifellos werden unterschiedliche Modelle entstehen, die miteinander kooperieren. Die entscheidende Frage heute ist, ob man hierfür das herstellen kann, was Michael Brie – im Hinblick auf China – als einen gemeinsamen Diskussionsraum für die dringlichen Zukunftsfragen nennt, der von der grundsätzlichen Anerkennung der Tatsache ausgeht, dass es grundsätzlich unterschiedliche Wege zum Ziel geben kann.

### **Die Produktion im Sozialismus**

Wer über Sozialismus diskutieren will, der muss zunächst einmal die Frage nach der Neuorganisation der Produktion klären. Hier gibt es ein breites Spektrum von Sozialismuskonzeptionen, die zu reevaluierten wären. Dies beginnt mit klassisch-sozialdemokratischen Vorstellungen von Sozialismus, die im Zentrum auf «Wirtschaftsdemokratie» hinauslaufen. Bernie Sanders' Konzeptionen (vgl. den Beitrag in dieser Broschüre) ent-

---

**Wer über Sozialismus diskutieren will, der muss zunächst die Frage nach der Neuorganisation der Produktion klären. Hier gibt es ein breites Spektrum von Sozialismuskonzeptionen.**

sprechen letztlich diesem Modell. Es beruht auf der Kombination von einer Wiederauflage der Arbeitnehmerfonds des schwedischen Gewerkschaftsökonomen Rudolf Meidner und gewerkschaftlicher Mitbestimmungsmodelle, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland eingeführt wurden. Die neuen Meidnerfonds sind dabei das radikale Moment, das bei Sanders über den Kapitalismus hinausweist. Die Idee Meidners war es, dass die Lohnabhängigen in den kapitalistischen Privatbetrieben als wesentliche Teile ihres Lohns Aktienanteile der Unternehmen erhalten, in denen sie arbeiten. Die Grundvorstellung ist, dass die Beschäftigten damit über kurz oder lang Eigentümer\*innen der Unternehmen werden, in denen sie arbeiten. Die Rentenfonds würden dabei von den Gewerkschaften kontrolliert. Die kapitalistischen Eigentümer würden so über kurz oder lang überflüssig. Die ehemaligen kapitalistischen Privatbetriebe gehen so in Arbeiterselbstverwaltung über. Zugleich aber – und das ist die Frage, ob das wünschenswert ist – würde der Markt erhalten bleiben, denn die Genossenschaftsbetriebe würden so weiterhin auf dem Weltmarkt konkurrieren und der Weltmarktkonkurrenz unterworfen sein, solange diese besteht.

Weitreichender und potenziell komplementär zu Sanders' Ansatz sind jene Ansätze, die die Hilferding'schen Sozialismuskonzeptionen auf die Gegenwart übertragen. Rudolf Hilferding war ein sozialdemokratischer Politiker und Theoretiker und entwarf im Auftrag der Arbeiter- und Soldatenräte auf dem



Reichsrätekongress 1918 das Konzept einer Demokratisierung der Gesellschaft durch eine «gemischte Wirtschaft». Hilferdings Vorstellung war, dass die Gesellschaft die Kontrolle über die Investitionen erlangen müsse. Dazu müsse man die «reifen Industrien» identifizieren, also diejenigen Wirtschaftsbereiche, deren Verbleib in privater Hand besonderen gesellschaftlichen Schaden anrichte. Seinerzeit dachte Hilferding, dass die Gesellschaft die Kontrolle über die Investitionen dadurch erziele, indem sie die Montanindustrien (Kohle und Stahl) verstaatliche. Durch die gezielte Vergabe von Kohle und Stahl an die (weiterverarbeitenden) Industriebetriebe zu nicht marktvermittelten Preisen könne die Gesellschaft steuern, was gesellschaftlich nützliche Investitionen seien und was nicht. Letztlich lenke die Gesellschaft damit über den Staat ihre weitere Entwicklung (Hilferding 2018).

Hilferdings Konzept wäre heute auf die Bedingungen des transnationalisierten Finanzmarktkapitalismus zu übertragen und neu zu durchdenken. Diskutiert werden müsste, wie es einer demokratischen Gesellschaft gelingt, die gesellschaftlich notwendigen Investitionen zur Bearbeitung der Klimakrise in die Wege zu leiten. Was wären heute eigentlich die reifen Industrien? Es scheint so, dass die Montanindustrie von damals die heutige Finanzindustrie ist. Die Krise von 2007 ff., als die Großbanken mit Steuergeldern gerettet wurden, um eine finanzielle Kernschmelze zu verhindern, war faktisch eine verpasste Chance. Der Staat hätte diese Banken – als reife Industrien – in öffentliche Dienstleistungsunternehmen verwandeln müssen, um die Kontrolle über die Autoindustrie zu erlangen. So könnte etwa der Produktion von (profitträchtigeren) Geländefahrzeugen (SUVs) und überhaupt der Produktion für einen nicht nachhaltigen Individualverkehr entgegengewirkt werden und die Konversion der Autoindustrie in Richtung umweltverträglicher Mobilitätskonzepte vorangetrieben werden (vgl.

Albo/Gindin/Panitch 2010: 109–114; Wright 2019: 77 f.).

Die Sozialismuskonzeptionen der «Wirtschaftsdemokratie» und der «Hilferding 2.0»-Ansatz gehören zum klassischen ideologischen Unterbau sozialdemokratischer Parteien vor ihrer neoliberalen Wende. Darüber hinaus gehen wiederum Sozialismuskonzeptionen, die auf demokratische Planung oder kybernetischen Sozialismus abheben.

Der kybernetische Sozialismus geht von der Annahme aus, dass die Kritik von Ludwig von Mises an dem sowjetischen Wirtschaftsmodell durchaus plausibel war. Mises hatte 1920 in seinem Aufsatz «Economic Calculation in the Socialist Commonwealth» kritisiert, dass sozialistische Wirtschaft nicht effizient sein könne, weil eine effiziente Produktionsweise auf sehr verschiedenen Zusammensetzungen der Produktionsfaktoren Arbeitskraft, Technologieinsatz etc. beruhe. Sie könne darum mit der kapitalistischen Marktwirtschaft und seiner mutmaßlichen effizienten Allokation von Produktionsfaktoren nicht konkurrieren (Mises 1981: 110–123). Nun funktioniert die reale Welt nicht, wie sich dies die mathematisierten, enthistorisierten Rechenmodelle der neoklassischen Orthodoxie vorstellen. Der konkrete Mensch verhält sich nicht wie ein atomisierter Produktionsfaktor und zieht beispielsweise nicht jedem Job hinterher usw., und die Umwelt und auch das Geld sind ebenfalls keine, beziehungsweise fiktive Waren (vgl. Polanyi 2001: 75–80). Die Menschen leben in einer konkreten Gesellschaft von Institutionen und einem empfindlichen Ökosystem. Auch deshalb tendiert der kapitalistische Markt nicht zum Gleichgewicht und zu einer «spontanen Ordnung» (Hayek 1991: 83–85), sondern zum genauen Gegenteil: Ungleichgewicht und marktanarchischem Chaos.

Trotzdem konzedieren Vertreter\*innen des Rechnersozialismus, dass das sozialistische Kalkulationsproblem real war. Heute hingegen ermöglichen es Computer, die effiziente

Produktion derjenigen Gebrauchsgüter, die die Gesellschaft auf demokratischem Weg als für sich notwendig entschieden hat, zu bewerkstelligen. Heutige Rechnersysteme seien in der Lage, weit über 100 Millionen Bedarfsgüter effizient zu planen. Die technischen Voraussetzungen für die demokratisch abgestimmte Planung der Produktion gesellschaftlich sinnvoller und nachhaltiger Güter seien gegeben (Cockshott/Cottrell 1993).

In diesem Spektrum zwischen Sanders'scher Wirtschaftsdemokratie, sozialistischer Marktwirtschaft, gemischter Wirtschaft, demokratischer Planung und Rechnersozialismus dürfte sich die heutige Sozialismuskussion zukünftig bewegen. Zu bedenken sind dabei allerdings wichtige Grenzen beziehungsweise Problemstellungen sozialistischer Politik, solange das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln nicht angetastet wird. Jede neue Sozialismuskussion muss sich mit diesen Herausforderungen auseinandersetzen.

### **Die fünf Problemstellungen der Sozialismuskussion heute**

*Die erste Grenze und Problemstellung* ist jene von Redistribution und Regulation, die vor allem Konzeptionen betrifft, die unter «Sozialismus» eher die skandinavischen Sozialstaatsmodelle meinen, also eher linkssozialdemokratische Modelle. Unter den Bedingungen des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln wird nicht nur nach den Bedingungen der «Anarchie des Marktes» produziert, sondern es bestehen auch Grenzen, inwieweit das «Recht auf den vollen Arbeitsertrag» (Menger 1891) organisiert werden kann. Denn solange das Privateigentum nicht angetastet wird, bleibt die private Aneignung eines Teils der von den Lohnabhängigen geschaffenen Wertes (der Mehrwert) erhalten. Zugleich stoßen diese Modelle an die Grenzen der privaten Ver-

fügung über das Kapital, das sich der gesellschaftlichen Kontrolle (nicht zuletzt durch eine gewisse Flexibilität bei der Kapitalverlagerung) entziehen kann. «Sozialismus»-Konzeptionen, die – wie die von Bernie Sanders – also sehr stark auf Umverteilungskonzepte wie Abschöpfung von Großvermögen durch Vermögenssteuern, nationale Jobgarantien, öffentliche Investitionen etc. und auf Regulierungskonzepte, wie Kündigungsschutzmaßnahmen am Arbeitsplatz etc. setzen, müssen sich also irgendwann auch der Frage stellen, wie diese strukturelle Macht des Kapitals gebrochen werden kann (vgl. Soltz 2019a u. 2019f).

*Die zweite Problemstellung* ist die Grenze des kapitalistischen Wachstums auf einem endlichen Planeten. So radikal wie etwa Bernie Sanders' Meidnerfonds-Sozialismus klingt, stößt er doch irgendwann auf die Frage, wie Postwachstum organisiert werden kann. Auch Großunternehmen in Arbeiterselbstverwaltung unterliegen der kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz. Es gibt zwar keinen Mehrwert, der von privaten Kapitaleigentümer\*innen als Profit angeeignet wird. Aber um den Beschäftigten der «Genossenschaft» einen guten Lebensstandard zu gewährleisten, müssen auch diese Betriebe auf dem (Welt-)Markt konkurrieren und wachsen.

Dabei muss sich diese Sozialismuskussion auch mit der *dritten Grenze und Problemstellung* auseinandersetzen. Diese dritte Grenze ist, dass die Genossenschaften, anders als von John Holloway (2002) und anderen gedacht, kein Weg zum Sozialismus sind und sich auch nicht als Strategie eignen, den Kapitalismus langsam zu überwinden, weil der Kapitalismus historisch stets mit diesen nicht kapitalistischen (und weiterhin Weltmarktzwängen ausgesetzten) Eigentumsstrukturen parallel existierte und diese historisch immer wieder landgenommen hat, das heißt in das kapitalistische System reintegrierte (Röttger 2010; No-vaes/Dagnino 2011).

*Die vierte Grenze und Problemstellung* ist schließlich die Frage der Transnationalisierung. Marx und Engels identifizierten das kapitalistische Akkumulations- und Konkurrenzgesetz als Vehikel des Sozialismus, weil sie die Enteignung des kleinen Eigentums durch immer größere Kapitalien forcierten. Der Handwerker wurde durch den Industriebetrieb, der kleine Industriebetrieb durch den großen Konzern ersetzt, die Kleinbäuerin durch den Agrarkonzern, der kleine Ladenbesitzer durch das Kaufhaus, das Kaufhaus durch den Online-Handelsmonopolisten. Die anarchische Konkurrenz der Kleineigentümer\*innen untereinander wurde also durch die zentrale Planung innerhalb von kapitalistischen Oligopolen und Monopolen ersetzt. Sozialismus bedeutet schließlich auch die Demokratisierung der Wirtschaft durch Überführung dieser privaten Planung in zentrale, demokratische Planung. Der Kapitalismus hat sich jedoch seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts transnationalisiert. Die Wertschöpfungsketten sind – in transnationalen Konzernen – eben transnationale (Panitch/Gindin 2012). Der Kapitalismus ist aber nach wie vor nationalstaatlich organisiert und die Formen transnationaler Staatlichkeit, wo sie wie etwa in der Europäischen Union existieren, sind hochgradig undemokratisch und eher Vehikel von Konzerninteressen als Terrains demokratischer Kontrolle und Willensbildung (vgl. Apeldoorn 2000; Bieling 2006; Greenwood 2017). Die zentrale Frage ist also, wie Sozialismus unter diesen Bedingungen der Weltvergesellschaftung gedacht werden kann: Wird ein zukünftiger Sozialismus Formen der Weltstaatlichkeit entwickeln (müssen)? Werden die transnationalen Konzerne auf dem Weg von Meidnerfonds oder anderen Konzepten in transna-

tionale Arbeiterselbstverwaltung überführt werden müssen? Sind vorhandene Konzepte und Praxen des gewerkschaftlichen Organisierens entlang der transnationalisierten Wertschöpfungsketten möglicherweise bereits Keimformen für einen solchen transnationalisierten Sozialismus? Und welche komplementären Maßnahmen in Richtung Weltstaatlichkeit müsste es geben, die diese – nach innen demokratisierten – transnationalisierten Genossenschaften auch von außen, weltgesellschaftlich kontrollieren?

*Die fünfte Grenze und Problemstellung* für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert ist schließlich die der natürlichen Monopole im digitalen Kapitalismus und der damit verbundenen Marktmacht. Die klassische Vorstellung der institutionellen politischen Ökonomie (John Stuart Mill, Max Weber, John M. Keynes, Kenneth Galbraith, Joseph Stiglitz, Paul Krugman), aber auch des deutschen Ordoliberalismus war es, im Gegensatz zum Marxismus, dass man die Monopolisierungstendenz durch Zerschlagung/Entflechtung der großen Monopole bewerkstelligen könne. Die Antwort vieler solcher Ökonom\*innen und Politiker\*innen auf die Erpressung der Nationalstaaten durch die «systemrelevanten» Banken war etwa «Zerschlagt die Banken!». Dabei führte die Krise realiter zu noch mehr Konzentration und «Systemrelevanz», weshalb marxistische Ökonom\*innen auch die Formel aufstellten: «too big to fail = too big to be private» (Brenner 2009).

Mit der Digitalisierung, der «Vierten Industriellen Revolution», sind heute kapitalistische Plattformen entstanden, die ganz besondere Monopole sind. Die Plattformen funktionieren wie natürliche, ja, Plattform-Monopole und bilden damit eine besondere Herausfor-

---

**Zugleich geht es in der Sozialismusfrage nicht nur um die Frage der Umgestaltung der Produktionsweise, sondern auch der Lebensweise.**

derung: Wenn etwa bei Amazon-Marketplace, Facebook, WhatsApp, Twitter oder Google der Sinn und Zweck darin besteht, so viele Menschen und tendenziell alle Erdbewohner\*innen zu verbinden und zu vernetzen, dann braucht es letztlich auch nur einen dieser Anbieter auf der Welt. Bernie Sanders' Vorschlag einer Zerschlagung der großen Plattformen oder Jeremy Corbyns Vorschlag der Gründung eines öffentlichen britischen Facebook sind darum falsche Alternativen, die am Problem vorbeiziehen. Die Forderung nach einer Sozialisierung der Datenzentren ist darum richtig und entscheidend (Morozov 2015; Morozov/Bria 2017). Letztlich ist jedoch die Frage der Sozialisierung dieser natürlichen, tendenziell globalen Monopole verknüpft mit der Frage, wie ihre transnationale demokratische Kontrolle bewerkstelligt werden kann, solange es noch keinen Weltstaat gibt; und auch die Frage, wie diese weltstaatliche Kontrolle in einer Weise radikal demokratisch sein kann, dass ein weltstaatlicher Missbrauch der Daten ausgeschlossen werden kann.

### Essen – wohnen – caring

Im Sozialismus des 21. Jahrhunderts wird jedoch nicht nur die Produktionsweise von Industriegütern umgestaltet, sondern auch die von Lebensmitteln. Wie gesellschaftlich sinnvoll ist die heutige transnationalisierte Lebensmittelproduktion, die etwa im Winter Blaubeeren aus Peru und Himbeeren aus Marokko nach Deutschland transportiert. Auch diese Frage kann hier nur angerissen werden. Die Diskussion wird sich jedoch mit Fragen der Dezentralisierung der landwirtschaftlichen Wirtschaftskreisläufe befassen müssen. Anders als im Hinblick auf die Digitalplattformen scheint hier die Auflösung von transnationalisierten Agrarkonzernen eine sinnvolle Maßnahme zu sein. Im globalen Süden, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent, wird die Frage der Dezentralisierung sicherlich im Kontext einer Reagrarisierung (Banchirigah/

Hilson 2010) und eines – wenigstens zeitweiligen – «Delinking» von den kapitalistischen Zentren (EU, USA) stattfinden (Amin 1990; Bello 2005: 59–70).

Zugleich geht es in der Sozialismusfrage nicht nur um die Frage der Umgestaltung der Produktionsweise, sondern auch der Lebensweise. Die Frage ist etwa, welche Formen von Eigentum beispielsweise in den Wohnverhältnissen sinnvoll sind. Das Spektrum der Diskussion in Deutschland scheint sich hierbei vom Modell der (Re-)Kommunalisierung der großen Immobilienkonzerne («Deutsche Wohnen und Co. enteignen»), bei dem der Staat die Aufgabe erfüllt, günstigen Wohnraum für alle bereitzustellen, und den Vorschlägen von Kevin Kühnert zu erstrecken, der es grundsätzlich ablehnt, dass Menschen mehr Wohnraum besitzen als den, den sie für sich privat brauchen, dass es also abzulehnen sei, dass Menschen durch die Vermietung von Wohnraum an andere sich letztlich deren Arbeitseinkommen leistungslos aneignen. Im Grunde genommen plädierte Kühnert (2019) also für ein kubanisches Modell, wo nach der Revolution die Wohnungen und Wohnhäuser im Grunde per Dekret denen überschrieben wurden, die sie bewohnen. Selbstverständlich steht die sozialistische Wohnfrage vor dem großen Problem der realen räumlichen Klasse-segregation im Kapitalismus, der Auseinanderentwicklung von Reichen- und Armenvierteln, Wohlstands- und Armutsregionen, und wie sie damit umgehen will.

Eine weitere wichtige Frage ist die der sozialen Reproduktion. Hier scheint die Hauptfrage an die Gesellschaft zu sein, ob sie die reproduktive, werterhaltende Arbeit wirklich in messbare Einzelschritte – einkaufen, kochen, waschen, putzen, Kinder erziehen, Alte pflegen etc. – zerlegen will, die dann entsprechend als gesellschaftlich notwendige Arbeit entlohnt werden oder ob Sozialismus nicht vielmehr, ganz ähnlich wie im Staatssozialismus, heißen soll, dass der Staat in einem ausfinanzierten

System diese reproduktiven Arbeiten als öffentliche Dienstleistungen (kostenlose Kitas, kostenlose Altenpflege usw.), also als unentgeltliche «Commons» und Grundversorgung, bereitstellt für diejenigen, die sie in Anspruch nehmen wollen. Die Antwort scheint hier auf der Hand zu liegen.

### **Mobil sein – sehen – warm sein – lernen – schöpfen**

Der Mensch lebt aber nicht von Brot, Bedarfsgütern und Behausung allein. Andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens werfen ähnliche Fragen auf. Für die digitale Kommunikation wurden sie bereits genannt; für die Infrastrukturen der Telekommunikation liegen sie auf der Hand. Aber was ist mit der Mobilität? Die Frage wird sein, welche Formen der Mobilität an die Stelle der individuellen Automobilität und die Pseudoalternative der E-Mobilität treten können. Die einfache Antwort ist die des Aus- und Aufbaus eines kostenlosen öffentlichen Personennahverkehrs und der Verlagerung des Güter- und Personentransports von der Straße auf die Schiene. Eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft wird ökosozialistisch sein und die Autoindustrie rückbauen müssen. Offen ist dabei jedoch die Frage, wie eine Gesellschaft beispielsweise auf die kapitalistischen Raumproduktionen wie die Suburbanisierung und Exurbanisierung reagieren wird, die sich nach jetzigem Stand der Dinge kaum effizient mit U- und S-Bahnsystemen werden anschließen können.

Die nächste Frage ist die der Energieversorgung. In dieser Hinsicht ökosozialistisch zu denken, heißt wohl, sich auch über Speicherkapazitäten für regenerative Energien Gedanken zu machen, aber zugleich dezentralisierte Energiekonzepte zu nutzen. Auch dieser Bereich dürfte ein Bereich sein, der auf starken kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen fußt.

Nicht vom Brot allein leben, meint aber dann vor allem den Bereich Bildung und Kultur: Die Desegregierung der Klassengesellschaft stellt

den Sozialismus heute vor allem auch in der Bildungsfrage vor komplizierte Aufgaben. Die in sich spezialisierte Gemeinschaftsschule mag der richtige Ansatz sein, aber die räumliche Auseinanderentwicklung der Stadtviertel wird sozialistische Bildungspolitiker\*innen vor große Herausforderungen stellen, sozialistische Ideale zu verwirklichen. Festzustehen scheint jedoch, dass der Sozialismus im Hinblick auf Bildung und Kultur auf robuste Commons setzt, das heißt auf Bildung als ein kostenloses öffentliches Gut und eine breit ausfinanzierte lebendige Kulturproduktion als Springquelle menschlicher Kreativität.

Zu all diesen Fragen gibt es bereits gut fundierte Antworten, auch wenn die Liste der offenen Fragen selbstverständlich lang ist. Aber wie lässt Bertolt Brecht seine Figur des Herrn Keuner einmal so schön sagen: «Ich habe bemerkt [...], dass wir viele abschrecken von unserer Lehre dadurch, dass wir auf alles eine Antwort wissen. Könnten wir nicht im Interesse der Propaganda eine Liste der Fragen aufstellen, die uns ganz ungelöst erscheinen?» (Brecht 1967: 382)

### **Die Bewegung**

Grundsätzlich gilt indes eine unumstößliche Wahrheit: Die sozialistische Ordnung, so wie sie in ihrer möglichen allgemeinen Orientierung knapp skizziert worden ist, wird jedoch erst durch eine Bewegung verwirklicht werden, die diese Ordnung im Namen des «Sozialismus» anstrebt. Nicht technologischer Fortschritt wie die Digitalisierung wird den Postkapitalismus quasi durch die gesellschaftliche Hintertür einführen, wie Paul Mason (2018) dies suggeriert (vgl. die Kritik von Fischbach 2017). Die zentrale Frage des Sozialismus im 21. Jahrhundert sind seine Akteure: Wer hat ein objektives Interesse an einer solchen Ordnung und ist damit der natürliche Träger der sozialistischen Bewegung? Welche Bündnisse führen zu einer sozialistischen Politik? Was ist die konkrete Politikwei-

se sozialistischer Parteien? In welchem Verhältnis stehen eine neue Klassenpolitik und eine populäre Politik, ein kluger linker Populismus zueinander (Soltz 2019b)? Was sind die Etappen des Kampfes für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert? Führt ein direkter Weg zum ökologischen Sozialismus oder ist ein solcher Übergang angesichts der Schwäche der gewerkschaftlichen Klassenorganisationen im «Westen» nur über den Umweg eines globalen «Green New Deal» denkbar? Wie ist der Übergang zum Sozialismus zu denken, als die Zerschlagung, als Umbau oder als Zählung des Kapitalismus oder als eine Kombination, die auf eine Erosion des Kapitalismus hinausläuft, wie es Erik Olin Wright (2019: 40–61) vorschlägt? Ist das alte Revolution/Reform-Schisma der richtige Weg, den Übergang in den Postkapitalismus zu denken, oder geht es um eine Transformation, bei der die Verschiebung von internationalen Kräfteverhältnissen entscheidend ist, die Spielräume eröffnet (Panitch/Gindin 2018: 95)? Was ist der Zeithorizont der sozialistischen Alternative zum globalen Kapitalismus in der Krise? Wie geht die sozialistische Bewegung mit dem Problem um, dass die Notwendigkeit einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus groß, aber der Weg dorthin lang zu sein scheint – zu lang, gemessen an den wenigen Jahren, die der Menschheit bleiben, den Klimawandel wenigstens noch unter Kontrolle zu halten? Was würde – in den Worten des sozialistischen Politikwissenschaftlers Leo Panitch – der Aufbau des Sozialismus in einer Welt bedeuten, die aussieht wie die von «Blade Runner»?

Die Antworten auf die Frage der sozialistischen Bewegung, die Antworten auf die konkrete Gestalt der sozialistischen Ordnung – sie können nur von den Sozialist\*innen selbst gegeben werden. Ihre Zahl wird angesichts der Zivilisationskrise, in die der realexistierende Kapitalismus die Menschheit geführt hat, immer größer. Der Sozialismus ist eine objektive

Notwendigkeit. Ob er verwirklicht wird, entscheiden die Subjekte selbst.

## Literatur

**Abendroth, Wolfgang (1954):** Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaats im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in: ders. (Hrsg.): *Gesammelte Schriften*, Bd. 2, Hannover 2008, S. 338–357.

**Ackermann, Anton (2005):** *Der deutsche Weg zum Sozialismus*, Berlin.

**Albo, Greg/Gindin, Sam/Panitch, Leo (2010):** *In and Out of Crisis*, Oakland.

**Amin, Samir (1990):** *Delinking. Towards a Polycentric World*, London.

**Amin, Samir (2004):** *The Liberal Virus*, New York.

**Anderson, Perry (1993):** *Zum Ende der Geschichte*, Berlin.

**Apeldoorn, Bastian van (2000):** *Transnational Class Agency and European Governance. The Case of the European Round Table of Industrialists*, in: *New Political Economy* 2/2000, S. 157–181.

**Azarova, Aytalina u. a. (2017):** The effect of rapid privatisation on mortality in mono-industrial towns in post-Soviet Russia. A retrospective cohort study, in: *The Lancet* 5/2017, S. 231–238.

**Banchirigah, Sadia Mohammed/Hilson, Gavin (2010):** De-agrarianization, re-agrarianization and local economic development, in: *Policy Sciences* 2/2010, S. 157–180.

**Beck, Martin/Stützle, Ingo (Hrsg.) (2018):** *Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump und Co. verstehen*, Berlin.

**Bello, Walden (2005):** *De-Globalisierung*, Hamburg.

**Bieling, Hans-Jürgen (2006):** *Europäische Staatlichkeit*, in: Bretthauer, Lars u. a. (Hrsg.): *Poulantzas lesen*, Hamburg, S. 223–239.

**Bobbio, Norberto (1994):** *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*, Berlin.

**Brecht, Bertolt (1967):** *Gesammelte Werke*, Bd. 12, Frankfurt a. M.

- Brenner, Mark (2009):** Too Big to Fail? Take it Over, in: Labor Notes, 20.3.2019, unter: <https://labornotes.org/2009/03/too-big-fail-take-it-over>.
- Brenner, Robert (2002):** Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft, Hamburg.
- Brie, Michael (1990):** Wer ist Eigentümer im Sozialismus?, Berlin.
- Bruff, Ian (2014):** The Rise of Authoritarian Neoliberalism, in: Rethinking Marxism 1/2014, S. 113–129.
- Burns, Conor (2008):** Margaret Thatcher's greatest achievement – New Labour, in: Conservative Home Centre Right, 11.4.2008, unter: <https://conservativehome.blogs.com/centrerright/2008/04/making-history.html>.
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (2008):** Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen.
- Callinicos, Alex (1991):** The Revenge of History. Marxism and the East European Revolutions, University Park, PA.
- Callinicos, Alex (2003):** Ein Anti-Kapitalistisches Manifest, Hamburg.
- Candeias, Mario (2004):** Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen Produktions- und Lebensweise, Hamburg.
- Candeias, Mario (2018):** Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen. Dimensionen einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit, in: ders. (Hrsg.): Rechtspopulismus, Radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 24, Berlin, S. 33–60, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/39174/rechtspopulismus-radikale-rechte-faschisierung/](http://www.rosalux.de/publikation/id/39174/rechtspopulismus-radikale-rechte-faschisierung/).
- Candeias, Mario (2019):** Aufstieg des globalen Autoritarismus. 19 Thesen zu Ursachen und Bestimmungsmomenten, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien, Berlin, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/40834/aufstieg-des-globalen-autoritarismus/](http://www.rosalux.de/publikation/id/40834/aufstieg-des-globalen-autoritarismus/).
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014):** Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise, Hamburg.
- Canfora, Luciano (2006):** Kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur EU, Köln.
- Cockshott, Paul W./Cottrell, Allin (1993):** Towards a New Socialism, Nottingham.
- Cohen, Gerald A. (2010):** Sozialismus, warum nicht?, München.
- Dahn, Daniela (2010):** Wehe dem Sieger! Ohne Osten kein Westen, Reinbek.
- Dahn, Daniela (2019):** Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute, Reinbek bei Hamburg.
- Dath, Dietmar (2008):** Maschinenwinter. Wissen, Technik, Sozialismus, Frankfurt a. M.
- Deppe, Frank (2013):** Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand, Hamburg.
- Deppe, Frank/Salomon, David/Solty, Ingar (2011):** Imperialismus, Köln.
- Ding, Xiaoqin (2019):** Die Risiken von Sozialistischer Marktwirtschaft, Staatskapitalismus und neoliberalen Kapitalismus, in: isw-Report Nr. 119, S. 3–8.
- Dörre, Klaus (2008):** Prekariisierung der Arbeit. Fördert sie einen neuen Autoritarismus?, in: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut, Opladen, S. 241–253.
- Dörre, Klaus (2019):** Neosozialismus oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion, in: ders./Schweickert, Christine (Hrsg.): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus, München, S. 17–32.
- Dyer-Witford/Atle, Nick/Kjoson, Mikko-la/Steinhoff, James (2019):** Inhuman Power. Artificial Intelligence and the Future of Capitalism, London.
- Einstein, Albert (1949):** Why Socialism, in: Monthly Review 5/1949, wiederveröffentlicht in: 1/2009, S. 55–61.
- MEW – Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke,** Berlin 1956 ff.; darin:
- Marx, Karl/Friedrich, Engels:** Manifest der Kommunistischen Partei [1848], in: MEW, Bd. 4, S. 459–493.

- Engels, Friedrich:** Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft [1891], in: MEW, Bd. 19, Ostberlin, S. 177–228.
- Fischbach, Rainer (2017):** Die schöne Utopie. Paul Mason, der Postkapitalismus und der Traum vom grenzenlosen Wachstum, Köln.
- Fisher, Mark (2013):** Kapitalistischer Realismus ohne Alternative?, Hamburg.
- Forsthoff, Ernst (Hrsg.) (1968):** Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt.
- Fried, Erich (1995):** Gedichte, München.
- Friedman, Milton (2002):** Kapitalismus und Freiheit, Frankfurt a. M.
- Friedman, Thomas L. (2009):** Hot, Flat, and Crowded. Why We Need a Green Revolution – and How It Can Renew America, Toronto u. a.
- Fülberth, Georg (2007):** Finis Germaniae. Deutsche Geschichte seit 1945, Köln.
- Fülberth, Georg (2010):** Sozialismus, Köln.
- Fukuyama, Francis (1992):** The End of History and the Last Man, New York.
- Fukuyama, Francis (2011):** US democracy has little to teach China, in: Financial Times, 17.1.2011, unter: [www.ft.com/cms/s/0/cb6af6e8-2272-11e0-b6a2-00144feab49a.htm#axzz1BIHTXYAb](http://www.ft.com/cms/s/0/cb6af6e8-2272-11e0-b6a2-00144feab49a.htm#axzz1BIHTXYAb).
- Fukuyama, Francis (2018):** «Socialism ought to come back». Interview mit George Eaton, in: The New Statesman, 17.10.2018, unter: [www.newstatesman.com/culture/observations/2018/10/francis-fukuyama-interview-socialism-ought-come-back](http://www.newstatesman.com/culture/observations/2018/10/francis-fukuyama-interview-socialism-ought-come-back).
- Gallas, Alexander/Nowak, Jörg/Wilde, Florian (Hrsg.) (2012):** Politische Streiks im Europa der Krise, Hamburg.
- Giddens, Anthony (1997):** Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt a. M.
- Gill, Stephen/Solty, Ingar (2013):** Die organischen Krisen des Kapitalismus und die Demokratiefrage, in: Juridikum 1/2013, S. 51–65.
- Greenwood, Justin (2017):** Interest Representation in the European Union, London.
- Harvey, David (1990):** The Condition of Postmodernity, Oxford u. a.
- Harvey, David (2010):** The Enigma of Capital and the Crises of Capitalism, London/New York.
- Harvey, David (2017):** Marx, Capital and the Madness of Economic Reason, London.
- Haug, Frigga (2011):** Die Vier-in-einem-Perspektive, Hamburg.
- Hayek, Friedrich August (1991):** The Fatal Conceit. The Errors of Socialism, Chicago.
- Hilferding, Rudolf (2018):** Sozialisierung des Wirtschaftslebens, in: Braeg, Dieter/Hoffrogge, Ralf (Hrsg.): Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands 1918. Stenographische Berichte, Berlin, S. 459–470.
- Hobsbawm, Eric (1996):** The Age of Extremes. A History of the World, 1914–1991, New York.
- Holloway, John (2002):** Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, Münster.
- Honneth, Axel (2017):** Die Idee des Sozialismus, Berlin.
- Huffschmid, Jörg (1999):** Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg.
- Huster, Ernst-Ulrich u. a. (1994):** Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt a. M.
- Klein, Naomi (2008):** The Shock Doctrine. The Rise of Disaster Capitalism, Toronto u. a.
- Köhler, Otto (2011):** Die große Enteignung. Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte, Berlin.
- Kossok, Manfred (2016):** Sozialismus in der Peripherie, Berlin.
- Kühnert, Kevin (2019):** «Was heißt Sozialismus für Sie, Kevin Kühnert?», Interview mit Jochen Bittner u. Tina Hildebrandt, in: Die Zeit, 1.5.2019, unter: [www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/kevin-kuehnert-spd-jugendorganisation-sozialismus](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/kevin-kuehnert-spd-jugendorganisation-sozialismus).
- Kühnl, Reinhard (1971):** Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, Reinbek.
- Kurlantzick, Joshua (2013):** Democracy in Retreat. The Revolt of the Middle Class and the Worldwide Decline of Representative Government, Ithaca, NY.



- Kushner, Tony (1993):** Angels in America. Part One: Millennium Approaches, New York.
- Lenin (1916):** Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: ders.: Werke, Bd. 16, Ostberlin, S. 189–309.
- Losurdo, Domenico (2011):** Freiheit als Privileg. Eine Gegengeschichte des Liberalismus, Köln.
- Lühr, Thomas (2010):** Prekarisierung und Rechtspopulismus. Lohnarbeit und Klassen-subjektivität in der Krise, Köln.
- Lytard, Jean-François (1986):** Das postmoderne Wissen, Graz u. a.
- Mason, Paul (2012):** Why It's Kicking Off Everywhere, London/New York.
- Mason, Paul (2018):** Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Berlin.
- Mayer, Arno J. (1989):** Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die «Endlösung», Reinbek.
- Mazzucato, Mariana (2013):** The Entrepreneurial State, London.
- McNally, David (2010):** The Global Slump: The Economics and Politics of Crisis and Resistance, Oakland.
- Menger, Anton (1891):** Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, Stuttgart.
- Mises, Ludwig von (1981):** Socialism. An Economic and Sociological Analysis, Indianapolis.
- Mises, Ludwig von (2006):** Liberalismus. Klassiker der Freiheit, Bd. 1, hrsg. von der Friedrich-Naumann-Stiftung, Sankt Augustin.
- Monbiot, George (2019):** Dare to declare capitalism dead – before it takes us all down with it, in: The Guardian, 25.4.2019, unter: [www.theguardian.com/commentisfree/2019/apr/25/capitalism-economic-system-survival-earth](http://www.theguardian.com/commentisfree/2019/apr/25/capitalism-economic-system-survival-earth).
- Morozov, Evgeny (2015):** Socialize the Data Centres!, in: New Left Review 1/2015, S. 45–66.
- Morozov, Evgeny/Bria, Francesca (2017):** Die smarte Stadt neu denken. Wie urbane Technologien demokratisiert werden können, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/38134/die-smarte-stadt-neu-denken/](http://www.rosalux.de/publikation/id/38134/die-smarte-stadt-neu-denken/).
- Mouffe, Chantal (2005):** On the Political, London/New York.
- Mouffe, Chantal (2018):** For a Left Populism, London/New York.
- Nachtwey, Oliver (2009):** Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden.
- Neumann, Franz (1986):** Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt a. M.
- Novaes, Henrique T./Dagnino, Renato (2011):** Arbeiterorganisation in wieder angelegneten Fabriken, in: LuXemburg 3/2011, S. 88–93, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2009/09/LUX\\_1103\\_03\\_KOMP.pdf#page=90](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2009/09/LUX_1103_03_KOMP.pdf#page=90).
- Nuss, Sabine (2019):** Keine Enteignung ist auch keine Lösung: Die große Wiederaneignung und das vergiftete Versprechen des Privateigentums, Berlin.
- Oberndorfer, Lukas (2013):** Vom neuen, über den autoritären, zum progressiven Konstitutionalismus? Pakt(e) für die Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie, in: Juridikum 1/2013, S. 76–86.
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2012):** The Making of Global Capitalism, London/New York.
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2018):** The Socialist Challenge Today. Syriza, Sanders, Corbyn, London.
- Polanyi, Karl (2001):** The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time, Boston.
- Poulantzas, Nicos (1974):** Fascism and Dictatorship, London.
- Przeworski, Adam (2019):** Crises of Democracy, Cambridge u. a.
- Rilling, Rainer (2017):** Strongmen, politische Krieger und Empire, in: LuXemburg, Spezial «Weltordnungskonflikte», S. 16–23.
- Ringger, Beat (2011):** Maßt euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus, Münster.

**Roesler, Jörg (1978):** Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin.

**Röttger, Bernd (2010):** Konversion!? Strategieprobleme beim Umbau kapitalistischer Produktion, in: LuXemburg 3/2010, S. 70–79.

**Rorty, Richard (1989):** Contingency, Irony and Solidarity, Cambridge u. a.

**Ryner, Magnus (2015):** Europe's ordo-liberal iron cage. Critical political economy, the euro area crisis and its management, in: Journal of European Public Policy 2/2015, S. 275–294.

**Sablowski, Thomas (2015):** Die Etappenschlappe, in: junge Welt, 18.7.2015, unter: [www.jungewelt.de/artikel/268762.die-etappenschlappe.html](http://www.jungewelt.de/artikel/268762.die-etappenschlappe.html).

**Sachs, Jeffrey (2012):** The Price of Civilization, New York.

**Sanbonmatsu, John (2004):** The Postmodern Prince. Critical Theory, Left Strategy, and the Making of a New Political Subject, New York.

**Schmalz, Stefan (2018):** Machtverschiebungen im Weltsystem. Der Aufstieg Chinas und die große Krise, Frankfurt a. M./New York.

**Schmalz, Stefan/Weinmann, Nico (2013):** Gewerkschaftliche Kampfzyklen in Westeuropa. Die Jahre 1968 bis 1973 und seit 2008/09 im Vergleich, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7–8/2013, Hamburg.

**Schmidt, Eberhard (1971):** Die verhinderte Neuordnung, 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M.

**Schmidt, Ute/Fichter, Tilman (1978):** Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen, 1945–1948, Westberlin.

**Schütrumpf, Jörn/Sonnenberg, Uwe/Solty, Ingar (2019):** Wer weitergeht, wird erschos-

sen! Warum die soziale Revolution 1918–19 scheiterte, in: LuXemburg 3/2019, S. 8–15.

**Schumpeter, Joseph (1993):** Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen/Basel.

**Solty, Ingar (2007):** Transformation des deutschen Parteiensystems und europäische historische Verantwortung der Linkspartei, in: Das Argument 3/2007, S. 329–347.

**Solty, Ingar (2008):** The Historic Significance of the New German Left Party, in: Socialism and Democracy 1/2008, S. 1–34.

**Solty, Ingar (2013):** Die USA unter Obama. Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise, Hamburg.

**Solty, Ingar (2014):** Is the Global Crisis Ending the Marriage between Capitalism and Liberal Democracy?, in: Maximilian Lakitsch (Hrsg.): Political Power Reconsidered: State Power and Civic Activism between Legitimacy and Violence, Peace Report 2013, Wien u. a., S. 161–204.

**Solty, Ingar (2015):** Ohnmächtiger Antifaschismus und gegenmächtiger Antifaschismus, in: Blickpunkt WiSo, 20.10.2015, unter: [www.blickpunkt-wiso.de/post/ohnmaechtiger-antifaschismus-und-gegenmaechtiger-antifaschismus--1682.html](http://www.blickpunkt-wiso.de/post/ohnmaechtiger-antifaschismus-und-gegenmaechtiger-antifaschismus--1682.html).

**Solty, Ingar (2016a):** Exportweltmeister in Fluchtursachen. Die neue deutsche Außenpolitik, die Krise und linke Alternativen, Berlin.

**Solty, Ingar (2016b):** Die politische Artikulation der globalen Krise heute. Politische Polarisierung, «dritter Pol», Sanderismus und Corbynismus, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 3/2016, S. 8–18.

**Solty, Ingar (2016c):** Sanders' Sozialismus, in: analyse & kritik 613, 16.2.2016, S. 1.

**Solty, Ingar (2018a):** Rechtsautoritärer Nationalismus oder autoritär-imperialer Neoliberalismus? Die USA unter Donald Trump im globalen Beggar-thy-neighbor-Kapitalismus, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2/2018, S. 199–223.

**Solty, Ingar (2018b):** Der 18. Brumaire des Donald J. Trump. Überlegungen zum Sieg des Autoritarismus in den Vereinigten Staaten, in: Beck, Martin/Stützle, Ingo (Hrsg.): Die neuen Bonapartisten, Berlin, S. 74–92.

**Solty, Ingar (2019a):** Die Welt von morgen. Szenarien unserer Zukunft zwischen Katastrophe und Hoffnung, in: LuXemburg 3/2019, S. 36–45, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/die-welt-von-morgen-szenarien-unserer-zukunft-zwischen-katastrophe-und-hoffnung/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/die-welt-von-morgen-szenarien-unserer-zukunft-zwischen-katastrophe-und-hoffnung/).

**Solty, Ingar (2019b):** Für die verbindende, neue Klassenpolitik und für einen klugen linken Populismus, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 12/2019, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte\\_12-2019.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_12-2019.pdf).

**Solty, Ingar (2019c):** Why Is There Now Socialism in the United States?, in: The Bulletin, 6.6.2019, unter: <https://socialistproject.ca/2019/06/why-is-there-now-socialism-in-the-united-states/>.

**Solty, Ingar (2019d):** Die Ordnung, die sie meinen, in: der Freitag Nr. 40, 4.10.2019, unter: [www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-ordnung-die-sie-meinen](http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-ordnung-die-sie-meinen).

**Solty, Ingar (2019e):** Terror mit Ankündigung, in: der Freitag, 6.11.2019, unter: [www.freitag.de/autoren/der-freitag/terror-mit-ankundigung](http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/terror-mit-ankundigung).

**Solty, Ingar (2019f):** We Should Be Free to Say «Fuck You» to the Boss, in: Jacobin, 11.12.2019, unter: <https://jacobinmag.com/2019/12/say-fuck-you-boss-full-employment-guarantee>.

**Solty, Ingar (2020):** Menschliche Freiheit/kapitalistische Unfreiheit. Einführung in die Grundbegriffe des Marxismus, in: Forum Kritische Psychologie (im Erscheinen).

**Solty, Ingar/Gill, Stephen (2013):** Krise, Legitimität und die Zukunft Europas. Skizze eines Forschungsansatzes, in: Das Argument – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 301, 1–2/2013, S. 82–94.

**Streeck, Wolfgang (2016):** How Will Capitalism End?, London/New York.

**Sunkara, Bhaskar (2019):** The Socialist Manifesto. The Case for Radical Politics in an Era of Extreme Inequality, New York.

**Sweezy, Paul (2000):** Den «gemeinsame Untergang» verhindern, in: Eric Hobsbawm u. a. (Hrsg.): Das Manifest – heute, Hamburg, S. 206–208.

**Wolin, Richard (2004):** The Seduction of Unreason. The Intellectual Romance with Fascism from Nietzsche to Postmodernism, Princeton, NJ.

**Wright, Erik Olin (2019):** Linker Antikapitalismus im 21. Jahrhundert, Hamburg.

**Ziegler, Jean (2019):** «Entweder wir zerstören den Kapitalismus jetzt oder er zerstört uns», Interview, in: Süddeutsche Zeitung, 12.7.2019, unter: [www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kapitalismus-ziegler-korruption-1.4520780?reduced=true](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kapitalismus-ziegler-korruption-1.4520780?reduced=true).

**Zonenausschuss der CDU (Hrsg.) (1947):** Ahlener Programm, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, unter: [www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=76a77614-6803-0750-c7a7-5d3ff7c46206&groupId=252038](http://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=76a77614-6803-0750-c7a7-5d3ff7c46206&groupId=252038).

Alex Demirović

## SOZIALISMUS UND ZURECHENBARKEIT

Die Geschichte lehrt uns nichts, behauptete die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles, um zu begründen, warum sie die Historische Kommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einstellen wollte. Die Gegenposition hat Rosa Luxemburg schon vor Langem eingenommen: «Die Geschichte ist die einzige wahre Lehrmeisterin.» (Luxemburg 1990: 480). Vielleicht lehrt uns die Geschichte tatsächlich nicht, auf welche Weise wir jetzt, in dieser Situation handeln sollten. Das gilt allgemein, es gilt auch sehr konkret. Waren wir nicht überzeugt, dass die Tradition der kritischen Faschismusanalysen uns die Begriffe an die Hand geben würden, Entwicklungen der kapitalistischen Gesellschaft zu widerstehen, die auf eine Erosion der Demokratie, auf autoritäre und Ausnahme-formen hin tendieren, die die Perspektive der Emanzipation drastisch verschlechtern? Dass es uns, ausgestattet mit diesem Wissen, mit all der «Aufarbeitung der Vergangenheit» besser gelingen würde, zu widerstehen und der Rechten den Boden zu entziehen? Es scheint nicht so. Doch die Geschichte lehrt uns etwas viel Grundlegenderes, dass nämlich unsere Gegenwart die Gegenwart einer Geschichte ist, sich in dieser Gegenwart auf besondere Weise die Kämpfe der Vergangenheit und die versäumten Möglichkeiten verdichten. Es geht dabei nicht um eine Frage: «Was wäre gewesen, wenn ...?», sondern um konkrete Entscheidungen, um Siege und Niederlagen, um reale Alternativen. Sie lehrt zudem, dass einmal gefallene Entscheidungen tatsächlich langfristige Entwicklungsbahnen zur Folge haben.

### **Unsere Gegenwart ist die Gegenwart einer Geschichte**

Zu dieser Geschichte unserer Gegenwart gehören die vielen Anstrengungen, die auf die Verwirklichung des Sozialismus zielten, die

sich oft als falsch und sinnlos erwiesen haben, die fehlgeschlagen sind oder niedergeschlagen wurden. Das, was sich mit diesem verbindet, gilt heute aufgrund dieser früheren Bemühungen als historisch verbraucht, als überholt oder als diskreditiert. Das hat verschiedene Gründe. Sozialismus war mit Praktiken verbunden, die dem emanzipatorischen Anspruch des Sozialismus widersprochen und ihn diskreditiert haben. Vielfach ist zu bezweifeln, dass diejenigen, die im Namen sozialistischer Ziele gehandelt und gesprochen haben, damit mehr als bloß egoistische Interessen einzelner Funktionäre verfolgt haben. Aber es wäre ein falscher Trost zu denken, dass hier nur eine an sich gute Idee missbraucht worden ist.

Tatsächlich sind die Vorstellungen und die Begriffe von Sozialismus Gegenstand der Diskussion und der Kämpfe. So verstanden, gibt es keine von vornherein gültige Bestimmung von Sozialismus, sondern viele Vorschläge, ihn zu definieren. Vielfach umfasste der Begriff besondere soziale Gruppen, die für den Augenblick durchaus zu Recht glauben konnten, die Allgemeinheit zu verkörpern und die nicht verstanden, dass der Begriff von Sozialismus, in dessen Namen sie handelten, ein Kompromiss war, der nur in einer bestimmten Konjunktur von Vielen getragen wurde. Sie wollten diesen Augenblick und diese Allgemeinheit festhalten, die Stabilität erzwingen, konnten der Veränderung der sozialen Konstellation nicht Rechnung tragen, sprachen dort, wo es sich um unterschiedliche Lebensformen und Perspektiven oder gar Widersprüche handelte, von Abweichungen oder sie pathologisierten die Kritiker\*innen. Auf diese Weise war der Sozialismus keine offene, freie soziale Organisation des Zusammenlebens, sondern blieb immer noch begrenzt auf be-

**[...] dass die sozialistische Gesellschaft höhere Anforderungen an die Bearbeitung der Widersprüche stellt, also eigentlich komplexer ist als die kapitalistische Form der Vergesellschaftung.**

stimmte soziale Gruppen und ihre Lebenszusammenhänge (bestimmte Gruppen der Industriearbeiterschaft, besondere Betriebsweisen, beispielsweise großindustrielle Fabriken in urbanen Regionen, und damit verbundene Formen der Arbeitsorganisation), die den Anspruch auf Allgemeinheit erhoben.

Sozialismus ist dem Anspruch nach die soziale Form, in der die Widersprüche bewusst gelebt und bearbeitet werden. Deswegen konnte Karl Korsch davon sprechen, dass die sozialistische Gesellschaft höhere Anforderungen an die Bearbeitung der Widersprüche stellt, also eigentlich komplexer ist als die kapitalistische Form der Vergesellschaftung, weil sie die Widersprüche nicht mehr leugnet und in anonyme gesellschaftliche Prozesse verlegt – so der Konflikt zwischen Konsument\*innen und Produzent\*innen um Produkte und Produktmengen, um Arbeitszeiten oder Anteile am Gesamtprodukt, um ökologische Folgen oder um Qualifikationen. Es handelt sich dabei um den besonderen Beitrag von Marx zur sozialistischen Tradition, die Objektivität der Widersprüche ernst zu nehmen, zur Geltung zu bringen und zu begreifen, nicht jedoch sie moralisierend zu beschönigen, mit staatlichen Allgemeinheitsansprüchen weg zu definieren oder mit administrativen Mitteln zu unterdrücken. Wenn es zwischen dem Allgemeinheitsanspruch und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, ihren Interessen und Bedürfnissen Differenzen und Widersprüche gibt, dann bedarf es der Formen, die Widersprüche und Spannungen zwischen dem Allgemeinen und den Besonderheiten zu vermitteln. Der Prozess, in dem das geschieht, ist Demokratie.

Dabei handelt es sich um geregelte Verfahren, in denen die Individuen darüber streiten,

was im konkreten Fall als das Allgemeine gelten kann. Verhandlungen über das Allgemeine betreffen die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Dies kann alles einschließen: die Produkte, die Arbeitsprozesse, die Bildungs- und Qualifikationsprozesse, die Wohn- und Besiedlungsformen, die Ernährung, die geschlechtliche und familiäre Arbeitsteilung. Die Staatssozialismen haben es nicht ausreichend versucht oder es ist ihnen nicht gelungen, diese Prozesse der Abstimmung von Allgemein- und vielen partikularen Interessen auf demokratische Weise zu regeln. Obwohl sich die sozialistischen Staaten als demokratische Volksrepubliken verstanden, wurden kaum demokratische Prozesse der Interessenvermittlung in Gang gesetzt. Es wurde zwar vielfach an Parlamenten und Parteien festgehalten. Aber die innere Logik dieser politischen Form wurde blockiert um der Erhaltung des Machtmonopols der kommunistischen oder sozialistischen Parteien wegen: Das Allgemeine war nicht Gegenstand einer offenen Diskussion, sondern der Definitionsmacht der führenden Partei der Arbeiterklasse unterworfen. Die Arbeiter\*innen trafen nicht die sie betreffenden Entscheidungen. Andere Formen der demokratischen Koordination, wie sie in der Geschichte der sozialistischen Bewegung immer wieder diskutiert wurden und die es den konkreten Arbeiter\*innen und den vielen Mitgliedern der Gesellschaft ermöglicht hätten, sich an der Festlegung des Allgemeinen zu beteiligen, wurden nicht ausprobiert.

Die bürgerliche Klasse kann ihre internen Differenzen zur Geltung kommen lassen, indem die Macht auf mehrere konkurrierende Parteien und politische Institutionen verteilt ist.

Eine Konzeption zur Beschränkung der politischen Macht – das, was Michel Foucault als eine sozialistische Regierungskunst und Gouvernamentalität bezeichnet hat – hat die Linke bislang kaum entwickelt. Das ist durchaus ein Moment ihrer Niederlage. Denn wenn es darum geht, viele unterschiedliche Gruppen und Interessen unter einem Begriff von Allgemeinwohl zu bündeln, dann ist es auch notwendig, dass alle Beteiligten wissen, wie sie sich aus diesem Bündnis auch wieder herauslösen können, ohne dass ihnen das zum Nachteil gereicht. Sie müssen das antizipieren und erwarten können, einen modifizierten, vielleicht sogar anderen Begriff des Allgemeinen zur Geltung bringen zu können.

### Kein Kapitalismus ohne Sozialismus

Wenn gesagt wird, der Sozialismus sei diskreditiert, dann handelt es sich um eine eigentümliche Aussage. Denn der Sozialismus gehört zu den Tiefenschichten der modernen Gesellschaft selbst. Es gibt die moderne, auf kapitalistischer Produktionsweise beruhende Gesellschaft nicht ohne Sozialismus. Diese Gesellschaft lässt sich nicht auftrennen in eine objektive Wirklichkeit hier und dann noch verschiedene Ideologien und politische Strömungen dort, zu denen dann neben Liberalismus und Konservatismus auch noch der Sozialismus gehören würde und der dann, nachdem er sich blamiert hat, einfach fallen gelassen werden kann. Auch wenn es Sozialismen vor dem modernen Sozialismus gegeben haben mag – so wie es auch Klassenherrschaft und die Aneignung des Mehrprodukts durch diejenigen gab, die es nicht erzeugt haben –, so wurde er doch erst in der modernen kapitalistischen Gesellschaft und in vielfachen Auseinandersetzungen konstituiert. Er ist ein Moment der realen Bewegung dieser Gesellschaft, also kein Wert, keine Norm, die irgendwie äußerlich zu einer gegebenen Wirklichkeit hinzukäme. Sozialismus ist der Name, der in der kapitalistischen Gesellschaft jenen inne-

ren Tendenzen gegeben wurde, um die großen Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung zu lösen.

Diese großen Probleme sind in dieser Form historisch neu, da erst mit dem Kapitalismus die Menschheit sich als kollektiven Akteur selbst beobachten und begreifen kann. Die Menschen können die Naturaneignung und die Störung des Metabolismus zum Gegenstand der Analyse machen – sie wissen um Fischeschwärme, Erdölvorräte, den Umfang von Regenwäldern oder die Zahl der Wale genauestens Bescheid. Sie können begreifen, dass ökonomische Krisen, die zu Arbeitslosigkeit, Hunger oder Migration führen, nicht unerwarteten natürlichen Vorgängen wie einer schlechten Ernte geschuldet sind, sondern von ihnen selbst verursacht werden; die Ungleichheit und die Disparitäten in Bildung und Qualifikation sind. Die Menschheit weiß um die Genozide, den weltweiten Menschenhandel, die ungefähre Zahl der Sklaven und die sexuelle Gewalt. Jedes dieser großen Probleme verlangt nach konkreten Lösungen und drängt jeweils für sich darauf, dass es nicht nur hier und da inkrementalistisch zu Verbesserungen kommt, sondern die Probleme «überholt» werden, Lösungen also nicht weiter gesucht werden müssen, weil die Probleme sich schlicht erübrigt haben, also schließlich einfach nicht mehr vorkommen.

### Keine Befreiung ohne die Überwindung der Lohnarbeit

Warum alle diese Bemühungen unter dem einen Namen «Sozialismus» zusammenfassen? Aus geschichtlichen Gründen – um sich nicht den Zugang zu all jenen Erfahrungen und Bemühungen um die Emanzipation zu verstellen; um nicht naiv zu bleiben gegenüber all den Entscheidungen, die zur Gegenwart geführt haben und die ja alle dazu beigetragen haben, dass es Menschen gleichzeitig besser und schlechter geht. Aber auch deswegen, weil Sozialismus auf einen besonderen

Moment der modernen Geschichte verweist, den Schlussstein des Ganzen, der alles zusammenhält, weil er konstitutiv am Beginn der Konstellation der modernen, kapitalistischen Lebensweise steht: Die Lohnarbeit, die es erlaubt, auf besondere Weise die historisch besondere Form des gesellschaftlichen Reichtums zu erzeugen – Geld, Waren, Produktionsmittel, Unternehmensanteile, Vermögen, Immobilien. Die Lohnform ist die soziale Form, die es ermöglicht, alle anderen Formen der Ausbeutung und Herrschaft zu reproduzieren. Ohne diese Formen zu verändern, ist auch die Änderung der kapitalistischen Verhältnisse nicht denkbar – also ohne die Überwindung der Lohnarbeit, also der Tatsache, dass das menschliche Arbeitsvermögen eine Ware ist, die für den Arbeitsmarkt formiert werden muss und sich dort bemühen muss, zu Marktpreisen jemanden zu finden, der ei-

sie immer wieder und auf immer höherem Niveau mit den immer gleichen Problemen konfrontiert. Alles schreitet voran, nur das Ganze nicht, beschreibt Adorno diesen Umstand. Tatsächlich hat die Kritik am Sozialismus etwas Hämisches und verkennt seine historische Bedeutung. Eines seiner entscheidenden Merkmale ist der Rationalitätsanspruch. Die Widersprüche, die das Zusammenleben durchziehen, können offen zur Geltung gelangen und durch eine bewusste Bearbeitung vermieden oder überwunden oder in Differenzen und Andersheit überführt werden. Aufgrund dieses Rationalitätsanspruchs können dem Sozialismus alle Fehler, alle Widersprüche, alle Dysfunktionen zugerechnet werden, die sich bei einer Transformation der gesellschaftlichen Lebensweise einstellen. Dabei ist diese Transformation mit extremen Ungleichzeitigkeiten konfrontiert: Diese betreffen den

Wissens- und Bildungsstand der Individuen, ihre Bedürfnisse, die regionalen Entwicklungen, den Stand der Produktion und Dienstleistungen, die ökologischen Zerstörungen ebenso wie die Herstellung neuer

---

**Das sozialistische Projekt trägt Verantwortung und muss sich zurechnen lassen, was in seinem Namen versucht wird und was scheitert. Für den Kapitalismus gilt dies nicht.**

nen Bedarf an dieser Ware hat. Mit allen Risiken für die Individuen, ohne Arbeit und Einkommen zu bleiben, zu wenig zu verdienen oder das eigene Arbeitsvermögen zu ruinieren und um den Genuss des eigenen Lebens gebracht zu werden.

Wenn heute der Sozialismus als diskreditiert erscheint, dann ist das eine Niederlage. Es stellt sich angesichts der Tatsache durchaus die Frage, warum sich irgendjemand darüber freut, dass dies so ist. Denn damit ist dann genau genommen auch das Projekt der Aufklärung selbst gescheitert. Denn es geht dabei ja darum, dass die Menschen den Mut finden, sich von ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit zu befreien, also von Verhältnissen, die sie durch ihr eigenes Handeln erzeugen und das

rationaler Metabolismen. Der Zeithorizont sozialistischer Transformation greift viel weiter, als das in kapitalistischen Prozessen der Fall ist: Das gilt sowohl für die Vergangenheit als auch in die sehr viel weiter gespannte Zukunft. Das sozialistische Projekt trägt Verantwortung und muss sich zurechnen lassen, was in seinem Namen versucht wird und was scheitert. Für den Kapitalismus gilt dies nicht. Zwar bemüht sich vor allem eine linke und sozialistische Sozialkritik, viele der gesellschaftlichen Probleme dem Kapitalismus zuzurechnen. Doch das gelingt nicht ohne Weiteres; und zwar nicht, weil es zahlreiche Intellektuelle gibt, die gegen eine solche Zurechnung ankämpfen, die daran beteiligt sind, die Bildung eines solchen «leeren Signifikanten» zu ver-

hindern, in dem symbolisch die Gewalt, Kriege und Völkermorde, die Vernichtung von Menschenleben, die Ausbeutung, die ökologischen Katastrophen, die sexistische und rassistische Abwertung von Menschen als das schlechthin Antagonistische und moralisch zu Verurteilende verdichtet wird. Vielmehr machen die Verteidiger\*innen des Kapitalismus die Komplexität dieser Gesellschaft geltend. Das bedeutet in diesem Fall, dass die Übel nicht ohne Weiteres zurechenbar sind. Niemand erscheint verantwortlich für die Schmelze der Gletscher und der polaren Eiskappen – oder wenn doch, dann wir alle. Wenn es dann an die Erklärung der Ursachen geht, scheint sich alles in viele Einzelheiten aufzulösen: die fossile Energie und die entsprechende Industrie, die Landwirtschaft, die Automobilindustrie, die Container- und Kreuzfahrtschiffe. Es erscheint alles fragmentiert, ungeplant, zufällig, unkoordiniert – das transintentionale Ergebnis vielseitiger Handlungsketten, für die es selbst keine Ursache gibt. Wer sich bemüht, doch Ursachen und Akteure zu benennen, erscheint als unterkomplex oder gar als verschwörungstheoretisch orientiert. Aber die Prozesse sind intern miteinander verknüpft, sind koordiniert, ergänzen sich arbeitsteilig und bilden eine Konstellation. Doch erscheint der kapitalistische Reproduktionsprozess als anonymer systemischer Prozess, für den alle und niemand und vielleicht gar noch die Mehrheit, also die Subalternen, die Verantwortung trägt.

In der sozialistischen Tradition war es insbesondere die Leistung von Marx, diesen Gesichtspunkt ernst zu nehmen. Obwohl angesichts liberaler Vorstellungen von Gleichheit und Freiheit, von Autonomie und Rechtswille eine moralische Kritik an Kapitaleigentümern durchaus plausibel ist und auch immer wieder vorgebracht wird, betont Marx demgegenüber, dass einzelnen Unternehmer\*innen, Kapitaleigentümer\*innen oder Politiker\*innen kein moralischer Vorwurf zu machen sei. Es

ist gerade die Unverantwortlichkeit der gesellschaftlichen Prozesse, die Anlass dafür gibt, auf eine Transformation des Gesamtzusammenhangs zu drängen – und zwar in eine Richtung der bewussten Gestaltung dieses Zusammenhangs durch alle. Marx hat mit seinen Überlegungen aber auch deutlich machen können, dass die Anonymität keineswegs so anonym ist und es auch in der bürgerlichen, kapitalistischen Gesellschaft schon unterschiedliche Grade von Freiheit gibt. Die bürgerliche Klasse kann in weit höherem Maße die kapitalistischen Verhältnisse gestalten, sich selbst als soziale Gruppe entlang dieser von ihr immer von Neuem gestalteten Verhältnisse entwerfen und die Verhältnisse zu ihren Gunsten erhalten und verändern, als dies Menschen möglich ist, die nicht über Kapitaleigentum verfügen und nicht über den Zugang zu den bürgerlichen Konsensrunden wie dem Weltwirtschaftsforum finden, nicht die öffentliche Meinung durch ihre Medien und ihre Kulturindustrie bestimmen, nicht an den politischen Entscheidungen teilnehmen, sondern vor allem Objekte der Verwaltung und dienliche Instrumente zur Bereicherung weniger und immer weniger sind. Es ist ein Merkmal der entwickelten modernen Herrschaft, dass der Reichtum der Reichen und die Macht der Mächtigen als das Nebenbei-Ergebnis des Vollzugs funktionaler Sachzwänge erscheint, die dem Wohle aller dienen. Nur komplexe begriffliche Abstraktionen und statistische Untersuchungen erhellen die systematischen Zusammenhänge.

### **Scheitern: ein Moment in einem Prozess der Veränderung**

Kann es überhaupt zu einer Niederlage und einem Scheitern des Sozialismus kommen? In ihrem letzten Text, nach dem Januaraufstand 1919 und kurz vor ihrer Ermordung geschrieben, verneint Rosa Luxemburg diese Frage. Der ganze Weg des Sozialismus sei mit lau-



ter Niederlagen besät, schreibt Luxemburg (Luxemburg 1990: 536 f.). Darüber wäre weiter nachzudenken. Für sie handelt es sich aber eigentümlicherweise nicht um einen tragischen Umstand im Sinn einer zwingenden Logik, die notwendigerweise in Ausweglosigkeit führt. Der geschichtliche Verlauf wird von der negativen Seite her angetrieben. Niederlage ist alles, was immer noch nicht zur Veränderung der Verhältnisse im Sinne einer Veränderung der Produktionsweise beiträgt. Der Sieg ist demgemäß keineswegs der triumphale Sieg in einer Schlacht, wie das manchmal imaginiert wird, sondern der Prozess der Durchsetzung einer freien Organisation der Kooperation, deren Elemente immer schon vorhanden sind. Insofern ist ein historisches Scheitern immer ein Moment in einem Prozess zunehmender Einsicht und Gestaltung

der Verhältnisse. Diese ermöglicht die Freiheit der anderen, ein Mehr an Individuierung, die freie Entfaltung einer jeden Person durch die Freiheit aller anderen, also eine Art positive Steigerungsdynamik der Freiheit, kein Nullsummenspiel der Freiheit, wie sich das der Liberalismus vorstellt, wonach der Freiheitsspielraum der einen Person nur zulasten anderer Personen gehen kann. Eine solche sozialistische Freiheitsvorstellung ist nur denkbar auf der Grundlage von Kooperation. Denn allein in der Kooperation, also unter Bedingungen einer differenzierten Arbeitsteilung, können Individuen jeweils mehr und Größeres leisten, als ihnen das jemals allein möglich wäre.

### **Literatur**

**Luxemburg, Rosa (1990):** Gesammelte Werke, Bd. 4, August 1914 bis Januar 1919, Berlin.

## DIE AUTOR\*INNEN

**Étienne Balibar** ist französischer Philosoph und bekannter Marxist. Er war Schüler und enger Mitarbeiter von Louis Althusser.

**Johanna Bozuwa** ist assoziiertes Mitglied des Democracy Collaborative und Co-Leiterin des Klima- und Energieprogramms im The Next System Project des Democracy Collaborative. Strategien einer Energiedemokratie auf Basis öffentlichen Eigentums sind ihr zentrales Thema. Politisch ist sie dazu sowohl in den USA als auch ihrem Herkunftsland, den Niederlanden, aktiv.

**Mario Candeias** ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitbegründer der Zeitschrift *Luxemburg* und arbeitet an Strategien sozialistischer Transformation.

**Alex Demirović** ist Philosoph und Sozialwissenschaftler und hierzulande einer der einflussreichsten linken Intellektuellen. Er lehrte unter anderem an den Universitäten in Frankfurt am Main und Berlin, war langjähriger Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung, sitzt nun im Vorstand dieser Stiftung und ist Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse.

**Verónica Gago** lehrt Politische Theorie, Ökonomie und Soziologie an den Universitäten Buenos Aires und San Martín in Argentinien.

Sie war Teil des aktivistischen Forschungskollektivs *Situaciones*, ist aktiv bei NiUnaMenos und in der Bewegung des internationalen feministischen Streiks. Von ihr erschien unter anderem «Neoliberalism from Below: Popular Pragmatics and Baroque Economies» (2017) und «The Feminist Revolution» (im Erscheinen).

**Sarah Leonard** ist Feministin, Publizistin und Aktivistin. Sie lebt in New York, schreibt und arbeitet als Redakteurin für zahlreiche Zeitschriften, unter anderem *The Nation* und *Dissent*. Sie ist Teil der Bewegung für einen internationalen feministischen Streik und für reproduktive Gerechtigkeit, aktiv bei Democratic Socialists of America (DSA) und Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Bernie Sanders** ist Bewerber für die Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei der USA für die Wahlen 2020, einer entscheidenden Wahl zwischen einem Autoritarismus und der Barberei eines Donald Trump sowie einer demokratischen und sozialistischen Alternative.

**Ingar Solty** ist Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und arbeitet unter anderem zur politischen Entwicklung der USA und der Geschichte und Aktualität der sozialistischen Bewegungen.

## ZULETZT ERSCHIENENE «MATERIALIEN»

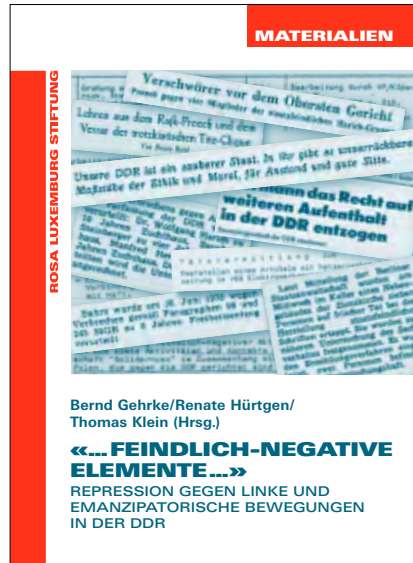


Karl-Heinz Heinemann (Hrsg.)  
**DIGITALPAKT  
UND DIE FOLGEN**  
WAS UND WEM SOLL  
DIGITALE BILDUNG NÜTZEN?

MATERIALIEN Nr. 30  
November 2019, 52 Seiten

Die Beiträge der vorliegenden Broschüre lassen sich nicht in das Schema «Bist du für oder gegen Computer in der Schule?» pressen. Es geht uns nicht um eindeutige, glatt gebügelte Antworten, sondern darum, Probleme zu benennen und Perspektiven für eine Bildung in Zeiten der Digitalisierung zu entwickeln.

Download und Bestellung:  
[www.rosalux.de/publikation/id/41307](http://www.rosalux.de/publikation/id/41307)



Bernd Gehrke/Renate Hürtgen/  
Thomas Klein (Hrsg.)  
**«... FEINDLICH-  
NEGATIVE  
ELEMENTE ...»**  
REPRESSION GEGEN LINKE  
UND EMANZIPATORISCHE  
BEWEGUNGEN IN DER DDR

MATERIALIEN Nr. 29  
Oktober 2019, 64 Seiten

Vor 30 Jahren, im Herbst 1989, fand in der DDR eine demokratische Revolution statt, die in nur wenigen Wochen die politische und ökonomische Herrschaft der Staatspartei beendete.

Download und Bestellung:  
[www.rosalux.de/publikation/id/41173](http://www.rosalux.de/publikation/id/41173)

## PUBLIKATIONEN



### SOCIALISM FOR FUTURE

Zeitschrift «LuXemburg»  
Dezember 2019, 144 Seiten

LuXemburg 3/2019 beschert nicht nur ein frisches Layout, sondern auch einen frischen Blick auf die Systemfrage. Wie sieht ein «Socialism for future» heute aus? Was sind sozialistische Antworten auf die Krisen unserer Zeit?

**Download und Bestellung:**  
[www.rosalux.de/publikation/id/41453](http://www.rosalux.de/publikation/id/41453)



### Webdossier SOZIALISMUS

Immer neu verbreiten die Freunde und Profiteure des Kapitalismus, er allein sei übrig und zwar für immer, also in aller Zukunft. Ein welthistorisches Mirakel? Doch die Dinge sind weit mehr in Bewegung gekommen, als nach dem Epochenbruch vor drei Jahrzehnten angenommen wurde. Ausgerechnet in den USA verbreitet sich Sozialismus als attraktiver Name, der zur Lösung der Probleme des alten Kapitalismus gefunden wurde.

[www.rosalux.de/dossiers/sozialismus/](http://www.rosalux.de/dossiers/sozialismus/)

## **Impressum**

MATERIALIEN Nr. 31

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: Februar 2020

Titelbild: Ryoji Iwata on Unsplash

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

**«Das neoliberale Mantra  
«There is No Alternative»  
hat sich in sein Gegenteil  
verkehrt. Zu einer radikalen  
Veränderung gibt es keine  
Alternative mehr, oder in  
Anlehnung an Verónica Gago:  
Sozialismus heißt für  
die Zukunft sorgen.»**